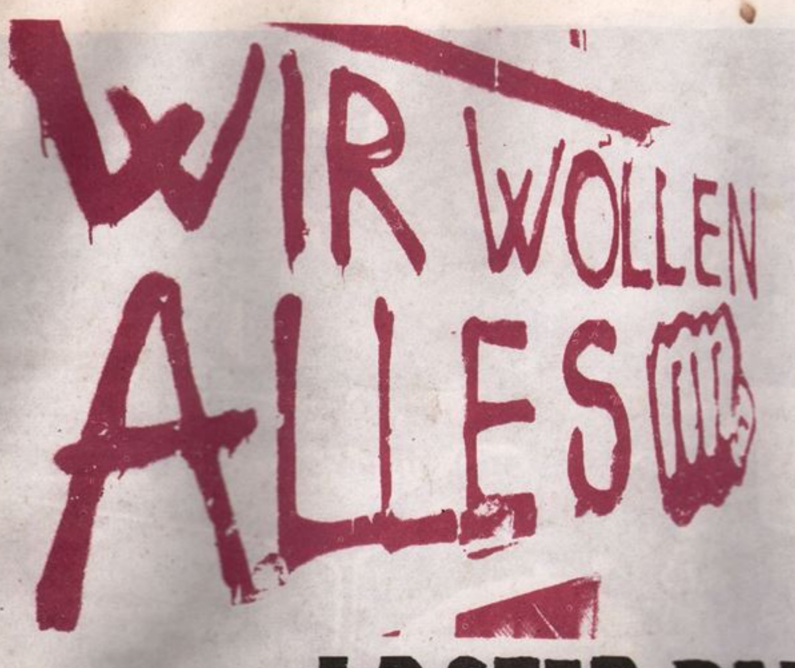


Nr. 6 27. Juli 1973 1.00 DM J 7581 EX

INHALT:

Zuschriften und Bestellungen nur an die Anschrift der Zeitung:

WIR WOLLEN ALLES
8551 Gaiganz Nr. 12

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:
BREMEN: Proletarische Front c/o Gerd Stalljes, 28 Bremen, Kirchbachstraße 144
FRANKFURT: Revolutionärer Kampf c/o SC, 6 Ffm 1, Postf.4202
Lotta Continua c/o Fischer, 6 Ffm,Bornh.Ldstr. 64
HAMBURG: Proletarische Front c/o Eberhard Jungfer, 2102 Hamburg 93, Hövelbrook 4
KÖLN: Arbeiterkampf c/o Das Politische Buch, 5 Köln 41, Zülpicher Straße 197
MÜNCHEN: Arbeitersache c/o Basis-Buchhandlung, 8 München 13, Franz Joseph-Straße 26
NÜRNBERG/ERLANGEN: über: Politladen, 852 Erlangen, Hindenburgstraße 17
WÜRZBURG: über: Buchhandlung Collibri, 87 Würzburg, Ursulineng. 2

LASTER RAUS, WEG MIT DEM GESTANK BMW MACHT DIE LEUTE KRANK

26. Juni: Anwohner blockieren die Ein- und Ausfahrt der BMW-Lastwagen

München

BMW liegt in einem Wohnviertel. Ein Großteil der Zulieferungs- und Abtransporte wird mit Lastwagen durchgeführt. Seit der Olympiade donnern die Laster von 6 Uhr früh bis oft 23 Uhr abends durch die Riesenfeldstraße. An Schlaf ist für viele nichts mehr drin. Hinzu kommt der gesundheitsschädliche Gestank aus der Lackiererei, der die ganze Gegend verpestet. Die Anwohner, darunter viele BMW-Arbeiter, sind verbittert: „Der Lärm ist unerträglich . . . man versteht ja sein eignes Wort nicht . . . kann nicht in Ruhe fernsehen . . . und auch sonnabends fahren die Laster . . . man kann ja nicht das Fenster aufmachen wegen dem Lärm und Gestank . . . unsere Kinder sind dauernd in Lebensgefahr."

Ein Arbeiter erzählt

Ein Arbeiter aus der Lackiererei schreibt: „Seit fast einem Jahr arbeite ich bei BMW, in der Lackiererei. Ich dachte mir, Fahrzeit kostet Geld, Nerven und geht von meiner Freizeit ab. Ich mietete eine Wohnung in der Riesenfeldstraße. 8 Mark pro qm und unmöbliert. Das ist normal für Neubauten in dieser Gegend. Ausländer zahlen bis zu 10 Mark und mehr. Eine miese Drei-Zimmer-Wohnung kostet ca. 600 Mark, ein Appartement 400 Mark (Nettoverdienst bei BMW zwischen 800 und 1 100 Mark). Nun ja, ich bin schnell in der Fabrik, komme aber nie wieder heraus.

Nach acht Stunden Bandarbeit – Akkordhetze, Lärm, Nitrodämpfe, Hitze – will ich zu Hause entspannen. Dort dasselbe: Lastwagenverkehr für die BMW von 5.30 Uhr bis abends 21 und 23 Uhr. Morgens und nachmittags bis zu 100 LKWs pro Stunde, abends ‚nur' noch alle zwei bis drei Minuten ein LKW. Lärm und Abgase also auch zu Hause. Dazu der nur allzu vertraute Lackgestank aus der Lackiererei.

Mit dem Schlafen habe ich Schwierigkeiten. Nicht, daß ich nicht müde wäre – dafür sorgt die BMW schon. Aber daß ich wach bleibe, dafür sorgt sie auch. Bei Frühschicht – gut, mit den ersten LKWs wird es Zeit, aufzustehen. Aber nach der Schicht lege ich mich ganz gern eine Stunde aufs Ohr. Das brauche ich, um nachher noch was mit mir anfangen zu können. Ich muß alle Fenster dichtmachen, um schlafen zu können. Mein Balkon ist unbrauchbar. Bei Spätschicht

würde ich ganz gern etwas länger schlafen als bis 5.30 Uhr, aber da ist nichts drin.

Übrigens weiß jeder, daß es für die BMW das einfachste von der Welt ist, einen Teil der Lastwagen durch die nicht so bewohnte Lerchenauerstraße zu führen. Oder den schon bestehenden Bahnverkehr auszubauen und ebenso, eine wirksame Filteranlage für die Lackiererei einzubauen. Aber jeder Arbeiter von BMW weiß auch, daß denen da oben unser Leben, unsere Gesundheit vollkommen egal ist; daß sie die Arbeiter im Prinzip vorsätzlich und bewußt ermorden – langsam aber sicher, ebenso wie die Bewohner hier.

Es gibt aber kein Gesetz, das sowas verbietet. Z. B. ist es Vorschrift, daß die Lackierer die Kabine nur mit Atemschutzmaske betreten dürfen. Aber nur ein paar Leute tragen sie – zeitweise. Kein Meister oder Sicherheitsingenieur sagt da was, weil sie wissen, daß der Akkord mit der Maske nicht zu schaffen ist. Fünf Jahre reichen meist aus, und der Magen ist für immer kaputt. Ungefähr zwei Drittel meiner Kollegen haben laufend Magenbeschwerden oder ausgewachsene Magenleiden. Ein anderes Beispiel ist die Hitze in den Hallen, im Sommer oft zwischen 40 und 50 Grad. In anderen Abteilungen ist es der Lärm oder die Abgase oder alles zusammen. In meiner Abteilung beschweren sich die Kollegen seit zehn Jahren, Jahr für Jahr über die Hitze. Es ist natürlich überhaupt kein Problem, eine Lüftungsanlage einzubauen. Alle finden das eine Schweinerei und für alle besteht das Problem: Wie setzt man diese Forderungen durch, wie organisiert man sich. Jetzt, bei der Kampagne gegen die LKWs bin ich zum ersten Mal zu meinem Nachbarn gegangen. Ich fand es auch vorher schon eigenartig, daß man nebeneinander wohnt und sich nicht kennt. Jetzt hatte ich einen Grund, auch mit ihnen zu sprechen, aus meiner Isolierung herauszukommen. Und es war erfreulich festzustellen, daß alle das gleiche Problem haben und was machen wollen. Insofern können wir der BMW dankbar sein, daß sie uns etwas gibt, das uns zusammenführt, denn das ist es, was uns stark macht. Bloß dürfen wir nicht glauben, daß es andere für uns erledigen."

Seit Jahren werden Bittschriften an die BMW gerichtet, Unterschriften gesammelt und schließlich wurde eine Bürgerversammlung abgehalten, auf der sich die SPD und ihr Bürgermeister großsprecherisch hervortaten. Der Erfolg ist gleich null. „Stadt und BMW stecken doch unter einer Decke", sagen die Leute jetzt. Es gibt in dieser Situation nur noch zwei Möglichkeiten: entweder zu resignieren oder gemeinsam etwas zu tun. Die Arbeitersache, von der auch Genossen in der Riesenfeldstraße wohnen, verfaßt ein Ultimatum an die BMW. Dort heißt es kurz und bündig: „Die Laster müssen bis zum 18. Juni aus der Straße raus, sonst passiert was!" Das Ultimatum wird mit den Anwohnern diskutiert. Alle stimmen der Forderung zu und sind froh, daß wieder etwas getan wird. Sie erzählen, wie schwierig es für sie ist, etwas zu unternehmen, weil sie noch nicht einmal die Leute in ihrem Haus kennen und daß das Mißtrauen groß ist, ob die anderen auch mitmachen würden. Viele hängen das nebenstehende Plakat an ihr Fenster und können so sehen, wer noch alles ihrer Meinung ist. Viele sind bereit, selber etwas zu machen. Sie haben selber vorgeschlagen, daß sich alle Bewohner vor dem Tor der BMW versammeln und die Ausfahrt blockieren sollen. Diesem Vorschlag haben die meisten zugestimmt. Sie haben verstanden, daß die ganz legalen Mittel nicht ihnen, sondern nur der BMW helfen. Andere meinen, man könne die Riesenfeldstraße mit Autos blockieren, indem man langsam immer hin und herfährt, das Auto auch mal auf der Straße abstellt – besonders da, wo die Lastwagen herauskommen und abbiegen müssen –, einen Unfall vortäuscht oder auf der Straße Reifen wechselt; oder man sollte ständig bei BMW anrufen, dort Leute verlangen, deren Namen man sich verschafft, andauernd fragen, ob die LKWs noch in der Riesenfeldstraße fahren, um damit ständig die Telefonleitung blockiert zu halten.



Am zweiten Tag: die Bullen nehmen ein Demonstranten fest, schleppen ihn ins Auto und schlagen ihn dort brutal zusammen

Es ist auch vorgeschlagen worde, Stahlnägel auf die Straße zu streuen, um die Reifen der LKWs platzen zu lassen: ein, zwei Laster, die nicht weiterkönnen, blockieren ja schon die anderen, die hinterherwollen. Das Tor mit Ketten zumachen, über Nacht einzementieren, nachgemachte Umleitungsschilder aufstellen, Farbeier auf die nagelneuen BMWs werfen oder – um vor beobachtenden Spitzeln sicher zu sein – farbgetränkte Wattebällchen mit dem Luftdruckgewehr schießen – das haben wieder andere Bewohner empfohlen.

Die Arbeitersache richtet Informationsstände auf der Straße ein, damit die Leute miteinander über ihre Vorschläge diskutieren können. Am Dienstag, den 26. Juni, wollen sie sich am Informationsstand gegenüber dem Tor versammeln.



Wir wollen unser Recht friedlich vertreten

Dienstag, 26. Juni

Gegen 18 Uhr versammeln sich Bewohner der Riesenfeld- und Graf-Konradstraße gegenüber vom BMW-Nordtor. Ein Straßentheater führt den Tagesablauf einer BMW-geschädigten Familie vor, am Ende wird das Bett als symbolische Barrikade vor das Werkstor getragen. Aber wir wollen nicht nur symbolisch sperren: wir gingen rüber und machten das Tor dicht. Niemand will einen Zusammenstoß mit den LKW-Fahrern oder dem Werkschutz. Immer wieder wird gesagt: *Wir vertreten unser Recht, friedlich, aber bestimmt!*

Die BMW provoziert;

sie läßt einen LKW-Fahrer mitten in die Menge fahren!

Ein erster Sattelschlepper fährt rücksichtslos in die Menge, ein Mädchen kommt unter die Räder, Kinder und Frauen liegen am Boden, aber er kommt durch. Das verbittert uns, jetzt stellen sich fast alle vor das Tor: den nächsten lassen wir nicht durch! Wir machen dem Fahrer klar, daß es nicht gegen ihn geht, er soll erst mal Pause machen. Darauf geht er ein. Dann kommt für eine Stunde kein Laster mehr durchs Tor. Wir leiten sie alle um: zum Westtor an der Lerchenauerstraße. Ein Fahrer sagt: Na endlich habt ihr Mut gekriegt! Die meisten Laster versuchen gar nicht mehr, hineinzufahren. Wir sind inzwischen viele geworden. Wir haben Mut gekriegt!

Wir werden immer mehr

200 bis 300 sind wir schließlich. Es herrscht Hochstimmung. Eine Gaststätte stiftet einen Kasten Freibier. Zum ersten Mal ist dieses Viertel *unser* Viertel. Zum ersten Mal lernen wir uns näher kennen. Wir diskutieren, einige Anwohner reden über das Mikrophon von unseren Problemen.

Dann kommt ein Polizist und erklärt, die BMW habe für heute eingelenkt, die LKWs sollen für heute über die Lerchenauerstr. fahren. Großer Beifall. Wir beschließen trotzdem, stehenzubleiben und das abzuwarten und an den nächsten Tagen wieder vors Tor zu gehen; denn wenn man die LKWs an einem Tag umleiten kann, warum soll es dann nicht immer gehen.

Polizei und Werkschutz schlagen zu!

Unauffällig werden drei Mannschaftswagen mit zivilen Polizisten in der Nähe des Tors abgeladen. Sie verteilen sich unter der Menge. Und jetzt gehts los: der LKW, der zuerst rausgepresст war, kommt zurück und rast noch mal unglaublich brutal in die darauf völlig unvorbereiteten Leute. Jetzt werden wir wütend. Gleich kommt ein anderer Laster hinterher, der Werkschutz winkt ihn rein, ruft und gestikuliert. Aber wir schließen uns mutig zusammen und weichen nicht aus: der kommt nicht durch! Der LKW stößt in die Menge, kommt aber nicht durch. Der türkische Fahrer traut sich angesichts unserer Entschlossenheit nicht weiter. Da kommt der erste Fahrer zurück, setzt sich hinters Steuer und versucht sein brutales' Spiel noch einmal. Wir schlagen mit allem, was uns zur Verfügung steht, auf das Führerhaus ein und versuchen den Fahrer herauszuholen. Darauf haben Polizei und Werkschutz gewartet: jetzt lassen sie ihr mieses Programm ablaufen. Sofort fangen Werkschützer und zivile Polizisten an, auf uns einzudreschen und greifen sich einzelne Leute raus. Wir wehren uns. Schließlich sind wir ja im Recht. Die Schlägertrupps wollen uns provozieren und lockern unseren Block etwas auf.

Das ist der Augenblick, auf den die Uniformierten gewartet haben: wir werden zurückgedrängt, verprügelt, auf die Straße geworfen; sechs Leute festgenommen – von Polizisten, die für unser Steuergeld die Interessen der BMW wahrnehmen!

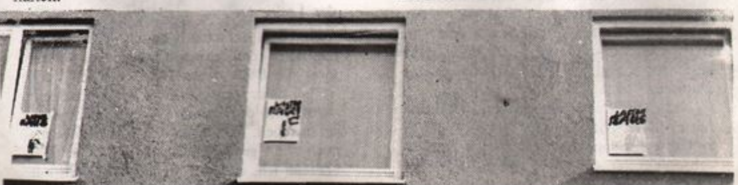
Lange bleiben wir noch auf den Bürgersteigen vor der BMW stehen. Die Laster fahren unter Polizeischutz ein und aus und werden von Sprechchören „LKW raus", Buhrufen und Pfiffen begleitet. Um 21 Uhr macht das Tor vorschriftsmäßig zu, das sonst immer bis in die Nacht offenblieb.

Was die Presse schreibt:

Bild: Mit Schrottautos will die „Bürgerinitiative Riesenfeldstraße" heute abend eine Ausfahrt von BMW „zupflastern". Der Grund: Da von 5 Uhr früh bis 21 Uhr dröhnende Lastwagen die Werksausfahrt zur Riesenfeldstraße passieren, finden die Anwohner keinen Schlaf. Gestern demonstrierten rd. 300 Anwohner gegen die dauernde Lärmbelästigung. Eine Hundertschaft der Polizei hielt die Zufahrt frei.

tz: 150 Demonstranten versperrten gestern abend in der Riesenfeldstraße mehreren Sattelschleppern die BMW-Einfahrt. Fahrer wurden aus ihren Lastzügen gezerrt und verprügelt. Die Reifen der schweren Fahrzeuge wurden zerstochen. Die Demonstranten begründeten ihr Vorgehen damit, daß die Sattelschlepper Tag und Nacht einen furchtbaren Lärm verursachen würden, eine Unterschriftensammlung an den OB hätte keinen Erfolg gezeigt, erst 100 Beamte der Schutzpolizei konnten die Einfahrt zu BMW wieder freimachen.

SZ: Empörte Anwohner demonstrierten gestern gegen die Lärmbelästigung durch Transportfahrzeuge der BMW-Werke in der Riesenfeldstraße. Mit Plakaten und einem Informationsstand hatte man bereits in den letzten Tagen auf sich aufmerksam gemacht. Als es gestern abend beim massiven Protest von etwa 200 Erwachsenen und Halbwüchsigen zu Krawallen kam, nahm die Polizei sechs Demonstranten vorläufig fest. Mehrere Personen sollen bei den Zusammenstößen mit der Polizei leicht verletzt worden sein. Die Transporter wurden anschließend über die Lerchenauerstraße aus dem Werksgelände gefahren.



Wochenlang vor der Aktion: überall in den Fenstern hängen die Plakate: LASTER RAUS!

Der nächste Tag

Mittwoch, 27. Juni
Um 18 Uhr kommen fast alle wieder zum Tor. Aber die Polizei hat die Ausfahrt schon massiv gesichert. So können wir nur in Sprechchören „LKWs raus" rufen und werfen wassergefüllte Ballons und Papierkugeln die Laster. Ein Zettel geht rum: Die SPD hat am Vormittag eine Besprechung mit der BMW gehabt. Die SPD verkündete als ihren Erfolg: Das Tor wird jetzt um 20 Uhr geschlossen. Ab Oktober soll der Sattelschlepperverkehr, wenn möglich (!) über die Lerchenauerstraße geleitet werden. Das SPD-Flugblatt endet mit der folgenden Aussage:
„Die SPD-Fraktion des Bezirksausschusses betont grundsätzlich die Berechtigung für den geäußerten Unmut der Bevölkerung, distanziert sich aber von einer Aktion, insofern sie über die Lösung von Umweltproblemen hinausgeht und für andere, undurchschaubare Ziele mißbraucht wird. Sie hält eine Eskalation der Probleme mit Mitteln der Gewalt (gleich von welcher Seite sie ausgeht) für ungeeignet."

Die SPD will damit zugleich die Genossen von der Arbeitersache von der Bevölkerung isolieren. Aber das gelingt ihr nicht. Hier geht es um die Interessen der Bevölkerung. Deren Aussagen sind genau so radikal wie vorher. Die Zugeständnisse der BMW werden nicht als Erfolg gewertet, denn sie bedeuten keine grundsätzliche Lösung des Problems. Der Haß auf die Bullen ist allgemein: „Diese Schweine!" Aber dennoch zeigt sich eine gewisse Ohnmacht und Unsicherheit, wie man noch mehr erreichen kann. Einige gehen nach Hause. Der Bulleneinsatz vom Dienstag hat seine Wirkung gehabt. Viele haben sich am Dienstag die Sache vom Balkon aus angesehen. Die unten waren, sind deshalb sauer. Auch diesmal stehen wieder viele auf den Balkons. Das Vertrauen in die eigene Stärke ist zu gering. Zwei Leute werden von den Bullen wieder festgenommen. Ein paar Bewohner beschließen, eine Bürgerinitiative zu gründen, um den Kampf weiterzuführen. Die Gründungsversammlung findet am folgenden Montag statt. Die Initiative übernimmt den Rechtsschutz für die Festgenommenen und will Strafantrag stellen gegen die Lastwagenfahrer, die in die Menge gefahren sind, gegen die BMW wegen Belästigung und Gesundheitsschädigung und gegen das brutale Vorgehen der Polizei.

Dienstag, 3. Juli
Die „Bürgerinitiative" geht zur Bezirksausschußsitzung der SPD-Fraktion, um einen Untersuchungsausschuß für die Vorfälle am Dienstag zu fordern. Seit Jahren geht die SPD mit der Kritik an Lärm und Gestank auf Stimmenfang. Die „Bürgerinitiative" wird rausgeschmissen und auf eine öffentliche Versammlung des gesamten Bezirksausschusses am nächsten Dienstag verwiesen. „Unsere Wahlstimme habt ihr zum letztenmal gekriegt", sagt eine Hausfrau. Den Jusos ist die Sache peinlich. Sie jammern über ihre Schwierigkeiten mit den „alten" SPDlern.

Donnerstag, 5. Juli
Wir führen den Informationsstand weiter und unterrichten die Bevölkerung über die Beschlüsse der „Initiative". Am frühen Nachmittag riesiger Bulleneinatz. Eine halbe Hundertschaft Polizei blockiert das Tor. Was ist los? KPD und KPD/ML machen gemeinsam eine Demonstration gegen den Faschismus. Eine Demo durch die Riesenfeldstraße ist wichtig für sie, um abzusahnen. Am Stand werden recht freundlich und demonstrativ Genossen von KPD-Funktionären, die sich aus der Studentenzeit noch persönlich kennen, begrüßt. Uns ist die Sache peinlich. Aber dann greift die Bevölkerung selber ein: „Ihr macht unsere Aktion mit eurem Geschwätz kaputt", „Konntet ihr nicht eure Demonstration woanders machen, die Leute kapieren doch gar nicht, was los ist." Die Demonstranten kapieren das nicht. Wir können nur eins sagen: „Hände weg von der KPD".

Freitag, 6. Juli
Wir machen einen Autokorso. Fahren ganz langsam vor den Lastern her und blockieren damit zeitweise die Ausfahrt. Wieder schauen alle aus den Fenstern und von den Balkons. Von den Anwohnern machen nur wenige mit. Sie waren nicht richtig informiert. Viele sind aber dafür, die Sache zu wiederholen und dann machen mehr mit, damit können sich die Leute leicht identifizieren, brauchen keine Angst vor Bullen zu haben und die Blockierung klappt ohne großen Aufwand.



An der Aktion beteiligte Gruppen

DIE KINDER

„Haut sie, haut sie, haut sie auf die Schnautzi!"
Der Anteil von Kindern war bei allen Aktionen sehr groß. Sie sind alle sehr solidarisch und lassen sich nicht durch Schmeicheleien der Bullen auf die andere Seite ziehen. Jeden Tag fragen sie: „Gehts morgen wieder los?" Wenn sie von den Bullen angesprochen werden, wie sie heißen, sagen sie: „Zigarette" oder „Coca-Cola". Ein Teil von ihnen war schon beim Straßentheater dabei, eine kleine aktive Gruppe, die schon beim 1. Mai mitgemacht hat. Die Aktionen der Kinder waren multinational: deutsche, türkische und griechische Kinder warfen gemeinsam die wassergefüllten Ballons gegen die Laster. Offensichtlich hatten ihre Eltern nichts gegen die Teilnahme der Kinder an der Aktion.



DIE AUSLÄNDER

„Nur gemeinsam sind wir stark"
Die Ausländer „verdrängen" immer mehr die deutschen Anwohner aus dem Viertel. Einfach, weil sie höhere Mieten zahlen, sich nicht dagegen wehren können und oft in einen Raum mit bis zu vier Personen einziehen. Statt gemeinsam gegen die Vermieter vorzugehen, gibt es Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern. Nach der Aktion sagten mehrere Deutsche, „die Ausländer haben nicht mitgemacht", was nicht stimmte. Erst als bekannt wurde, daß die Bullen einen Ausländer verhaftet hatten, kam es zur Solidarität. Die Ausländer sind zum größten Teil Griechen und BMW-Arbeiter. Sie waren immer bereit, so weit zu gehen wie die Deutschen. Die Arbeitersache kannten sie von der Fabrikarbeit her.

DIE DEUTSCHEN

„Wir vertreten uns selbst"
Die Deutschen waren zum größten Teil Leute aus dem Mittelstand und einige Rentner. Für sie gibt es zwei Parolen, die sie vereinigen: „Laster raus" und „Weg mit dem Gestank". Seit Jahren läuft die Kampagne durch die Parteien. Die Leute sind enttäuscht. Während und kurz nach der Aktion gab es kaum reformistische Äußerungen. „Wir müssen selber etwas tun. Um unsere Interessen auch durchzusetzen, machen wir mit allen gemeinsame Sache, die uns unterstützen." Über die Situation in der Fabrik sind die Leute kaum vertraut. Doch bei der Aktion wird klar, daß die BMW, die Stadt und die Polizei unter einer Decke stecken. Zum ersten Mal sprechen sie mit Ausländern. Aber wie eine Umfrage beweist, wollen viele von ihnen bald ausziehen.

DIE LASTWAGENFAHRER

„Der BMW sind die Bewohner und die Arbeiter scheißegal"
stellt einer von ihnen fest. Sie arbeiten nach einem besonderen Akkordsystem. Einige 16 Stunden am Tag. Unter 12 Stunden werden sie erst gar nicht eingestellt. Der Konkurrenzdruck ist groß. Auch unter ihnen gibt es Aufseher und Kontrolleure. Der, der in die Menge gefahren ist, soll ein Aufpasser sein. Er ist unter den anderen Fahrern verhaßt. Ihnen ist gleich, wo sie rausfahren. Einer ist bereit, den Namen von dem Schwein, das in uns reingefahren ist, rauszusuchen!

DER WERKSCHUTZ

„Hier liegt ein ganz bestimmter Duft in der Luft"
Das Zusammenspiel von Werkschutz und Bullen ist offensichtlich. Aber was die Bullen machen, genügt dem Werkschutz nicht. Er hat seine eigenen Fotografen, seine eigenen Spitzel, seine eigenen Schläger. Direkt vor dem BMW-Tor befindet sich eine Wohnung, die sich in der Sache ziemlich engagiert hat. Sie wird Tag und Nacht bewacht. Wenn etwas durchs Telefon gesagt wird, weiß der Werkschutz fünf Minuten später Bescheid. In den umliegenden Kneipen kann man kein lautes Wort mehr reden. „Hier liegt ein ganz bestimmter Duft in der Luft", sagt ein alter Milbetshofener zu einem Tisch voller Spitzel. „Macht ihr diese Scheiße aus Überzeugung – oder weil ihr befohlen werdet?" Die Spitzel, 9 Stück, werden aggressiv. Wir müssen uns verpissen.

DIE „ARBEITERSACHE"

„Macht uns nichts vor, ihr seid alle von der Arbeitersache"
sagt ein Juso zu einem Anwohner, den wir zum ersten Mal gesehen haben. Das gleiche sagt ein Mitglied des KSV. Die Bewohner, mit Ausnahme der Ausländer, wollen davon nichts wissen. Sie sagen, es geht hier nicht um Politik. Davon haben wir die Nase voll. Es geht gegen die BMW und die Stadt. Die Bewohner von der Arbeitersache sind akzeptiert, über die Arbeitersache wird aber nicht offen gesprochen. Aber die Presse hetzt gegen uns.

DIE BÜRGERINITIATIVE

„Von den Parteien haben wir die Nase voll"
Sie ist bisher anders als üblich. Sie hat keinen Vorstand und ist multinational. Sie ist bereit, ihre Sachen selbst in die Hand zu nehmen und nicht an Parteien zu delegieren. Sie wird sich nicht von SPDlern unterwandern lassen, obgleich die das schon angedroht haben. Sie besteht nur aus Anwohnern. Sie wird auch was gegen die Mieten machen.



Nach der Räumung durch die Polizei

Was ist von dem Ganzen zu halten?

Eine Beurteilung der Ereignisse vor der BMW fällt uns schwer. Vieles war darin sehr beispielhaft, aber nicht einfach als Bestätigung der Vorstellungen und Erwartungen, die wir uns davon gemacht hatten, etwa im Sinne einer glücklichen und ersehnten Harmonie von Betrieb und Stadtteil. Sondern vielmehr als wirklicher Ausdruck der Widersprüche, in denen sich die von uns anvisierten Ziele als Tendenz herausschälen. Man müßte die Frage beantworten, was bedeuten solche Aktionen wie hier, in Nordhorn, Frankfurt usw. und überhaupt die Bewegungen der „Bürgerinitiativen".

Klar ist, daß dabei zwei Bewegungen zusammenkommen: einmal das enorm gestiegene Selbstvertrauen von Arbeitern, das Recht auf ein anderes Leben auszudrücken. Zum anderen ein „Mittelstand", dessen Privilegien dort am meisten angekratzt werden, wo man sie eigentlic h ausleben will: Wohnen, Verkehr, Umwelt, Preise. Diese Art Dequalifizierung des Lebenszusammenhangs wird erfahren einmal vermittelt durch die große Anzahl von Ausländern, die jetzt das Viertel bevölkern und z. B. die Mieten hochtreiben. Dann direkt durch die Verkehrs- und Umweltpolitik des Kapitals.

Die Voraussetzungen, an denen wir anknüpften, waren günstig. Jahrelang schon geben die Parteien vor, etwas gegen die gesundheitsschädlichen Auswirkungen der Fabrik zu unternehmen. Bisher ohne Erfolg; der Gegner war direkt das Kapital, verflochten mit nicht ganz durchschaubaren Interessen des Staates. Wenn also noch irgendetwas passieren sollte, dann blieb nur noch, seine Interessen selbst in die Hand zu nehmen. In diesem Augenblick beginnt aber auch schon der gesamte Unterdrückungsapparat zu funktionieren: die Polizei versucht die Aktion brutal niederzuschlagen. Die Presse macht den Anarchistenvorwurf, die SPD blockt die weitergehende Radikalisierung geschickt ab und benutzt andererseits die Aktion als background für ihre Gremienpolitik. All das erfahren die Beteiligten nicht durch das Fernsehen, sondern spielt sich vor ihren Augen ab.

Der Konsens, auf dem die Aktion bei dieser völlig unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur beruhte, hatte mehrere Bedingungen: ein klares Ziel, das für alle wichtig ist, das begrenzt und realistisch ist in Bezug auf Durchsetzbarkeit; ein ebenso klarer Gegner; das Wissen nicht nur um die Berechtigung der Forderungen, sondern auch deren zumindestens atmosphärische Anerkennung durch eine „Öffentlichkeit". So ein Konsens läßt sich nicht über den unmittelbaren Anlaß hinaus künstlich aufrechterhalten. Die schnellen Zugeständnisse der BMW wurden ziemlich klar als Ergebnis dieser bestimmten Art der Aktion von Leuten erkannt, im Unterschied zur Erfolglosigkeit des normalen Weges von Verhandlungen. Das Ergebnis der Verhandlungen der SPD mit der BMW und der erreichte Kompromiß ließ die Leute weniger wieder Vertrauen in ihre Vertretung fassen, vielmehr war für die Masse der Leute offensichtlich vorläufig die Grenze erreicht, wo sie sich einen weiteren Erfolg ihres eigenen Drucks vorstellen können. Man kann sich also nicht eine schrittweise Weiterentwicklung an diesem Punkt und mit diesem Inhalt vorstellen. Solche Aktionen müssen vielmehr Punkte einer kollektiven Erinnerung der Leute im Stadtteil und in der Fabrik werden, als Beispiele für die Möglichkeit, sich zu wehren. Beispiele, die ihre untergründige Wirkung tun und an anderen Ecken mit anderen Inhalten und Radikalität wieder hochkommen. (Es ist erstaunlich, wie schnell sich sowas rumspricht und noch nach Jahren in Erinnerung ist.)

Das heißt nicht einfach auf die nächste Gelegenheit warten und die konkreten Möglichkeiten (die viel Kleinarbeit erfordern) jetzt fallen zu lassen. Die Weiterarbeit muß sich konzentrieren auf diejenigen Einzelkontakte, die eine größere inhaltliche und aktionistische Radikalität zeigen und die Sache klarer in einer Gesamtzusammenhang von Kapitalismus sehen. Von daher wird auch die Verbreiterung der Inhalte und die Ausdehnung auf Fabrik und den ganzen Stadtteil gefordert. Diese Verallgemeinerung muß sich aber ständig verbinden mit konkreten massenhaft getragenen Aktivitäten (das können ganz

(FORTSETZUNG SEITE 4 UNTEN!)

München

Bullen gegen Kinder

Nach der Lastwagen-Aktion vor BMW

Im Häuserblock Graf-Konrad-/Riesenfeldstraße wohnen allein über 50 Kinder. Die Kinder haben keinerlei Spielmöglichkeit. Hinter dem Häuserblock befindet sich ein riesiger umzäunter Platz, der irgendeinem Spekulantenschwein gehört. Dort darf keiner spielen. Jetzt hat der Hausmeister auch das Spielen in der Einfahrt von Graf-Konradstr.25 verboten. Als dann die Kinder gegenüber unter den Bäumen gespielt haben, wurden sie von Bullen mit nach Hause geschleppt und die Eltern mußten 20 DM Strafe bezahlen.

Unsere Antwort: Am 21.7.73 veranstalteten wir auf der Graf-Konradstr. und dem leerstehenden Platz ein großes Kinderfest, an dem auch die Eltern und die Anwohner teilnahmen: Die Straße gehört uns! Wir brauchen Spielplätze



ausländische und deutsche Kinder bauten zusammen ein Haus, das 3 Stockwerke hoch wurde.



Leserbrief

Erst einmal habe ich mich gefreut, als ich Wir wollen Alles bekam. Beim genauen lesen sind mir aber einige fragen gekommen.

1. Welcher arbeiter liest so eine dicke, so eng beschriebene zeitung? Oder ist die in erster linie ein informationsblatt intern für linke gruppen in der betriebsarbeit? Ihr bemüht euch ja aufzulockern, aber das ändert nichts daran, daß es doch sehr eng und klein geschriebene textblöcke sind. Ich habe selber lange linke zeitungen gemacht und kenne die schwierigkeit, von all dem wichtigen, was man mitteilen will, nichts auszulassen. Aber meine erfahrungen mit betriebs-, lehrlings- und schülerzeitungen haben gezeigt, daß wenige kurze artikel viel besser ankamen.
2. Missionsreisen wie des RK zu Hoesch finde ich nicht genial. Und auf die 7 (!) seiten (siehe punkt 1!) kommt dann (erfreulicherweise) eine halbe seite kritik. Vielleicht wäre von anderen genossen, die das aus einem anderen blickwinkel sehen, noch eine andere kritik gekommen. Berichte aus betrieben, wo ihr nicht selber drinsteckt, bringt lieber nur als mitteilung.
3. Aus meinen eigenen fehlern möchte ich sagen, daß man leicht in einen publikationstaumel geraten kann. Klar macht das spaß, die ganzen unheimlich wichtigen sachen, die man erfährt und zusammenträgt/liest, nun richtig zu verarbeiten und zu veröffentlichen. Die Proletarische Front in Hamburg bringt ganz feudale programme raus. Fast schon zu schade, um darin was anzustreichen. Andererseits hatte ich bei zwei besuchen im letzten oktober nicht den eindruck, daß die PF eine relevante basis in den betrieben besitzt. Ich hoffe, daß ihr in einer großen zeitung keine ersatzbefriedigung für zu langsame fortschritte im betrieb findet. Vor allem hoffe ich, daß die PF inzwischen das hat, was ich gerade vermißte.
4. Was machen unsere RK-Genossen, nachdem unser anarchistischer genosse ivo della savia nun doch ausgeliefert wird (oder schon wurde)? „Verhindern wir die auslieferung" erinnert mich so an „Schluß mit dem bombenterror der US-mörder" etc., als ob solche verbalen proteste einer hört. Das letzte soll nicht große kritik sein, mir ist auch oft nach schreien zumute. Aber habt ihr was machen können?

Zu einem abo kann ich mich noch nicht entschließen. Ich bin gerade 2x beschissen worden. Bei „Brot und Rosen" hatte ich im jan. für 25,– bücher bestellt, die sind bis heute nicht da und hier die mädchen waren sauer und enttäuscht, weil die bücher nicht kamen. Inzwischen wollen die gar nichts mehr davon wissen. Das ist schon sabotage. Das iz3w hat von dem abo für 20,– noch nicht ein heft geliefert! ich lege euch einen scheck über 5,– bei. Schickt mir die nummern mai-juli. Wir sind in der provinz oft auf informationsmaterial der genossen in den zentren angewiesen, wenn das dann bestellt und bezahlt ist und ewig nicht kommt, stehen wir dumm da vor den jugendlichen, die es versprochen bekamen. (Damit kein mißverständnis entsteht, die 2 sachen oben waren im voraus bezahlt.)

Schreibt bitte mal, ob ihr zufällig eine billige kleinoffsetmaschine wißt!

Adresse: Detlev Alke
672 Speyer,
Lina-Sommer-Str. 43

Mölln: Jugendzentrum gefordert!

Der Kampf für Jugendzentren geht weiter: auch in Kleinstädten wie Mölln bei Ratzeburg. Die Situation der Jugendlichen dort ist beschissen, viele wohnen in den umliegenden winzigen Kuhdörfern, schlechte Verkehrsbedingungen, kein Auto, man weiß nicht, wo man sich treffen kann.

Eine Gruppe von Schülern und Lehrlingen fing dann an, ihre Forderung nach einem Zentrum publik zu machen: ein Go-in beim NDR-Talentschuppen (Veranstaltung der Kurbetriebe Mölln) und bei der Stadtratssitzung – die Bullen sind übrigens auch in Kleinstädten beim Rausschmeißen nicht zimperlich – und schließlich eine Kundgebung auf dem Marktplatz, zu der über 300 (!) Leute kamen. Viele sympathisieren.

Trotzdem hat die Gruppe noch immer kein Jugendzentrum. Das liegt an der Hinhaltetaktik von Bürgermeister und Stadtrat, die damit rechnen, daß die Aktivität der Gruppe deswegen langsam abflaut; ein anderer Grund ist die Hetzkampagne in der lokalen Presse, die – friedlich vereint mit JU und Jusos – versucht, die Jugendlichen in ihrem Kampf zu isolieren. In der nächsten **Wir wollen Alles** werden sie über die weiteren Ereignisse und ihre Erfahrungen berichten.

Durch diese Aktionen und die folgenden Treffen haben sich viel neue Leute kennengelernt. Für uns ist es aber sehr schwierig, diese Kontakte weiter aufrechtzuerhalten, da uns genau ein Zentrum, ein Ort, wo wir uns jederzeit treffen können, fehlt. Darum wollen wir versuchen, den Kurpark (schöne große Rasenfläche) zu unserem Zentrum zu erklären (geht leider nur bei schönem Wetter).

Wir haben aber bisher gesehen, daß sich ein Kampf nur gegen die Stadt (Bürgermeister, Magistrat) totläuft. Den Kampf müssen wir im Stadtteil, in der Fabrik, in den Schulen aufnehmen. Genau daran versuchen wir jetzt weiterzuarbeiten. Nur dann wird das Zentrum ein Bedürfnis von Arbeitern, Hausfrauen und Schülern werden.



... auf dem Marktplatz in Mölln aus, nachdem die Demonstranten aus dem Saal gedrängt worden waren.

(FORTSETZUNG VON SEITE 3!)

kleine Sachen sein). Denn gerade die Leute mit größerer Einsicht und radikalerer Kritik resignieren sonst schnell hinsichtlich der Übermächtigkeit des Gegners und der Möglichkeit, die Massen in Bewegung zu setzen.

Wir glauben, daß solche Volksbewegungen ein wichtiges Element sind, um der radikalen Kritik des Massenarbeiters Vertrauen zu geben, sich kämpferisch auszudrücken. Gerade die punktuelle Einheit mit Schichten, die näher dran sind an der Macht und der öffentlichen Meinung, gibt Vertrauen, die eigenen und grundlegenderen Interessen einzubringen. Sicher konfrontiert sich der Massenarbeiter heute auch offen und direkt, aber insgesamt bedeuten diese Einheitsbewegungen doch Hilfe raschere Verbreiterung und auch Schutz.

Ein ähnliches Verhältnis kann man ja auch bei Streiks beobachten: Massenarbeiter, inhaltliche Radikalität – Facharbeiter, organisatorische Leitung auf der Ebene von betrieblichen Gewerkschaftsorganen. Die sich zunehmend in Bewegung umsetzende Radikalität des Massenarbeiters hat die Widersprüche in anderen Schichten mit vorangetrieben. Dort können sie benutzt werden für reformistische Strategien des Kapitals, aber auch für die weiteren Initiativen des Arbeiterkampfs.

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΕΝΟΤΗΤΑ

Griechische Ausgabe
WIR WOLLEN ALLES – Nr.3 –
soeben erschienen!
Aus dem Inhalt:
Die letzten Ereignisse in Griechenland und die Entwicklungsperspektiven
Der 1. Mai in München
Laster raus aus der Riesenfeldstraße
Der Streik der Dockarbeiter (Antwerpen)
Gewerkschaften oder autonome Klassenorganisation der Arbeiter
Der neue Standpunkt der Gewerkschaften über das Ausländergesetz
Bestellt die neue griechische Ausgabe und verbreitet sie unter griechischen Kollegen und Genossen!

Die Nummer 3
der griechischen Ausgabe
von
WIR WOLLEN ALLES
ist gerade erschienen.
Bitte organisiert den Verkauf
unter griechischen
Kollegen und Genossen!
Bestellungen
ebenfalls nach Gaiganz!

ANALYSE:
KLÖCKNER STREIK

Seitdem die Vulkan-Arbeiter streiken, wird auch in allen anderen Bremer Großbetrieben ständig über die steigenden Lebenshaltungskosten und die Arbeitshetze diskutiert. So auch auf der Klöckner-Hütte (ca. 6 000 Arbeiter).

Die Klöckner-Arbeiter hatten durch ihren Streik mit Besetzung des Mischers 1969 alle Forderungen durchgesetzt. Andererseits war ihr letzter Streik im Januar 1973 ein glatter Reinfall. Die Situation im Juni 1973 bei Klöckner war durch folgende Fakten gekennzeichnet:

1. Aufgrund der stark gestiegenen Auftragslage einerseits und der Inbetriebnahme von neuen wichtigen hochrationalisierten Produktionsanlagen (neuer Hochofen, neue LD-Öfen, neues Warmwalzwerk) andererseits stieg die Arbeitshetze enorm, denn in allen Abteilungen und Betrieben wurde mit bis zu 1/3 Unterbesetzung auf Hochtouren, z. T. mit hohen Überstunden, gefahren.
2. Die einzelnen Betriebsgruppen und Zellen betrieben eine verstärkte Agitation über die Streiks bei Vulkan und AEG Oldenburg. In einzelnen Teilbetrieben wurden danach Forderungen von 60 Pfennig als Teuerungszulagen aufgestellt.
3. Der sich selbst als „fortschrittlichst" kennzeichnende Betriebsrat von Klöckner Bremen (entstanden in der Mischerbesetzung 1969, Ausschlußverfahren aus der IG-Metall) schätzte die Situation günstig ein, auch bei Klöckner einen Streik durchzusetzen, einmal um die „Schlappe" vom Januar auszugleichen und auch um seinem Ruf gerecht zu werden, und beschloß, die Forderung von 30 Pfennigen aufzustellen.
4. Die Betriebsleitung hatte schon vorher, wie auch ähnlich bei AG-Weser und anderen Betrieben, einen Inflationsausgleich von 4 mal 70 DM beschlossen.

Das war die Ausgangssituation am 22. 6. 73. Die Klöckner-Kapitalisten lehnten die Forderung des Betriebsrates grundsätzlich ab und der Betriebsrat versuchte, die Belegschaft über die Vertrauensleute zu aktivieren. Am Montag, 25. 6. 1973, begann die Spätschicht mit dem Streik. Es sah so aus, als würde es diesmal gelingen, einheitliches Vorgehen mit allen Mitteln zur Durchsetzung der Forderungen zu erreichen.

In einer Sitzung am Dienstag, 9.00 Uhr, beschlossen die Vertrauensleute den „wilden Streik" mit Hilfe von Streikposten durchzusetzen und gingen anschließend fast alle nach Hause, oder zum Schwimmen. Zur selben Zeit hatte die Betriebsleitung mit den leitenden Angestellten und „Weißhelmen" (Meistern) eine Sitzung, in der letzte Einzelheiten des Vorgehens gegen den Streik geplant wurden. Danach wurden über Rundfunk, Zeitungen und Fernsehen beständig Falschmeldungen herausgegeben, die „Mitarbeiter" bekamen Briefe, Telegramme und Telefonanrufe, in denen sie aufgefordert wurden, die Arbeit wieder aufzunehmen (wenn arbeitswillig, dann beim Meister unterschreiben und dann auf jeden Fall Bezahlung; wenn nicht, Gefahr der fristlosen Entlassung und verantwortlich für alle Schäden usw.).

Als die Arbeiter zur Nachtschicht an die Tore fahren wollten, um mit den Streikposten weitere Schritte zu besprechen, wurden sie ca. einen km vorher von Polizeibeamten angehalten und mit der Begründung „Es ist doch große Pause" umgeleitet und wieder zurückgeschickt.

Am nächsten Tag lief der große Angriff der Direktoren und ihrer Helfer. Leitende Angestellte nahmen in der Spätschicht einen Hochofen in Betrieb (Arbeitsdirektor zu streikenden Arbeitern am Tor: „Ihr seht doch, Ihr seid die letzten, die anderen arbeiten schon wieder); der Bremer Polizeipräsident wurde in der Nacht ins Präsidium gerufen; Werkschutz verprügelte Streikposten; Lehrlinge verprügelten Meister, die sie am Streik hindern wollten; leitende Angestellte fuhren mit Autos in die Streikposten; Meister stellten sich am Tor neben Streikposten aus ihren Bereichen und bedrohten sie mit fristloser Kündigung – Ergebnis: 50 % der Nachtschicht arbeiteten wieder, in der nächsten Frühschicht nahezu alle, der Streik war nach 2 1/2 Tagen zerschlagen. Die Ursachen dafür sind vor allem folgende:

- Nachdem die Werksleitung insgesamt 280,– DM Inflationszulage zugestanden hatte, ließ sich nur noch ein Teil der Belegschaft für 30 Pfennig (ca. 45,– DM brutto) aktivieren.
- Aus den Erfahrungen vom Januar 1973 sind die Arbeiter mißtrauisch, ob sie mit einem konventionellen Streik ihre Forderungen durchsetzen können.
- Der fortschrittliche Betriebsrat (DKP, Arbeiter-Politik) hatte nicht mit derart brutalen Gegenmaßnahmen der Betriebsleitung gerechnet und kam sich später „hintergangen" vor, weil er so etwas doch nicht gemacht hätte.

Viele Arbeiter haben aus diesem mißlungenen Streik die Lehre gezogen: „Wir müssen die Kapitalisten so schädigen, daß wir uns nicht selbst gefährden!" Der Betriebsrat hat keine Überstunden mehr genehmigt (der ist sauer, weil sein Streik nicht geklappt hat), damit die Produktion nicht mehr voll gefahren werden kann. Es wird diskutiert, ob man die Anlagen anfahren solle, dann zwei Stunden streiken, dann wieder mit hohem Energieverbrauch anfahren, dann zwei Stunden streiken usw.; daß zentrale Betriebseinrichtungen besetzt werden . . . !







DER HÄUSERRAT KLAGT AN

G-G-GROSSER GOTT (WÜRG)

Haut den Spekulanten auf die fetten Pranken

Der folgende Text besteht aus knappen Auszügen eines Antrags an das Amtsgericht Frankfurt, während der Räumungsprozesse gegen den Block Bockenheimer Land/Schuhmannstraße verschiedene Vertreter von SPD, Banken und Spekulanten als Zeugen vorzuladen und die Klage auf Räumung der Häuser zurückzuweisen. Der vollständige Text ist vom Häuserrat, 6 Frankfurt, Bockenheimer Landstr. 113 zu beziehen.

Erklärung

Wir stehen hier zwar offiziell als Einzelpersonen vor Gericht, wir selber betrachten uns jedoch aufgrund der politischen Situation als Blockkollektiv, das sich zum Kampf gegen die Wohnsituation zusammengeschlossen hat. Es versteht sich als praktische Kampfansage gegen Wohnraumvernichtung, Mietwucher, die Vereinzelung der Bewohner. Kurz: Als Kampfansage gegen die Wohnungspolitik von SPD und Kapital.

Die Wohnmisere in Frankfurt

Der Kern der Bauvorhaben in Frankfurt ist die Umstrukturierung der Stadt entsprechend den Interessen des großen Kapitals. Die Bauvorhaben lassen die Boden- und die Mietpreise der betreffenden Gebiete steigen. In der Folge werden Tausende von Menschen aus ihren Lebenszusammenhängen gerissen (im Westend lebten vor 20 Jahren noch 40 000, jetzt noch 20 000, und wenn die Bauvorhaben realisiert werden, noch ungefähr 10 000 Menschen), vereinzelt und in neue Wohnsilos außerhalb oder in teure andere Wohnungen abgeschoben. Weitere Erscheinung davon ist die systematische Verslumung der betroffenen Viertel durch verwahrloste und halbzerstörte Häuser usw. Die Häßlichkeit der Bankklötze wollen wir erst gar nicht anführen, wohl aber die steigende Verkehrsdichte und die damit fortschreitende Verseuchung der Luft.

Eine weitere Tendenz der Wohnsituation ist die Drückung der Realeinkommen der Bevölkerung durch die Steigerung der Mietpreise.

Die besondere Notsituation der Arbeitsemigranten und der Studenten wird dabei in besonderer Weise durch horrende Mieten ausgenutzt; aus diesem Grund waren es diese Gruppen, die zuerst den Kampf aufnahmen gegen die Wohnverhältnisse.

Die Folgen der Stadtsanierung

Tausende von leerstehenden Luxuswohnungen, neue Siedlungen wie die Nordweststadt, die faktisch Wohnsilos sind, die Vereinzelung von Menschen (die Selbstmordrate in der Nordweststadt ist die höchste in ganz Hessen).

Wohnraum und Arbeitsstätte werden immer weiter auseinandergerissen, die Anfahrtswege folglich länger und die Zahl der Berufspendler größer. Rechnet man die für den Weg zur Arbeitsstätte aufgewendete Zeit zur eigentlichen Arbeitszeit, so zeigt sich deutlich, daß in den letzten Jahren die durchschnittliche Arbeitszeit der Berufstätigen in der Bundesrepublik *gestiegen* ist!

Welche Ursache hat die Situation der Stadt?

Das Kapital hat die Tendenz, Metropolen seines Umschlags zu schaffen, ohne Rücksicht auf die damit entstehenden Katastrophen städtischer Infrastruktur. Große Kapitale schaffen sich innerhalb einer Region ein Zentrum, in dem sie ihre Zirkulation, Kauf und Verkauf von Waren, die damit verbundenen Geld- und Kreditgeschäfte, Versicherung und Verwaltung möglichst effektiv betreiben können. Die ganze Region wird so zum potentiellen Kunden bzw. Lohnabhängigen des Zentrums. Dies wirkt sich als Erhöhung der Profitrate der großen Kapitale und die Niederkonkurrierung der kleinen Kapitalien aus.

Die Konzentration der großen Kapitalien in der Stadt und die von den Spekulanten ausgenutzte Bodenknappheit haben ein Hochschnellen der Bodenpreise zur Folge, wodurch allein eine Bebauung mit Bürohochhäusern, allenfalls Luxuswohnungen profitabel bleibt. Es entstehen Großraumprojekte in privater Regie, so wie es die herrschende Eigentumsordnung vorsieht. Der Stadt – somit der Öffentlichkeit – werden jedoch die sozialen Kosten der Kapitalansiedlung aufgebürdet.

Ökonomisch ist die Stadt weitgehend von diesen Betrieben abhängig. So ist es nicht verwunderlich, daß die Kapitalinteressen bestimmte Baupläne, Steuererleichterungen, Ausnahmegenehmigungen, billige Kredite etc. auch immer durchsetzen. So haben eben alle Maßnahmen die Vernichtung der sozialen Bezüge innerhalb der Kommune zum Resultat: alle Lebensbedürfnisse nach billigem, befriedigendem Wohnraum, Ruhe, Grünflächen, Spielplätze, Kindergärten, Kommunikationsstätten werden unterdrückt, noch mehr: die Bevölkerung wird zerstreut, in isolierende Wohnghettos gepreßt. Die Stadt wird funktionsfähig für das zentralisierte Kapital, der Profit der Bauindustrie durch die Stadtsanierung bleibt ungefährdet.

Die SPD befindet sich dabei in einem Dilemma: ihre Unterdrückungsaktionen bestärken die Empörung der Massen. Dies wurde bei der Sperrung der Bleichstraße und im Kampf um den Kettenhofweg 51 deutlich, als sich Teile der Bevölkerung gegen die Unterdrückung ihrer elementarsten Lebensbedürfnisse auflehnten. Andererseits bleibt die SPD, sie mag tun was sie will, unter der Knute des Kapitals, das auf der Durchsetzung seiner menschenfeindlichen Interessen – Wohnraum- und Stadtzerstörung – besteht. Im Westend wird auch die Reformdemagogie der SPD deutlich: Baudezernent Adrian führt den Rückgang der Grundstücksspekulation im Westend (Spekulationskurve) auf den Erfolg der SPD-Reformpolitik zurück. In Wirklichkeit ist bereits der überwältigende Teil der Spekulationsobjekte in Hand der großen Kapitalien. Inzwischen hat die Spekulationswelle längst andere Stadtteile (Nordend, Bornheim etc.) überschwemmt.

Wohnunskampf !!

Wir bezahlen diese Wuchermieten nicht länger

Der katastrophalen Wohnsituation in Frankfurt/Main haben in den letzten Jahren zahlreiche deutsche und ausländische Arbeiter und Studenten den Kampf angesagt. Dieser Kampf, der sich immer mehr ausweitet, wird geführt mit den Mitteln des Mietstreiks, der Hausbesetzung, der Demonstration und weiterer kollektiver Aktionen (so haben z.B. die Frauen in der Oscar-von-Miller-Str. den Hausbesitzer, der die Miete erhöhte, eigenhändig verprügelt). Die SPD als ausführender Handlanger des Kapitals reagiert auf den Widerstand gegen die kapitalistische Stadtverwüstung mit dem Versuch, ihn durch Pressekampagnen, brutale Polizeiaktionen, Hetz- und Justizaktionen niederzuschlagen.

Ist die Wohnheim GmbH ein Instrument der Kapitalisten?

Zur Verschleierung des Interessengegensatzes zwischen den breiten Massen der Bevölkerung und dem Kapital hat die Stadt Frankfurt die Wohnheim GmbH eingerichtet. Vorgeblich sorgt sie dafür, daß der Wohnraum in Frankfurt a.M. entsprechend den Bedürfnissen der Mieter genutzt werden kann. Tatsächlich aber soll sie, wie sich in diesem Gerichtsverfahren zeigt, den wirklichen Übeltätern die Möglichkeit gebe, im Hintergrund zu bleiben.

Die diskutierende und handelnde Öffentlichkeit, die sich im Wohnungskampf organisiert, soll exemplarisch bedroht, gespalten und unter Strafe gestellt werden. Es geht hier nicht nur um die Durchsetzung ökonomischer Interessen! Eine Kampagne der Kriminalisierung und Verleumdung der Hausbesetzer sollte die Solidarisierung zurückdrängen und die Räumung weiterer besetzer Häuser ideologisch vorbereiten. Ein neuer Höhepunkt des Zynismus ist die Aussage von Stadtrat Berg, wir würden den ausländischen Arbeitern den Wohnraum wegnehmen. Diese Aufhetzung der in elenden Verhältnissen lebenden Arbeitsemigranten und ihren Familien liegt auf der Linie der Verschleierung der wahren Verhältnisse in dieser Stadt und der Spaltung der politischen Bewegung: die Demagogen der SPD müssen wissen, daß, wenn in Frankfurt Wohnraum weggenommen und zerstört wird, dann vom spekulierenden Bau- und Bankkapital. Gerade Herr Berg weiß auch, daß in den Wohnheimen der Wohnheim GmbH, deren Vorstand er angehört, Wohnraum leersteht. Die Spitze der SPD läßt Wohnraum zumauern und schaut der fortgesetzten Zerstörung von Wohnraum in Frankfurt tatenlos zu. Sie hetzt den mietstreikenden Arbeitsemigranten die Polizei auf den Hals und droht mit Ausweisung. Die Interessen von Arbeitsemigranten und deutschen Hausbesetzern sind die gleichen.

Wir waren grundsätzlich bereit, Miete zu zahlen. Das lehnt die „Wohnheim" wohl deshalb bisher ohne Begründung ab, weil sie ein schlechtes Gewissen hat: die „Wohnheim" macht keinen Finger krumm für die Instandhaltung der Häuser. Aus der Anlage geht detailliert hervor, welche Ausgaben wir aus eigener Tasche bezahlten.

Außerdem nimmt die „Wohnheim" den Spekulanten mit den von uns eingetriebenen Mieten alle Kosten bis zum schließlichen Abriß der Häuser ab, selbst die Grundsteuer! Das ist eine offene finanzielle Unterstützung der Spekulanten.

Soziale Härten oder Kapitalismus?

An der Räumungsklage ist unschwer zu erkennen, daß die „Wohnheim" zu nichts anderem taugt, als „soziale Härten" zu vertuschen, ohne sie im geringsten mindern zu können und zu wollen. Wir fragen: Ist es nicht auch „soziale Härte", wenn man in Wohnsilos gepfercht wird, deren Wände so dünn sind, daß man nur leise sprechen kann, wo keine Spielgelegenheiten für die Kinder vorhanden sind, wo man völlig isoliert lebt? Ist es nicht auch „soziale Härte", wenn man monatelang nach einer halbwegs brauchbaren teuren Wohnung suchen muß, und wenn man drin wohnt – nachdem man den Maklern einige Monatsmieten geschenkt hat – den Repressionen der Hausbesitzer beim geringsten Anlaß ausgesetzt ist? Wo man glücklich sein kann, wenn nicht alle zwei Jahre die Miete heraufgesetzt wird?

Ist es nicht auch „soziale Härte", wenn jeder Ansatz zum Kampf gegen Wohnraumzerstörung, gegen teures und isoliertes Wohnen zerstört werden soll, wie es mit unseren Häusern geschieht, wo man sich jederzeit ein halbes Pfund Zucker oder fünf DM leihen kann, wo man zusammen arbeiten, Kinder erziehen, mit jemand seine Probleme besprechen, Feste feiern und gemeinsam den Kampf um die Wahrnehmung unserer Wohninteressen führen kann? Diese Kampferfolge möchten die Herren uns nehmen.

Unterstützung der Spekulation durch Bankkapital und Staat

Zwei Banken haben in den letzten Jahren genau 5,9 Mill. DM der Spekulantengruppe Bubis, Landschaft und Singer zum Aufkauf der sechs Grundstücke des Blocks ausgehändigt. Diese wären ohne die Banken nicht in der Lage gewesen, zu spekulieren und erst recht zu bauen (für das Selmi-Hochhaus am Platz der Republik wurden über 60 Mill. DM Kredit gegeben). Wir können diese Zahlen im einzelnen aufschlüsseln: die Namen der beteiligten Banken: Norddeutsche Kreditbank (landeseigen!) und vor allem (zu über 80 %) die Frankfurter Hypothekenbank, die wiederum zu 33,4 % der Dresdner Bank und zu der 25,1 % der Deutschen Bank gehört. Die beiden letztgenannten Banken haben also eine klare Mehrheit der Anteile und sind damit hauptverantwortlich für die Spekulation von Bubis & Co. Wir stellen des weiteren drei Banken fest, die im Frankfurter Westend die dicksten Geschäfte machen:

1. die obengenannte Frankfurter Hypothekenbank,
2. die Hessische Landesbank/Girozentrale (die zu 50 % indirekt dem Land Hessen gehört, was im Klartext heißt, daß dieses SPD-regierte Land selbst an der Zerstörung der Frankfurter Innenstadt verdient und die Spekulation mit Unsummen anheizt!);
3. die Bayerische Hypothekenbank.

Weitere große Unterstützung erfahren die Bauherren direkt aus der Tasche der Steuerzahler. Der dickste Hammer der SPD ist der Plan, leerstehende Luxusappartements als Sozialwohnungen zu vermieten und dabei den Hausbesitzern die Wuchermieten zu sichern, indem die Stadt die Preisdifferenz aus Steuergeldern bezahlt.



Justiz und Klassenkampf

Wir stehen hier vor einem Gericht, das uns des Rechtsbruchs anklagt. Wir sagen, daß die Gesetze, nach denen dieses Gericht urteilt, allein den Herrschenden dient und gegen die Interessen der Bevölkerung angewendet werden. Das Gericht behauptet, es sei gerecht und würde vom Grundsatz, daß alle Macht vom Volke ausgeht, geleitet. Wir sagen dagegen, daß sich hinter der Fassade von Gleichheit der Angeklagten und Kläger eine materielle Ungleichheit verbirgt, die durch die bloß formelle Gleichheit der Vertragspartner verdeckt wird.

Unsere Verträge mit der Wohnheim GmbH oder der Vertrag eines Mieters mit seinem Hausbesitzer sind in Wirklichkeit Kompromisse zwischen der Macht des Eigentums, damit des Kapitals und den Interessen der Lohnempfänger, deren wichtigstes „Recht“ darin besteht, ihre Arbeitskraft verkaufen zu dürfen.

Sollten wir hier verurteilt werden zur Räumung, zu Schadenersatz oder zu sonst etwas, so wird das dem Kampf gegen die reaktionäre Wohnungspolitik und die Stadtzerstörung nicht schaden, sondern ihn stärken. Das wird immer mehr Empörung hervorrufen und immer deutlicher werden lassen, wer wirklich im „Unrecht“ ist, es wird die Kampffront erweitern.

Unsere Richter, Rottweiler, Böhm und Kunkel, sind solche, die sich nicht der öffentlichen Diskussion über ihre Tätigkeit stellen, Richter, die schon Dutzende von Arbeitsemigranten auf die Straße gesetzt haben. Diese Gewalt brauchen unsere Richter nicht zu fürchten. Herr Rottweiler z. B. wohnt in einer billigen Sozialwohnung außerhalb im Grünen. Wo Böhm und Kunkel wohnen, werden wir auch noch rauskriegen. Was kann man also von einem solchen Gericht erwarten? Ein gerechtes Urteil?

Wir werden die Einheit aller unter dem kapitalistischen Wohnelend Leidenden, aller Ausgebeuteten herstellen, egal ob es Deutsche oder Ausländer sind.

Wir wehren uns gemeinsam! Vorwärts im Wohnungskampf!

Das Blockkollektiv der Häuser Schumannstr. 69/71 und Bockenheimer Landstr. 111 und 113

Alle Macht dem Volk – Die Häuser enteignen!

Für den Nachmittag des 8. Mai hatte der Gemeinderat des Londoner Stadtbezirks Kensington-Chelsea eine öffentliche Sitzung angesetzt, auf der die Sanierung bestimmter Straßenzüge der Gegend von Notting Hill (mitten in London!) verhandelt werden sollte. Dem Aufruf lokaler Stadtgruppen, dort hinzugehen, folgten über 400 Bewohner. Sie machten aus der Sitzung ihre Versammlung, verbarrikadierten die Türen und sperrten die 15 Ratsherren über Nacht ein. Der folgende Artikel ist übersetzt aus: „Ned-Gate, North Kensington Area Paper no. 4, May–June“. Die Genossen dieser Stadtzeitung beteiligten sich an den Auseinandersetzungen jener Nacht, schrieben den Bericht (gekürzt) und machten die Fotos.

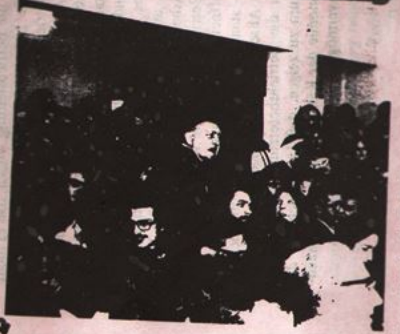


„Morgen kümmern wir uns drum.“ Mr. Methuen & Co

Der Gemeinderat des verkommenen Wahlbezirks Kensington-Chelsea (Londoner Stadtteile) berief eine öffentliche Sitzung im Rahmen seiner Public-Relations-Kampagne ein, die den Anschein erwecken sollte, daß seine üble Politik im Bereich der Colville- und Tavistock-Straße „demokratisch“ sei. Woher wir wissen, daß es nur eine PR-Angelegenheit war? Nun, weil die Leute seit Jahren fordern, daß der Rat etwas unternimmt, damit Arbeiterfamilien nicht länger aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Vor fast 9 Monaten waren dieselben Ratsmitglieder durch ein dreistündiges „Lock-in“ (Einschließung) gezwungen worden, ihre eigene öffentliche Versammlung aufzulösen, weil Hunderte von Anwesenden die Enteignung von Privatbesitz forderten. Der Rat hielt keine öffentliche Sitzung mehr bis zur vergangenen Woche, als sich mehr als 400 Leute in einem völlig unzureichenden Raum in einer Allerheiligenkirche zusammendrängten und verlangten, daß der Rat Schritte unternimmt, die er – wie wir alle wissen – unternehmen kann, wenn er will: Enteignungen privaten Grundbesitzes durch Aufkauf, um zu verhindern, daß er in die Hände privater Spekulanten gerät. Der Rat hat die legalen Machtmittel für einen solchen Schritt, aber wieder einmal wird nur lange drumherumgeredet, um eine klare Antwort zu vermeiden. Ratsherr Methuen gab den größten Teil des offiziellen Geredes von sich. Er versuchte, für seine „Kollegen“ zu antworten und zu kontrollieren, was sie sagten. Die anderen Ratsherren benahmen sich wie hilflose Marionetten. Die Leute waren voll von Jahre alter Wut und Frustration über Räumungen und beschissene Wohnverhältnisse und den ausgeklügelten Plan, alle, außer ein paar Arbeitern, die für die lokale Industrie gebraucht werden, rauszuschmeißen, damit sich hier die reichen Grundbesitzer, Geschäftsleute, Makler, Ärzte und Rechtsanwälte breitmachen können, damit die hier schöne Wohnungen und Gärten kriegen und wir sonstwo in der Scheiße leben können (wo eigentlich?).

Die Tories können Nord-Kensington nur halten, wenn sie alle Arbeiter aus der Gegend entfernen und sie durch Tory-Wähler aus der Mittelklasse zu ersetzen. Wenn ihnen das gelingt, haben sie endlich ihre langersehnte Tory-Hochburg in London-Mitte.

Bewohner standen auf und wollten Antworten auf ihre Fragen haben: Warum ist der Sanierungsbericht über die betroffenen Straßen dick, umfangreich, teuer (380 DM), unlesbar und nicht zu bekommen? Warum wurden nur 200 Exemplare gedruckt? Warum ließen die Ratsherren nichts für die große Zahl der Immigranten des Bezirks ins Spanische und Italienische übersetzen? (Plakate und Flugblätter in spanisch und englisch wurden nur von den lokalen Gruppen gedruckt.) Warum hat sie die öffentliche Sitzung nicht öffentlich bekanntgegeben? Warum gibt es keinen Gemeindesaal, der groß genug ist für eine öffentliche Versammlung? Warum ist die Schließung unserer Schulen geplant? Ist es nicht so, daß der Rat die Macht besitzt, das ganze Gebiet durch Aufkauf zu enteignen und Kontrollbestimmungen für den Privatbesitz zu erlassen, um zu verhindern, daß die Leute aus ihren Wohnungen geworfen werden?



Wir bekamen nur auf eine Frage eine klare Antwort. Auf die letzte. Ratsherr Methuen versuchte doch tatsächlich, dem Bezirksjuristen zu erzählen, was er sagen sollte, aber alle schrieen ihm zu, er solle das Maul halten und den Bezirksjuristen in seinen eigenen Worten antworten lassen. Er sagte: „Die Antwort ist Ja. Der Rat *hat* die Macht, zu enteignen.“ – Warum macht er es dann nicht? Nach Jahren des Forderns wissen wir es... Sie wollen nicht, weil sie nur den Reichen helfen!

Weil man von den Verschanzungen des Rates genug hatte, wurde eine Massenabstimmung über alle Forderungen der letzten Jahre durchgeführt, eine nach der anderen: in einer Versammlung von 400 Leuten stimmten nur drei dagegen. Hier ging es nicht um eine „Gruppe von Demonstranten“, das war die Stimme des Volkes, die verschiedensten Leute: Arbeiter, Kioskinhaber, Jung und Alt, Schwarz und Weiß, Frauen, Männer und Kinder. Und das hat den Ratsherren eine Angst eingejagt, daß ihnen die Scheiße steckenblieb.

Dann kam der Fall der Familie Chipolina dran. Vor 9 Monaten hatte der Rat dieser Familie einen Brief geschrieben, in dem festgestellt wurde, daß sie unter zu beengten Wohnverhältnissen lebt und daß sie entweder einen weiteren Raum von ihrem Vermieter dazumieten oder sich ein Haus kaufen sollte!!! Sechs Monate später kaufte der Rat das Haus und schickte der Familie gleich eine Räumungsaufforderung mit dem Angebot einer Übergangsunterkunft, nämlich einem Zimmer im Tranmer-Haus, einer berüchtigten Pension dritter Kategorie in der Harrow Road, bis sie etwas anderes finden – oder vielleicht aus Verzweiflung sterben.

Jetzt wurden viele der anwesenden Spanier und Italiener von der Versammlung ermutigt, in ihrer eigenen Sprache zu sprechen. Die spanischen Immigranten wollten wissen: Ist das die Politik des Rates, acht Menschen in einen Raum zu stecken? Außerdem, Enteignungen werden die Spekulanten stoppen, aber das ist nur der Anfang – wie werden der Rat und die städtische Hausverwaltung sich als Eigentümer verhalten?

Methuen sagte: „Informiert uns über die Einzelheiten und morgen kümmern wir uns drum.“ Aber man erinnerte sich daran, daß er das vor neun Monaten auch schon zu Joyce Maving gesagt hatte, und sie hat immer noch kein Dach über dem Kopf. Die Leute wollten, daß sofort etwas getan wird. Kinder und Mütter zerrissen Kopien des Berichts über den Stadtteil und bewarfen die Ratsherren mit herausgerissenen Seiten.

Daraufhin wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen, daß sie einschließlich der Ratsmitglieder so lange zusammenbleiben sollte, bis etwas für die Familie getan wird. Ein Ratsmitglied stand auf und sagte: „Heute Abend können wir nichts mehr tun, dann müssen wir wohl bis zum Frühstück bleiben.“ Und so geschah es auch.

Zwischendurch sah es einmal so aus, als ob Stadtrat Eaton etwas unternehmen würde, als die Leute vorschlugen, er sollte den Notdienst beim Sozialamt anrufen. Er stand auf und guckte Methuen an, der aber gab ihm nicht die Erlaubnis zu gehen, und so blieb er da sitzen, wo er saß, wie eine Marionette an nassen Fäden.

Die Türen wurden verriegelt und verbarrikadiert, um den Gemeinderat daran zu hindern, sich der demokratischen Entscheidung, zu bleiben, zu entziehen; von den Leuten aus dem Stadtteil wurden die herausgelassen, die gehen wollten, aber die meisten entschlossen sich, zu bleiben und nur wegzugehen, wenn sie ihre Kinder ins Bett bringen mußten oder um noch schlafen zu können, wenn sie am Morgen zur Arbeit mußten. Die ganze Nacht redeten die Leute miteinander, diskutierten, schrieben ihre Forderungen auf, organisierten Essen und Kaffee, machten Musik und tanzten. Die Stadträte saßen herum mit ihren eleganten Anzügen, mit nervösem Grinsen, machten blöde Witze und versuchten, die Leute mit geschwollenen Redensarten darüber, was sie alles nicht tun könnten, abzuspeisen. Aber damit kamen sie nicht durch. Die meisten waren entschlossen, diesen dickbäuchigen Stadträten einmal etwas von den Schikanen und Repressionen spüren zu lassen, die sie selbst jahrelang erfahren mußten. Sie setzten sich auf den Tisch, an dem der Rat saß und beschimpften die Stadtratsmitglieder. Zum ersten Mal in ihrem Leben waren die Ratsherren *gezwungen*, zuzuhören. Bis zum frühen Morgen hatten die Stadträte nur zugestimmt, daß die Zwangsräumung der Familie Chipolina zwei Wochen aufgeschoben werden sollte und daß sie inzwischen über den Fall nachdenken würden.



Ungefähr um 10 Uhr morgens kam die Polizei, die die ganze Nacht das Gebäude umkreist hatte, herangefahren und Methuen rannte zu einem Fenster und schrie: „Holt mich raus!“ Die Polizei kündigte an, daß sie in den Saal eindringen und die Ratsherren „befreien“ würde, wenn die Leute nicht friedlich weggingen. Fast alle meinten, daß es nichts bringen würde, wenn man der Polizei wieder die Gelegenheit geben würde, welche zusammenzuschlagen und festzunehmen. Nach ein paar Minuten riefen alle ihre Forderungen noch einmal dem Gemeinderat zu und marschierten dann singend aus dem Gebäude: „Alle Macht dem Volke: Die Häuser enteignen!“

Die verängstigten Ratsmitglieder verschwanden durch die Hintertür.

VERKAUF DER ZEITUNG

Die Zeitung ist nicht nur im Buchhandel und per Einzelabonnement zu beziehen. Auch Gruppen von Genossen sollen die Zeitung bestellen und weiterverkaufen. Organisiert den Verkauf – auch der italienischen und griechischen Ausgabe – selber! Außerdem können sich z. B. die Stadtteilgruppen überlegen, ob sie sie verkaufen. Die Gruppen erhalten die Zeitung ab 5 Stück mit 10 % Rabatt für die eigenen Auslagen und portofrei zugesandt.

Aus den Städten mit Buchhandlungen wollen wir möglichst keine Einzelabonnements, damit uns die Versandarbeit nicht über den Kopf wächst. Aber durchaus Gruppenbestellungen.

An Gruppenbesteller wird die Zeitung zwar gefalzt, aber nicht zusammengelegt versandt. Für uns wäre das insgesamt viel Arbeit, aber wenn ein Genosse 20 Exemplare bestellt, hat er die in 5 Minuten ineinandergelegt.

Alle Bestellungen nur an:

WIR WOLLEN ALLES
8551 Gaiganz
Haus Nr. 12

Alle Zahlungen nur an WIR WOLLEN ALLES, Gaiganz, Konto 4684-852 beim Postscheckamt Nürnberg.

KÄMPFE DER AUTOMOBILARBEITER VOM 1.2.–16.6.73.

Chronologie der Europäischen Automobilarbeiterkämpfe im Frühjahr 1973

„Die Aktionen der Basis entwickeln sich unerwartet und in Betrieben sehr unterschiedlicher Struktur, sie sind außerdem kräftig und teilweise hartnäckig. Und es wird sowohl um höhere Löhne wie um bessere Arbeitsbedingungen, um Einzelforderungen, um Klassifizierungsfragen und eigentlich um alles gekämpft, was die Arbeit und das Leben leichter machen kann ... Die Atmosphäre ist so, daß jedes Zugeständnis neue Forderungen auslöst." *(Handelsblatt vom 18. 4. 1973)*

England

FORD
3./4. 1. 1973
1 700 Arbeiter der Nachtschicht im Werk Hailwood treten in Streik.
4. 1. 1973
In Hailwood stellen die shop stewards folgende Forderungen auf: Angleichung der Löhne an die Automobilindustrie der Midlands, für die 35-Stunden-Woche, für eine Woche mehr Urlaub im Jahr, für bezahlten Urlaub und Bezahlung von Arbeitsausfällen und für die Begrenzung der Laufzeit der Tarifverträge auf 12 Monate. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, veranstalten die Arbeiter eine Massenversammlung im Liverpool-Stadion.
9. 2. 1973
Die Gewerkschaften der 52 000 Ford-Arbeiter weisen das Angebot zur Lohnerhöhung von 2.40 Pfd. pro Woche zurück. Als die Arbeiter von dem unverfrorenen Angebot hören, verlassen 2 600 der 7 600 Arbeiter von Ford-Hailwood die Fließbänder und verweigern die Arbeit. Da die Unternehmer wegen der Lohnstopp-Politik der Regierung gar kein höheres Angebot machen können, wird für den 17. 4. 1973 ein nationaler Kongreß der shop stewards aller 21 britischen Ford-Werke geplant, wobei Repräsentanten von Vauxhall, British Leyland, den Bergarbeitern und dem Krankenhauspersonal geladen werden sollen, um eine nationale Mobilisierung gegen die Lohnstopp-Politik zu erreichen. Dazu werden gleich die Forderungen aufgestellt: 10 Pfd. Lohnerhöhung pro Woche (die Regierung erlaubt nur 2.40 Pfd.), die 35-Stunden-Woche, 4 Wochen Urlaub, Erhöhung des Urlaubsgeldes und der Pensionen, voller Lohnausgleich bei Arbeitsausfällen!

BRITISH LEYLAND
1. 1. 1973
Jahresabschluß 1972 weist unter den englischen Autofirmen die geringsten Profite aus, was zu einem gewichtigen Teil auf Lieferschwierigkeiten durch Streiks, die einen Produktionsverlust von 17 000 Fahrzeugen verursacht haben, zurückzuführen ist. Die Verluste durch den Bergarbeiterstreik betrugen 7 Mio. Pfd. und die durch den Streik bei Jaguar 4.5 Pfd.
1. 2. 1973
Vier Werke müssen geschlossen werden, da 13 500 Arbeiter streiken oder durch Streik arbeitslos sind. In drei Tagen verliert British Leyland 10 Mio. Pfd. Der zur selben Zeit stattfindende Streik von 1 000 Fahrern der
17. 4. 1973
British Leyland muß die Produktion von Rover, Landrover und Mini wegen des Streiks der Arbeiter der Zuliefererfirma Rubery Owen einstellen.
British Leyland hat zwischen dem 1. 10. 1972 und dem 1. 5. 1973 60 000 Autos durch Streiks verloren.

AUSTIN-MORRIS
29. 1. 1973
Die Werke in Longbridge stehen für vier Tage still.
1. 2. 1973
In einigen Abteilungen des Werkes in Oxford wird die Produktion durch Arbeiterkämpfe behindert.
14. 3. 1973
Mit großer Mehrheit billigen die Arbeiter des Montagewerks Oxford die Zurückweisung des an dem Lohnstopp-Programm der Regierung Heath orientierten Angebots von 2.60 Pfd. Lohnerhöhung pro Woche. Die Arbeiter hatten 7 Pfd. gefordert.
14. 3. 1973
In den Lastwagen- und Bus-Werken in Leyland wurde die Produktion durch den Lohnstreik von 290 Instandhaltungsarbeitern gestoppt.
Von den Gewerkschaften wurden die an verschiedenen Punkten der Basis formulierten Lohnforderungen vernachlässigt, um sich ganz auf das Ziel zu konzentrieren, die Akkordlohnsysteme wieder durch Zeitlohnsysteme zu ersetzen. Die Gelegenheit erwies sich insofern „günstig", als es den Unternehmern durch die Lohnstopp-Politik der Regierung nicht mehr möglich war, das Akkordlohnsystem, das immer wieder zu Unruhen unter den Arbeitern führte, durch Lohnerhöhungen von den Arbeitern zu „erkaufen".
20. 1. 1973
Viertägiger Streik von 3 000 Arbeitern der Nachtschicht und 5 000 Arbeitern der Tagesschicht im Werk bei Oxford aus Protest gegen das Auftreten von Rationalisatoren (entsprechend den deutschen Refa-Leuten). Schon am 19. 3. 1973 war es durch verschiedene Gruppen von Arbeitern zu Arbeitsniederlegungen gekommen, sobald sie die Rationalisatoren auf den Abteilungen erblickten. Diese Aktionen eskalierten sich, bis die Fabrik praktisch still steht. Die 1 500 Arbeiter des benachbarten Karosseriewerkes werden durch die Aktionen „technisch" arbeitslos. Das Management beruft sich gegenüber den shop stewards auf ein Abkommen des letzten Jahres, das die Akkordarbeit durch analytische Arbeitsplatzbewertung ablösen soll. Die täglichen Produktionsverluste betragen 1,5 Mo. Pfd.

TRIUMPH
1. 2. 1973
Die Arbeiter des Triumph-Werkes in Coventry streiken wegen der Entlassung eines Kollegen. Das Werk steht still. Der gleichzeitige Arbeiterkampf bei Burman und Sons in Birmingham, wo Getriebe produziert werden, läßt die Triumph-Werke auch nicht

BRITISH CHRYSLER
20. 4. 1973
Der Streik von 400 Monteuren bei Chrysler in Linwood setzt die 5 000 Arbeiter des Werkes und in der Folge 4 000 Arbeiter der Ryton-Werke in Coventry frei. Der Streik geht um Kompetenzstreitigkeiten zweier Gewerkschaften bei der Installation von Produktionsanlagen, als hierfür Arbeiter einer anderen Gewerkschaft herangezogen werden. Der Produktionsverlust beträgt mehr als 1 Mo. Pfd. am Tag. (Die eigentlichen Hintergründe dieses Streiks sind aus den Zeitungen nicht zu entnehmen.)

LUCAS
14. 2. 1973
Die Lucas-Werke, die Hauptlieferant für Elektro-Zubehörteile der englischen Automobilindustrie sind, müssen wegen des Gas-Arbeiter-Streiks die Tore schließen.
12. 3. 1973
Die gesamte Nachtschicht von 300 Mann schließt sich dem go slow von 30 Arbeitern an, die damit gegen die Erhöhung der Akkordrichtsätze kämpfen wollen. Die Werksleitung weigert sich, für die Bummel-Nachtschichten auch nur einen Penny zu zahlen, sie will mit dem Geld erst wieder herausrücken, wenn die Arbeiter wieder „normal" arbeiten. Der Arbeiterkampf dauert etwa eine Woche.

Frankreich

RENAULT
16. 1. 1973
Aus Angst vor der Radikalität der Arbeiter sehen sich die CGT (die von der KPF gesteuerte Gewerkschaft) und der Staatskonzern Renault gezwungen, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen (in Dingen, die bei den privaten Firmen wie Peugeot und Chrysler-France schon längst üblich waren). Nichtsdestoweniger fallen dem staatlich-gewerkschaftlichen Konsortium Zugeständnisse besonders schwer, da die Tarifabschlüsse bei Renault in ganz Frankreich Signalwirkung zu haben pflegen: Vorziehung der Altersrente (75 % des letzten Lohns) von 65 auf 63 Jahre (bei Frauen auf 62 Jahre) – 2 000 Arbeiter werden davon sofort betroffen –, der Anspruch auf die Vollrente besteht schon nach zwei Jahren Betriebszugehörigkeit; garantierter jährlicher Lohnzuwachs von 2 %, wobei neben den unglaubwürdigen Indexrechnungen des Staates die Indexrechnungen der CGT berücksichtigt werden müssen; ca. 35 Min. Arbeitszeitverkürzung pro Woche; Kompensationszahlungen bei Produktionsausfällen; Umstellung der Stundenlöhne auf Monatsgehalt.
7. 3. 1973
400 Hilfsarbeiter der Karosseriepresserei, hauptsächlich Nordafrikaner, bei Renault-Billancourt scheißen auf die Kopplung von Lohn und Qualifikation (wie sie sich in dem Abkommen vom 16. 1. 1973 darstellt), indem sie als unqualifizierte Angelernte für ihre Einstufung und Bezahlung als qualifizierte Arbeiter streiken.
21. 4. 1973
Die Werksleitung von Renault-Sandouville versucht die Arbeit wieder in Gang zu bringen. Aber nur 40 % der Arbeiter erschienen an den Maschinen. Das Werk in Flins bleibt weiter geschlossen. In Le Mans arbeitet man zwar wieder, aber es wird jederzeit mit dem Ausbruch von Solidaritätsstreiks mit Billancourt gerechnet. Die Streiks kosten Renault täglich 40 Mio. Franc. Der Tagesausstoß ist von 6 200 auf 3 800 Autos zurückgegangen.
24. 4. 1973
In Sandouville müssen 6 000 der 9 000 Beschäftigten wegen Zulieferschwierigkeiten infolge der Streiks in den anderen Werken kurzarbeiten. Im Werk Flins sollen 26 Arbeiter als Rädelsführer entlassen werden.

PEUGEOT
17. 4. 1973
Im Werk St. Etienne wird gestreikt.
18. 4. 1973
Der Streik dehnt sich auf die anderen Werke von Peugeot aus.
24. 4. 1973
Noch immer wird überall gestreikt. Um ihre Verhandlungsbereitschaft zu zeigen, läßt die Werksleitung von St. Etienne die Polizeiposten, die um das Werk angeordnet waren, abziehen.

BERLIET
25. 1. 1973
Aus einer Zeitungsmeldung: Seit vier Monaten Betriebskonflikte und Produktionsunterbrechungen bei der französischen Lastwagen- und Rüstungsfabrik Berliet.
Berliet führt seine 31 Millionen fr Verlust zum erheblichen Teil auf die Arbeiterkämpfe zurück.

Italien

ALFA ROMEO
10. 3. 1973
Die seit Monaten anhaltenden Tätlichkeiten gegen die Meister, die planmäßige Zerstörung der Kommandogewalt und der Arbeitsorganisation im Betrieb, Sabotagen und unzählige Pausen legen den Betrieb an diesem Tag endgültig lahm.
13. 3. 1973
Wilder Streik in der Gießerei; 6 500 müssen vorübergehend entlassen werden. Als die Leute, die den Personalchef verprügelt haben, festgenommen werden, beginnen am nächsten Tag alle 20 000 Arbeiter des Werks einen dreitägigen Streik.
12. 4. 1973
Die Abwesenheitsrate liegt seit Anfang des Jahres bei 24 %.

FIAT
1. 1. 1973
Die Betriebsbilanz für das Jahr 1972 weist einen Produktionsverlust durch die Unruhen im Betrieb von 200 000 Fahrzeugen auf.
14. 2. 1973
Der Provinzsekretär der rechtsgerichteten Gewerkschaft Cisnal wird von den „Roten Garden" entführt und bekommt eine kräftige Abreibung verpaßt: er hatte zu provokant gegen die Interessen der Arbeiter gearbeitet.
22. 3. 1973
10. 4. 1973
Fiat hat zu diesem Zeitpunkt 78 000 Autos weniger hergestellt als im Vorjahr.

LANCIA
3. 4. 1973
Dieselben Unruhen, wie in den anderen Autowerken sind auch bei den Turiner Lancia-Werken zu finden. Auch hier kommt die Produktion durch permanente Arbeiterversammlungen zum Erliegen.

DE TOMASO-FORD AUTOMOBILI
22. 1. 1973
Das Werk soll aus Modena nach Turin verlegt werden. Die Arbeiter beginnen seit Bekanntgabe dieses Plans ihren Widerstand zu organisieren, da sie keine Lust haben, wegen irgendwelchen Standortverbesserungen für das Ford-Kapital nach Turin zu ziehen.

MOTO GUZZI
10. 3. 1973
Die 1 000 Arbeiter der Moto Guzzi in Lecco werden ausgesperrt, weil die Fabrikdirektion eine Fortsetzung der Produktion wegen der anhaltenden Unruhen nicht mehr für möglich hält. Die Aufstände im Werk sind wegen äußerst scharfer Rationalisierungen ausgebrochen.
Durch die Streiks wurden in Italien in den beiden ersten Monaten des Jahren zusammengenommen 73 656 weniger Autos produziert als im Vorjahr.

Spanien

MOTOR IBERIKA
14. 6. 1973
In Pamplona versuchen 200 Arbeiter durch einen Sitzstreik, höhere Löhne zu erzwingen.
15. 6. 1973
40 000 Arbeiter des Industriegürtels um Navarra solidarisieren sich mit den streikenden Arbeitern von Pamplona.
16. 6. 1973
20 000 Arbeiter gehen in Pamplona auf die Straße, um gegen die Entlassung der 200 streikenden Arbeiter von Motor Iberika zu protestieren. Sogar Geschäftsleute schließen aus Solidarität ihre Läden.
Die Demonstrationen aller drei Tage werden durch die Polizei brutal zerschlagen und es gibt mehrere hundert Verhaftete.

Deutschland

VW
10. 4. 1973
In Kassel kommt es zu vereinzelten, kurzfristigen Arbeitsniederlegungen.
Wie in den Kämpfen der nächsten Tage bei allen anderen VW-Werken werden die Umwandlung der jährlichen Erfolgsprämie, die je nach Ertragslage gekürzt oder aufgestockt wurde, in ein garantiertes Monatsgehalt, bzw. 8 % Erfolgsprämie für das Jahr 1972 im Gegensatz zu den angebotenen 6,5 % verlangt.
11. 4. 1973
In Emden wird in der Früh- und Spätschicht nicht mehr gearbeitet.
In Kassel werfen die 7 000 Mann der Spätschicht trotz des Eingreifens von Werkschutz die Arbeit endgültig hin.
In Salzgitter kommt es zu kurzfristigen

Die Arbeiter des Jaguar-Werks in Coventry streiken.
1. 2. 1973
Die MG-Sportwagen-Produktion in Abingdon kommt durch einen Arbeiterkampf für einen Tag zum Erliegen.

In der Fabrik in Erdington, die die Vergaser für British Leyland herstellt, streiken 100 Frauen wegen ungerechtfertigter Lohnabzüge; 600 männliche Arbeiter solidarisieren sich sofort.
13. 2. 1973
13 000 Fahrer der British Railway Service legen die Arbeit aus Protest gegen das bestehende Prämiensystem nieder. Dadurch stockt in den 11 Werken der British Leyland die Montage von Karosserien und Zubehörteilen. In den Midlands erliegt die ganze Autoproduktion. Der Verlust beträgt 35 Mio. Pfd.
14. 2. 1973
Die Arbeiter der Fabrik in Bathgate, die Lastwagen und Traktoren herstellt, sind gezwungen, auf einen Riesenschwindel einzugehen. Sie müssen eine Lohnerhöhung von 2.42 Pfd. akzeptieren, obwohl ihnen nach einem betriebsinternen Vertrag vom Dezember 1972 4.25 Pfd. zustehen würden. Aber sie haben keinen Mut, nochmals zu kämpfen, nachdem sie genau ein Jahr zuvor einen vierwöchigen Streik, der dem Werk einen Verlust von 8 Mio. Pfd. zufügte, ergebnislos abbrechen mußten, da ihnen die Gewerkschaften durch die Verweigerung der Streikgelder in den Rücken gefallen war.
20. 3. 1973
Durch den viertägigen Streik von 130 Angestellten werden die 7 500 Arbeiter des Triumph-Werkes freigesetzt. Sie verlangen die rückwirkende Inkrafttretung eines Lohnabkommens, und zwar entgegen den Richtlinien der staatlichen Lohnstopp-Gesetze.
20. 3. 1973
Das Zweigwerk in Liverpool mit seinen 430 Arbeitern steht zwei Tage still, weil die 75 Mann der Lackiererei streiken
VAUXHALL
1. 2. 1973
Bei Vauxhall in Ellesmere-Port werden infolge der Unruhen wegen der Bestrafung eines shop stewards 3 500 Arbeiter ausgeschlossen. Das zieht die Freisetzung von 2 500 Arbeitern im Werk Luton nach sich. Der Produktionsausfall für Vauxhall beträgt 10 Mio. Pfd.
BURMANN'S KING NORTON
Letzte Januar-Woche
Die Werke in Birmingham und Tripton liegen still.

In Birmingham wollen 38 Arbeiter Angleichung ihrer Löhne an die der Facharbeiter. Durch Streikposten werden 900 Mann ausgesperrt.

In Tripton kämpfen 160 Maschinisten und Monteure um höhere Akkordzulagen.
MASSEY-FERGUSON
17. 4. 1973
Der Streik in der Zuliefererfirma Rubery Owen zwingt zur Einstellung der Traktorenproduktion.

ter ausgesperrt. Es kommt in den nächsten Tagen zu Solidaritäts-Streiks in einigen anderen Werken von Renault.
2. 4. 1973
In den Zeitungen werden noch immer Unruhen in allen Zweigwerken von Renault gemeldet.
10. 4. 1973
Die Karosseriepresse in Billancourt beginnt erst jetzt wieder voll zu arbeiten.
17. 4. 1973
In Billancourt beginnen nun 7 000 der 33 0000 Arbeiter mit einem Streik. Sie verlangen die volle Nachzahlung (die Betriebsleitung bietet nur 50 % entsprechend dem Tarifvertrag vom 16. 1. 1973) der Bezüge für die Zeit, in der sie durch den Streik der 400 Hilfsarbeiter in der Karosseriepresse „technisch" arbeitslos gewesen sind. Auch hier kommt es sofort wieder zu Solidaritätsstreiks in allen anderen Renault-Werken.
17. 4. 1973
Die Arbeiter des Werkes Sandouville bei Le Havre besetzen die Energiezentrale des Werks und schalten sie ab.
17. 4. 1973
Teile der zu Renault gehörenden Lastwagenfabrik Saviem sind durch Streiks lahmgelegt.
18. 4. 1973
Die Werke in Flins und Sandouville werden geschlossen. Deshalb können die 2 000 Arbeiter der belgischen Montagewerke auch nicht mehr weiterarbeiten. In Frankreich sind somit von den 93 000 Renault-Arbeitern 30 000 im Streik oder technisch arbeitslos.

Anschließend umstellen sie das Gebäude der Betriebsverwaltung und blockieren es 2 1/2 Stunden lang.
23. 3. 1973
Im Fiat-Werk Rivalta schließen 1 500 Arbeiter die 460 Angestellten in ihren Büros ein da sie sich einem Streik, der sich gegen die Entlassung von zwei militanten Gewerkschaftlern richtet, nicht anschließen wollen.
29. 3. 1973
Bei Fiat-Mirafiori in Turin gibt es seit Monaten beständige Betriebsbesetzungen und Umzüge, um Druck für die Beendigung der seit einem halben Jahr laufenden Tarifverhandlungen für die Metallindustrie auszuüben. An diesem Tag kommt die Produktion völlig zum Erliegen.

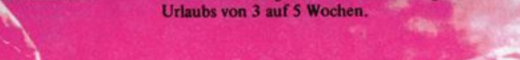
Beide Parteien, sowohl die Arbeiter als auch die Betriebsleitung wissen, daß es nicht um die Löhne geht, sondern um die Macht im Betrieb: Agnelli will erst über Lohn reden, wenn ihm die Gewerkschaften bei Abschluß des Branchentarifvertrages eine Kontrollgarantie über die Arbeiter für die nachfolgenden Verhandlungen auf Betriebsebene, wo es dann um die Produktionsprämien geht, anbieten können; andererseits halten die Arbeiter das Werk besetzt und veranstalten Betriebsumzüge, die Werkstore sind von bewaffneten Arbeitern gegen Streikbrecher und staatliche Intervention abgesichert. Nach Abschluß des Vertrages geben die Arbeiter die Betriebsbesetzung nicht sogleich auf, um zu zeigen, daß Lohnabschlüsse die Autonomie der Kämpfe nicht zu beeinträchtigen vermögen.

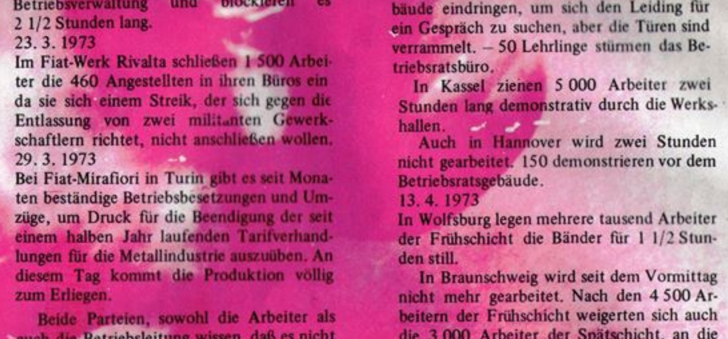
und Lehrlinge wollen in das Verwaltungsgebäude eindringen, um sich den Leiding für ein Gespräch zu suchen, aber die Türen sind verrammelt. – 50 Lehrlinge stürmen das Betriebsratsbüro.

In Kassel zienen 5 000 Arbeiter zwei Stunden lang demonstrativ durch die Werkshallen.

Auch in Hannover wird zwei Stunden nicht gearbeitet. 150 demonstrieren vor dem Betriebsratsgebäude.
13. 4. 1973
In Wolfsburg legen mehrere tausend Arbeiter der Frühschicht die Bänder für 1 1/2 Stunden still.

In Braunschweig wird seit dem Vormittag nicht mehr gearbeitet. Nach den 4 500 Arbeitern der Frühschicht weigerten sich auch die 3 000 Arbeiter der Spätschicht, an die Arbeit zu gehen.
16. 4. 1973
In Emden legt die Spätschicht zum dritten Mal die Arbeit nieder. Arbeiter und Angestellte, die vom Werk aus in die Stadt demonstrieren wollen, werden durch die Polizei daran gehindert.
17. 4. 1973
Mehrere hundert Arbeiter vereiteln in Emden den Versuch von Polizisten, die Verteilung einer Betriebszeitung zu unterbinden.
KARMANN
7./8. 5. 1973
1 500 spanische und portugiesische Arbeiter der Karmann-Werke in Osnabrück streiken 30 Stunden lang für die Ausdehnung ihres Urlaubs von 3 auf 5 Wochen.





ES MACHT KEINEN SPASS MEHR. UNTERNEHMER ZU SEIN

was zu einem gewichtigen Teil auf Lieferschwierigkeiten durch Streiks, die einen Produktionsverlust von 17 000 Fahrzeugen verursacht haben, zurückzuführen ist. Die Verluste durch den Bergarbeiterstreik betrugen 7 Mio. Pfd. und die durch den Streik bei Jaguar 4,5 Pfd.

1. 2. 1973

Vier Werke müssen geschlossen werden, da 13 500 Arbeiter streiken oder durch Streik arbeitslos sind. In drei Tagen verliert British Leyland 10 Mio. Pfd. Der zur selben Zeit stattfindende Streik von 1 000 Fahrern der British Road Service, der den Nachschub an Karosserien und Motoren stoppt, macht den Produktionsstop komplett.

1. 2. 1973

Die Arbeiter des Jaguar-Werks in Coventry streiken.

1. 2. 1973

Die MG-Sportwagen-Produktion in Abingdon kommt durch einen Arbeiterkampf für einen Tag zum Erliegen.

In der Fabrik in Erdington, die die Vergaser für British Leyland herstellt, streiken 100 Frauen wegen ungerechtfertigter Lohnabzüge; 600 männliche Arbeiter solidarisieren sich sofort.

13. 2. 1973

13 000 Fahrer der British Railway Service legen die Arbeit aus Protest gegen das bestehende Prämiensystem nieder. Dadurch stockt in den 11 Werken der British Leyland die Montage von Karosserien und Zubehörteilen. In den Midlands erliegt die ganze Autoproduktion. Der Verlust beträgt 35 Mio. Pfd.

14. 2. 1973

Die Arbeiter der Fabrik in Bathgate, die Lastwagen und Traktoren herstellt, sind gezwungen, auf einen Riesenschwindel einzugehen. Sie müssen eine Lohnerhöhung von 2.42 Pfd. akzeptieren, obwohl ihnen nach einem betriebsinternen Vertrag vom Dezember 1972 4.25 Pfd. zustehen würden. Aber sie haben keinen Mut, nochmals zu kämpfen, nachdem sie genau ein Jahr zuvor einen vierwöchigen Streik, der dem Werk einen Verlust von 8 Mio. Pfd. zufügte, ergebnislos abbrechen mußten, da ihnen die Gewerkschaften durch die Verweigerung der Streikgelder in den Rücken gefallen war.

shop stewards auf ein Abkommen des letzten Jahres, das die Akkordarbeit durch analytische Arbeitsplatzbewertung ablösen soll. Die täglichen Produktionsverluste betragen 1,5 Mo. Pfd.

TRIUMPH

1. 2. 1973

Die Arbeiter des Triumph-Werkes in Coventry streiken wegen der Entlassung eines Kollegen. Das Werk steht still. Der gleichzeitige Arbeiterkampf bei Burman und Sons in Birmingham, wo Getriebe produziert werden, läßt die Triumph-Werke auch nicht ungeschoren und auch British Leyland, Chrysler und Vauxhall bekommen in den nächsten Tagen wegen dieses Streiks noch einige Schwierigkeiten.

20. 3. 1973

Durch den viertägigen Streik von 130 Angestellten werden die 7 500 Arbeiter des Triumph-Werkes freigesetzt. Sie verlangen die rückwirkende Inkrafttretung eines Lohnabkommens, und zwar entgegen den Richtlinien der staatlichen Lohnstopp-Gesetze.

20. 3. 1973

Das Zweigwerk in Liverpool mit seinen 430 Arbeitern steht zwei Tage still, weil die 75 Mann der Lackiererei streiken

VAUXHALL

1. 2. 1973

Bei Vauxhall in Ellesmere-Port werden infolge der Unruhen wegen der Bestrafung eines shop stewards 3 500 Arbeiter ausgeschlossen. Das zieht die Freisetzung von 2 500 Arbeitern im Werk Luton nach sich. Der Produktionsausfall für Vauxhall beträgt 10 Mio. Pfd.

BURMANN'S KING NORTON

Letzte Januar-Woche

Die Werke in Birmingham und Tripton liegen still.

In Birmingham wollen 38 Arbeiter Angleichung ihrer Löhne an die der Facharbeiter. Durch Streikposten werden 900 Mann ausgesperrt.

In Tripton kämpfen 160 Maschinisten und Monteure um höhere Akkordzulagen.

MASSEY-FERGUSON

17. 4. 1973

Der Streik in der Zuliefererfirma Rubery Owen zwingt zur Einstellung der Traktorenproduktion.

müssen; ca. 35 Min. Arbeitszeitverkürzung pro Woche; Kompensationszahlungen bei Produktionsausfällen; Umstellung der Stundenlöhne auf Monatsgehalt.

7. 3. 1973

400 Hilfsarbeiter der Karosseriepresserei, hauptsächlich Nordafrikaner, bei Renault-Billancourt scheißen auf die Kopplung von Lohn und Qualifikation (wie sie sich in dem Abkommen vom 16. 1. 1973 darstellt), indem sie als unqualifizierte Angelernte für ihre Einstufung und Bezahlung als qualifizierte Arbeiter streiken.

14. 3. 1973

Bei Renault-Billancourt hat sich der Streik der 400 nordafrikanischen Hilfsarbeiter ausgedehnt. An diesen Tag werden 7 000 Arbeiter ausgesperrt. Es kommt in den nächsten Tagen zu Solidaritäts-Streiks in einigen anderen Werken von Renault.

2. 4. 1973

In den Zeitungen werden noch immer Unruhen in allen Zweigwerken von Renault gemeldet.

10. 4. 1973

Die Karosseriepresse in Billancourt beginnt erst jetzt wieder voll zu arbeiten.

17. 4. 1973

In Billancourt beginnen nun 7 000 der 33 0000 Arbeiter mit einem Streik. Sie verlangen die volle Nachzahlung (die Betriebsleitung bietet nur 50 % entsprechend dem Tarifvertrag vom 16. 1. 1973) der Bezüge für die Zeit, in der sie durch den Streik der 400 Hilfsarbeiter in der Karosseriepresse „technisch" arbeitslos gewesen sind. Auch hier kommt es sofort wieder zu Solidaritätsstreiks in allen anderen Renault-Werken.

17. 4. 1973

Die Arbeiter des Werkes Sandouville bei Le Havre besetzen die Energiezentrale des Werks und schalten sie ab.

17. 4. 1973

Teile der zu Renault gehörenden Lastwagenfabrik Saviem sind durch Streiks lahmgelegt.

18. 4. 1973

Die Werke in Flins und Sandouville werden geschlossen. Deshalb können die 2 000 Arbeiter der belgischen Montagewerke auch nicht mehr weiterarbeiten. In Frankreich sind somit von den 93 000 Renault-Arbeitern 30 000 im Streik oder technisch arbeitslos.

Jahres bei 24 %.

FIAT

1. 1. 1973

Die Betriebsbilanz für das Jahr 1972 weist einen Produktionsverlust durch die Unruhen im Betrieb von 200 000 Fahrzeugen auf.

14. 2. 1973

Der Provinzsekretär der rechtsgerichteten Gewerkschaft Cisnal wird von den „Roten Garden" entführt und bekommt eine kräftige Abreibung verpaßt: er hatte zu provokant gegen die Interessen der Arbeiter gearbeitet.

22. 3. 1973

15 000 Arbeiter streiken für die Wiedereinstellung von vier Kollegen, die einige Tage zuvor das Büro eines Betriebsleiters demoliert und einige Angestellte verprügelt hatten. Anschließend umstellen sie das Gebäude der Betriebsverwaltung und blockieren es 2 1/2 Stunden lang.

23. 3. 1973

Im Fiat-Werk Rivalta schließen 1 500 Arbeiter die 460 Angestellten in ihren Büros ein da sie sich einem Streik, der sich gegen die Entlassung von zwei militanten Gewerkschaftlern richtet, nicht anschließen wollen.

29. 3. 1973

Bei Fiat-Mirafiori in Turin gibt es seit Monaten beständige Betriebsbesetzungen und Umzüge, um Druck für die Beendigung der seit einem halben Jahr laufenden Tarifverhandlungen für die Metallindustrie auszuüben. An diesem Tag kommt die Produktion völlig zum Erliegen.

Beide Parteien, sowohl die Arbeiter als auch die Betriebsleitung wissen, daß es nicht um die Löhne geht, sondern um die Macht im Betrieb: Agnelli will erst über Lohn reden, wenn ihm die Gewerkschaften bei Abschluß des Branchentarifvertrages eine Kontrollgarantie über die Arbeiter für die nachfolgenden Verhandlungen auf Betriebsebene, wo es dann um die Produktionsprämien geht, anbieten können; andererseits halten die Arbeiter das Werk besetzt und veranstalten Betriebsumzüge, die Werkstore sind von bewaffneten Arbeitern gegen Streikbrecher und staatliche Intervention abgesichert. Nach Abschluß des Vertrages geben die Arbeiter die Betriebsbesetzung nicht sogleich auf, um zu zeigen, daß Lohnabschlüsse die Autonomie der Kämpfe nicht zu beeinträchtigen vermögen.

bei allen anderen VW-Werken werden die Umwandlung der jährlichen Erfolgsprämie, die je nach Ertragslage gekürzt oder aufgestockt wurde, in ein garantiertes Monatsgehalt, bzw. 8 % Erfolgsprämie für das Jahr 1972 im Gegensatz zu den angebotenen 6,5 % verlangt.

11. 4. 1973

In Emden wird in der Früh- und Spätschicht nicht mehr gearbeitet.

In Kassel werfen die 7 000 Mann der Spätschicht trotz des Eingreifens von Werkschutz die Arbeit endgültig hin.

In Salzgitter kommt es zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen.

[illegible]. 4. 1973

In Wolfsburg ziehen Demonstrationszüge durch die Hallen. Mehrere hundert Arbeiter und Lehrlinge wollen in das Verwaltungsgebäude eindringen, um sich den Leiding für ein Gespräch zu suchen, aber die Türen sind verrammelt. – 50 Lehrlinge stürmen das Betriebsratsbüro.

In Kassel ziehen 5 000 Arbeiter zwei Stunden lang demonstrativ durch die Werkshallen.

Auch in Hannover wird zwei Stunden nicht gearbeitet. 150 demonstrieren vor dem Betriebsratsgebäude.

13. 4. 1973

In Wolfsburg legen mehrere tausend Arbeiter der Frühschicht die Bänder für 1 1/2 Stunden still.

In Braunschweig wird seit dem Vormittag nicht mehr gearbeitet. Nach den 4 500 Arbeitern der Frühschicht weigerten sich auch die 3 000 Arbeiter der Spätschicht, an die Arbeit zu gehen.

16. 4. 1973

In Emden legt die Spätschicht zum dritten Mal die Arbeit nieder. Arbeiter und Angestellte, die vom Werk aus in die Stadt demonstrieren wollen, werden durch die Polizei daran gehindert.

17. 4. 1973

Mehrere hundert Arbeiter vereiteln in Emden den Versuch von Polizisten, die Verteilung einer Betriebszeitung zu unterbinden.

KARMANN

7./8. 5. 1973

1 500 spanische und portugiesische Arbeiter der Karmann-Werke in Osnabrück streiken 30 Stunden lang für die Ausdehnung ihres Urlaubs von 3 auf 5 Wochen.



WILDER STREIK auch bei Nordmende

Mende macht Fernseher und Radios. An den Fließbändern stehen zu 70 % Frauen. Der Ausländeranteil unter den Arbeiterinnen und Arbeitern beträgt ca. 60 %. Mende bezahlt so schlecht, daß er seine Busse bis weit aufs Land schicken muß, um arbeitsuchende Landarbeiterfrauen anzukarren. Die Jugoslawinnen stehen unter der Fuchtel von Einjahres-Verträgen, Wohnheimen und Dolmetschern; sie machen den größten Anteil der mehr als 10 Nationalitäten aus, die Mende sich ins Werk geholt hat. Wegen Sprachschwierigkeiten ist die Verständigung ein Riesenproblem. Dem Mende ist das nur recht. Die Arbeiterinnen könnten sich ja z. B. darüber verständigen, mal zu streiken. In der bisherigen Geschichte des Fernsehwerkes (Ende der 40er Jahre errichtet – zunächst nur Radio-Produktion) hat es nur einen Streik gegeben, und der soll auch nur 2 Stunden gedauert haben.

Trotzdem hätte es letzte Woche fast geklappt. Was waren die besonderen Ursachen?



Der wilde Streik bei Bremer Vulkan wurde anhand der Flugblätter, die darüber in den Betrieb kamen, heiß diskutiert. Als dann Anfang der Woche auch noch bei Klöckner gestreikt wurde, sagten viele: Wenn die streiken, warum sollen wir es nicht auch mal versuchen?

Gewerkschaft und Betriebsrat hatten in Erwartung kommender Unruhen Mende eine Forderung präsentiert, die ihrer Meinung ausreichend war, um bei erfolgreicher Verhandlung darüber Schlimmeres zu verhüten. Diese Forderung – die von der Mehrheit der Arbeiterinnen als lächerlich und unzureichend abgelehnt wurde – war dem Mende aber viel zu hoch. Am Freitag lehnte er sie erst mal rundheraus ab. Die Verhandlungen über Lohnerhöhungen sollten jedoch am 2. Juli fortgesetzt werden. Darüber haben sich viele kräftig geärgert. Manche sagten: Wir müssen dem Mende wohl mal ein bißchen nachhelfen.

Dann waren da die ständige Steigerung der Stückzahlen in den letzten Wochen. Im April hatte Mende das Produktionsprogramm geändert. Das war eine laue Zeit. Wenig Arbeit. Viel Pausen. Draußen im Freien. Und oft früher nach Hause. Doch dann ging die Scheiße wieder los. Immer höher kletterten die Stückzahlen von Tag zu Tag. Und als dann die letzten 10 Tage diese unerträgliche Hitze einsetzte, da waren viele so weit, daß sie die Arbeit am liebsten hingeschmissen hätten.



ALL'S IST SCHLUß

Schatzbrief-Verkäufer Klasen

Das waren die Bedingungen, unter denen eine Gruppe von Streikwilligen, gewerkschaftlich Aktive und Nichtorganisierte, ihre Streikagitation aufnahmen. Leuten, die man gut kannte und deren Stellung zu einem Streik bekannt war, wurde gesagt: ‚Es kann vielleicht diese Woche einen Streik geben. Wann, ist noch nicht raus, wegen dem Überraschungsmoment. Halte dich auf alle Fälle bereit.' Mit den übrigen wurde diskutiert: Vulkan + mieser Lohn + unerträgliche Hitze + Inflation – was kommt dabei raus? Die Konsequenz Streik wurde von vielen selber gezogen. Doch die Streikagitation erreichte nur wenige. Vor allem viele Ausländer bekamen nichts davon mit, daß viele im Betrieb ernsthaft mit den Gedanken spielten, einen Streik zu wagen.

MEHR PAUSEN!

Für Mittwoch abend war eine Versammlung aller Streikwilligen geplant, auf der die organisatorischen Einzelheiten der Durchführung des Streiks durchgesprochen werden sollten. Aber die Massen waren schneller als die bewußten Leute im Betrieb. Unabhängig von den Erörterungen der Gewerkschaftsaktiven hatte sich am Mittwoch ein ganzes Band darüber abgesprochen, nach der Mittagspause zu streiken. Dieses Streikgerücht verursachte eine so beträchtliche Unruhe und Arbeitsbeeinträchtigung auch an den anderen Bändern, daß die Betriebsleiter hofften, sie durch 10 Minuten hitzefrei auffangen zu können. Das Gegenteil war natürlich der Fall: die 10 Minuten konnten für die Streikagitation prächtig genutzt werden.

Die Mittagspause wird auch nicht nur zum Essen benutzt. Als die Arbeit wieder losgehen soll, sind Chassis- und Bildrohrband durch Druck auf die Notschaltertasten ausgeschaltet. Große Trauben von Diskussionsgruppen bilden sich. Da es von Werkschutz, Betriebsleitern, Meistern und Vorarbeitern nur so wimmelt und die Bänder von den Vorarbeitern wieder angestellt werden, wird die Arbeit jedoch zögernd wieder aufgenommen.

Alle warten jedoch, ob ‚Farbe 4', wie durchsickert, um 13 Uhr mit dem Streik anfängt. Doch um 1 Uhr passiert nichts. Da leistet die Geschäftsleitung unversehens Hilfestellung. Um 13 h 30 gibt es eine weitere zehnminütige Hitzepause. Diese Gelegenheit lassen sich die Leute von ‚Farbe 4' nicht entgehen. Sie sammeln sich im Keller, wo die Spinde und Waschgelegenheiten sind, und gehen dann als Zug geschlossen aus der Halle raus, hin zu der Stelle, wo die Leute von den anderen Farbbändern ihre Pause machen. Die schließen sich dem Zug sofort an. Forderungen werden keine geschrien, es waren vorher gar keine öffentlich diskutiert worden. Da gab es nur die 250-Mark-Forderung vom Betriebsrat. Also nimmt man die: ‚Wir wollen 250 Mark – aber sofort!' heißt die Parole. Der Zug geht wieder rein zum Schwarzweiß-Band, um die Leute dort zum Mitstreiken zu kriegen. Doch der Umzug geht viel zu schnell. Statt auf die einzelnen Arbeiter zuzugehen und sie einzeln direkt aufzufordern, mitzumachen, zieht er am Band vorbei und ist schon fast wieder draußen, als die letzten die Nachricht nach vorne durchgeben, daß die SW-Arbeiterinnen nicht mitgekommen sind. Natürlich hatten Meister und Vorarbeiter dabei kräftig mitgeholfen.

Später geht der Umzug nochmal zum Schwarz-weiß-Band. Der Betriebsleiter hat inzwischen Vorsorge getroffen: der Schalter für das Band ist blockiert, es kann nicht abgestellt werden. Wieder wäre die Lösung gewesen, wenn sich der Umzug kurzfristig aufgelöst hätte und die Streikenden einzeln zu den Arbeitenden gegangen wären und sie vom Band weggeholt hätten. Genug dafür waren sie: ca. 200. Stattdessen kommt er kurzfristig ins Stocken, weil sich die Spitze auf eine Diskussion mit den Meistern einläßt, die den Weg versperren. Doch von hinten wird kräftig geschoben. Die Meister kriegen Angst und machen den Weg frei. Einer vom SW-Band, der seinen Arbeitsplatz verließ, um sich dem Streikzug anzuschließen, erzählte später, daß er von drei Mann gepackt und an die Arbeit zurückgeschleift wurde.

Der Zug verläßt wieder die Halle. Draußen versucht der Personalchef Lux mehrere Male vergeblich, den unerziehenden Streikenden frontal gegenüberzutreten und sie zum Stoppen zu bringen. Schließlich schafft er es doch. Er schnappt sich gleich den Sprecher der Jugendvertretung, um ihn persönlich anzugreifen: ‚Sie haben die Leute zum Streik aufgerufen. Ich habe Beweise.' Der Jugendvertreter läßt sich auf die Diskussion ein. Noch ein anderes hohes Tier und ein Betriebsrat tauchen auf. Die Streikenden geben durch zahlreiche aufgebrachte Zwischenrufe zu verstehen, daß dies ihr Streik und der Jugendvertreter kein Streikführer ist. Schließlich haben sie keine Lust mehr, mit dem Lux zu diskutieren. Sie lassen ihn einfach stehen und ziehen weiter. Da hat der Lux blöd geguckt!

Dann haben sie aber angehalten, sie konnten ja nicht ewig rumlaufen. Da waren es ca. 300. Natürlich ist der Lux mit den Betriebsleitern sofort wieder da. Wieder geht die Diskussion los. Der Betriebsleiter: ‚Geht erst mal wieder an die Arbeit, vorher wird nicht verhandelt.' Die Streikenden: ‚Wir wollen sofortige Betriebsversammlung!' Dem Betriebsleiter sagen sie: ‚Für uns sind 250 Mark eine Menge Geld. Ja, wenn wir auch 5 000 Mark kriegen würden . . . dann sähe die Sache schon anders aus.' Vor allem die Frauen reden sich ihre ganze Wut vom Leibe. Der Betriebsleiter bleibt immer mehr Antworten schuldig und haut schließlich wütend ab.

Sofortige Betriebsversammlung

Die Streikenden haben dann allein weiterdiskutiert. Noch mal rein zum SW-Band hatte keinen Zweck. Der Streikumzug war festgefahren. Sie einigten sich darauf, am Donnerstag morgens alle um 6 h 30 vorm Werkstor zu sein und die Mende-Arbeiterinnen und -Arbeiter aufzufordern, nicht zur Arbeit zu gehen, sondern sich sofort zu einer Betriebsversammlung zu treffen. Um 15 h gehen sie wieder an die Arbeit. 20 Minuten später rasen die Vorarbeiter an den Bändern entlang und verkünden: ‚Morgen um 15 Uhr gibt es eine Betriebsversammlung.' Erste Reaktion: ‚Na endlich!' Doch dann: ‚Was, erst um 15 Uhr? Ihr seid wohl verrückt! Wir wollen sie gleich morgen früh!'

Diese Sache, daß die Geschäftsleitung jetzt von sich aus eine Betriebsversammlung ansetzt, hat viele verunsichert: konnte der Plan, am Morgen schon die Versammlung zu machen, jetzt noch hinhauen? Auch von den 200, die am Morgen zur Diskussion da sein wollten, glaubten viele, jetzt haben wir ja schon die BV, jetzt brauchen wir nicht mehr zu kommen. So waren dann morgens am Tor vielleicht noch so 10–15 Leute da, die den Versuch machen, die anderen für die sofortige Betriebsversammlung zu agitieren. Das haut nicht hin, es waren einfach zu wenig Leute, zudem war die Geschäftsleitung auf so was vorbereitet: der Werkschutz war massiv an Ort und Stelle. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die zur Diskussion bei der Gruppe stehen blieben, fühlten sich in der Gruppe nicht sicher genug; sie war zu klein. Außerdem hatten die Leute aus der Gruppe selber Angst, Angst auch davor, die anderen unbefangen anzuquatschen, weil sie nicht alle kannten und deshalb nicht wußten, wie die anderen reagieren würden, ob da nicht etwa Zuträger für Werkschutz und Geschäftsleitung dabei wären.

Plötzlich erschien auch noch der Betriebsratsvorsitzende Fischer (sehr plötzlich per Flugzeug und braungebrannt vom Bodensee) und erzählte allen, daß Mende bereit sei, zu verhandeln.



Die 15 beschlossen jetzt, in die Hallen zu gehen, dort zu versuchen, für den Streik zu agitieren und sich dann mit so vielen wie möglich um 9 Uhr wieder zu versammeln. Aber auch das ging schief, weil sofort bei Arbeitsbeginn ein allgemeines Verbot kam, den Arbeitsplatz zu verlassen und deshalb nur unter großen Schwierigkeiten möglich war, die Information über 9 Uhr an die anderen weiterzugeben. So waren es nur 50, die um 9 Uhr zusammenkamen. Die trauten sich nicht, den schon am Tag vorher nicht so recht gelungenen Umzug wiederholen und beschlossen deshalb, daß ein paar von ihnen zum Betriebsrat gehen sollten, um von ihm zu verlangen, daß die Betriebsversammlung früher stattfindet.

Der Betriebsratsvorsitzende redet sich raus, meint, er könne da noch nicht viel tun, im übrigen müsse er jetzt sehr schnell zu einer Sitzung. Die Delegation erklärt, daß sie in einer Stunde, gegen 11 h 30, noch mal vorbeikäme, um sich definitive Antworten zu holen. Die Delegation gibt die Information an alle Bänder weiter, auch den Treffpunkt um 11 h 30 beim Betriebsrat.

DIENSTAG

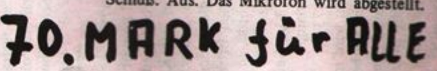
Um 10 Uhr plötzlich geben alle Vorarbeiter und Meister an ihren Bändern bekannt, daß keiner das Band verlassen, keiner zum Betriebsrat dürfe, mit der vorgeschobenen Begründung: Es sei kein Mann zum Ablösen da, der Betriebsrat sei nicht da, usw. Die Meister, Vorarbeiter und Betriebsleiter stellen sich neben die Leute, von denen sie annehmen, daß sie am ehesten zum Betriebsrat gehen würden, versuchen die Leute zu überreden, nicht zu gehen, im Notfall halten sie sie auch fest. So können nur drei noch zum Betriebsrat durchkommen. Der Betriebsratsvorsitzende ist da, natürlich, weiß aber immer noch nichts. Noch während die drei bei ihm sitzen, klingelt sein Telefon, und Dr. Waltz, der Personalchef, befiehlt einen der drei zu sich ins Büro. Dort heißt es: Fristlose Entlassung. Grund: Arbeitsverweigerung (wegen des Besuchs beim Betriebsrat). In der schriftlichen Begründung später: ‚Grobe Verletzung des Arbeitsvertrages.'



Der Rausgeschmissene wird sofort vom Werkschutz aus dem Betrieb geschleppt, er kann gerade noch seine Entlassung den anderen zuschreien. Die sind alle furchtbar sauer, aber was sollen sie machen, überall stehen Werkschutz und Bosse rum und warten nur darauf, sich noch einige rauszupicken.

Aber gegen 13 Uhr schaffen sie es doch, 200 versammeln sich, um den Rausgeschmissenen wieder reinzuholen. Die 200 gehen vors Tor. Aber auch dort wieder der Werkschutz, die Bossen die lauern; außerdem können sie den Entlassenen nicht gleich finden, weil der sich vor dem Werkschutz hatte verstecken müssen. So ziehen sie wieder ab.

Um 15 Uhr dann die Betriebsversammlung, die unheimlich beschissen abläuft. Es labern die Betriebsratsleute, der Mende, die werden ausgepfiffen. Dann kommt endlich ein Kollege, der kann gerade noch ansetzen: ‚Kollegen und Kolleginnen . . . ', da wird er von einem Betriebsratsmitglied gestoppt: ‚Kollegen und Kolleginnen, es ist 15.45 Uhr, die Betriebsversammlung ist beendet.' Schluß. Aus. Das Mikrofon wird abgestellt.



Am Donnerstag abend treffen sich 30 Leute, die stellen endlich ihre Forderungen auf: Wiedereinstellung des Entlassenen, 70 Mark für alle, 250 Mark mehr Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt. Ansonsten planen sie, die Aktion vom Donnerstag zu wiederholen. Das aber geht genauso schief wie schon am Donnerstag. Die Sache war langsam festgefahren, das Festhalten an immer denselben, schon schiefgegangenen Vorstellungen und Aktionsformen schläferte die Diskussionen und die Phantasie so langsam ein, viele fallen ins bloße Meckern zurück. Ein großer Fehler an dem ganzen Ablauf war, daß wir uns keine anderen Aktionen

Es soll uns eine Lehre sein!

Warum haben sie es geschafft? Wir haben spontan gestreikt. Gut! Wir haben uns auf unsere Kraft verlassen. Auch gut! Aber wir konnten uns keine Organisation geben. Das Streikkomitee wechselte Tag für Tag. Wir haben gekämpft, ohne Strategie und ohne Taktik. Wir waren nicht einmal fähig, selbst und kontinuierlich unsere Forderungen auch vor der Betriebsleitung zu vertreten. Ein Franco-Knecht aus Bonn konnte uns unseren Streik entreißen.

Unsere Kraft ist verpufft, weil wir uns nicht organisiert haben. Leg Sprengpulver auf eine Eisenplatte und steck es an! Was passiert? Es zischt und pufft und mehr nicht. Stopf das gleiche Pulver in ein Kanonenrohr und du kannst die Kraft des Pulvers zielgerichtet wirksam machen.

Schütte ein paar Tropfen Benzin auf die Straße und entzünde sie! Was passiert? Es brennt ein wenig. Aber wenn das gleiche Benzin sich entzündet im Zylinder eines Motors, wird die ganze Kraft auf den Kolben gerichtet wirksam und du kannst fahren damit.

Schaffen wir uns diesen Zylinder, dieses Kanonenrohr! Schaffen wir uns eine Organisation, damit unsere Kraft sich nicht zerstreut, sondern zusammengehalten und auf ein Ziel gelenkt wird: auf unsere endgültige Befreiung!

Schaffen wir uns in den Hella-Werken ein multinationales Betriebskomitee, in dem wir selbst sprechen können und das in unserem Auftrag sprechen kann; organisieren wir eine kontinuierliche multinationale Zusammenarbeit und niemand wird uns mehr spalten und verarschen können!

LUCHA OBRERA
Kontakt über:
Politische Buchhandlung
463 Bochum
Overbergstr. 5





LIPPSTADT:

Lippstadt ist eine Kleinstadt am Rande des Ruhrgebiets. Die Hella-Werke sind der größte Betrieb und beherrschen in der Gegend praktisch den Arbeitsmarkt. Die Löhne sind extrem niedrig. Für einen einfachen Arbeiter etwa 600 DM netto. Um überhaupt klarzukommen, machen die meisten Überstunden. 55 Studen pro Woche sind da nichts besonderes! In den letzten zehn Jahren wurde die Produktion stark ausgeweitet (Zulieferer für die Automobilindustrie). Um den Bedarf an Arbeitskräften zu befriedigen, wurden zunehmend ausländische Arbeitskräfte herangezogen. Das Werk nutzte die Notlage der Emigranten und ihre Unerfahrenheit mit den Verhältnissen in einer deutschen Fabrik aus, um die Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen zu verschärfen – auch für die deutschen Arbeiter, die nichts dagegen unternommen haben, daß die Emigranten gegen sie und sie gegen die Emigranten ausgespielt wurden und werden. Zum großen Teil geben sie sogar den Emigranten die Schuld statt dem Hella-Werk, das sich über den Rassismus freut und seinen Profit daraus schlägt, daß es die Arbeiter untereinander spaltet.

Nährboden für den Rassismus gibt es auch in der Stadt. Das massive Ankarren der Ausländer hat das gesamte soziale Gefüge der Stadt durcheinandergebracht. Für die Hella-Werke waren die Ausländer nur als Arbeitssklaven interessant, als Ausbeutungsobjekte. Daran, daß die Emigranten auch nach Feierabend existieren, l e b e n wollen, und was es da für die Emigranten für Möglichkeiten in Lippstadt gibt bzw. nicht gibt, und was sich damit für Schwierigkeiten für die ganze Lippstädter Bevölkerung ergeben, das interessiert die Hella-Werke nicht, sondern das ist halt das Bier der Lippstädter, der deutschen und der ausländischen.

Die Emigranten haben gezeigt, daß sie mit den deutschen Arbeitern zusammen für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen wollen. Und sie haben gezeigt: Kämpfen lohnt sich!

Der Betrug

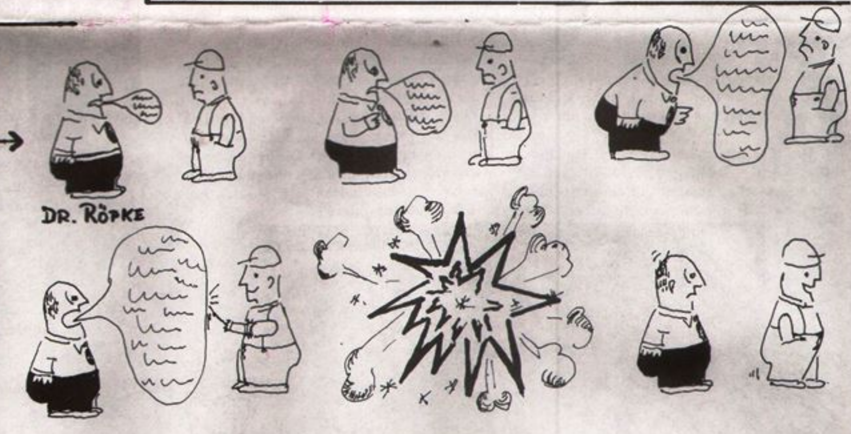
Am 1. Juni 1973 wurde die Lohngruppe 1 abgeschafft. Durch die Neueinstufung in die Lohngruppe 2 erhielten die Kollegen, die zuvor in 1 waren, 29 Pfg. mehr. Diese 29 Pfg. wurden jetzt auf die erstreikten 40 Pfg. angerechnet, d. h. alle, die vor dem 1. Juni 1973 in der Lohngruppe 1 waren, erhielten durch den Streik nur 40 Pfg. weniger 29 gleich 11 Pfg.

Außerdem wurde so durch ein Hintertürchen die Lohngruppe 1 wieder eingeführt, auch wenn sie nicht mehr so heißt. Denn die, die schon früher in Lohngruppe 2 waren, haben jetzt alle 29 Pfg. mehr als die, die erst seit dem 1. Juni in der Lohngruppe sind. In Lohngruppe 2 zu sein, kann also zwei ganz verschiedene Sachen bedeuten – um genau 29 Pfg. verschieden.

Die Geschäftsleitung scheint es darauf anzulegen, bald neue Auseinandersetzungen zu haben.

In einem Interview mit dem „Anzeiger" betonte Reinhard Röpke, der Chef des Unternehmens: „Das ist ein wilder Streik. Wir behalten uns das Recht vor, Beteiligte fristlos zu entlassen. Bedauerlich ist nur, daß die deutschen Beschäftigten gehindert wurden, ihre Arbeit zu verrichten. Das wirft für uns natürlich einige Probleme auf. Nach dem Gesetz wären wir nicht verpflichtet, für diese Leute den Lohnausfall zu übernehmen. Jetzt müssen wir uns natürlich überlegen, was wir unternehmen können. Wir liefern wichtige Teile (Scheinwerfer, elektrische Anlagen) für die Autoindustrie. Wenn dieser Streik noch länger dauern sollte, wäre es absolut möglich, daß mehrere größere Konzerne in der Bundesrepublik in ernstliche Schwierigkeiten kommen werden: Wir sind nämlich der wichtigste Zulieferer für die Automobilindustrie in unserer Branche".

Lippstädter Anzeiger, Donnerstag, 19. 7.



Lippstädter Anzeiger, Freitag, 20. 7.

Gastarbeiter: „Wir haben keine Angst vor fristloser Kündigung!"

Lippstadt. Inwieweit sich der Streik auf die finanzielle Situation der „WMI-Hella-Werke" ausgewirkt hat, kann der Juniorchef des Unternehmens, Dipl.-Ing. Reinhard Röpke, jetzt noch nicht in Zahlen ausdrücken. Fest steht nach seiner Ansicht lediglich, daß die Verluste „sehr hoch" sind. Da ein großer Teil der arbeitswilligen Deutschen oftmals am Zutritt ihrer Werke gehindert worden waren, standen viele Maschinen still. Immerhin gelang es aber etwa 800 Arbeitern und 2000 Angestellten, ihre Beschäftigung gestern wieder aufzunehmen.

Wie jedoch gestern nachmittag gemeldet wurde, hat man sich im Hauptwerk provisorisch beholfen: Angestellte zogen Arbeitskleidung an und übernahmen teilweise die Aufgaben der streikenden Ausländer an den Fließbändern und Maschinen.

Ein etwas besser verdienender Gastarbeiter bekommt im Schnitt etwa 5,20 Mark pro Stunde, das entspräche ca. 900 Mark brutto monatlich. Lippstadts Fürsorgerichtsatz liegt für eine Normalfamilie mit zwei Kindern bei 896 DM netto! Nach Auskunft des Betriebsrates gehören zwischen 25 und 30 Prozent der Gastarbeiter der IG-Metall an, etwa 90 Prozent sind ungelernte Kräfte.

Der Betriebsrat: „Die Gastarbeiter verdienen eigentlich das gleiche wie Deutsche, sie kommen aber meistens aus Sprachschwierigkeiten nicht über die unteren drei Lohngruppen hinaus." Der spanische Arbeiter Jose Antonio Bientes (26) aus Coruna, der seit drei Monaten im Nordwerk an einer Preßmaschine beschäftigt ist, zum „Lippstädter Anzeiger": „Mein Stundenlohn beträgt zur Zeit 4,20 DM. Ich komme im Monat auf nicht mehr als 600 Mark netto. Bevor ich herkam, wurde mir gesagt, ich könne über fünf Mark die Stunde verdienen. Bei diesem Lohn kann man sich gerade etwas zu essen kaufen und die Unterkunft bezahlen. Ich wohne in einer Firmenbaracke, mit vier Mann auf einem Zimmer. Jeder muß 50 Mark für den 16-Quadratmeter-Raum bezahlen."

Bientes hatte bei dem Streik nach eigenen Angaben keine Angst vor einer etwaigen fristlosen Entlassung. Er möchte lieber zurück nach Spanien, als für das gleiche Geld weiterarbeiten zu müssen.

REVOLUTION ?!?

UND WER WAR DER BETRÜGER?



Der Leser hat das Wort

„Ruch des Kriminellen ..."

Lippstadt. Folgende Presseerklärung der Jungsozialisten in der SPD, Bezirk westliches Westfalen wurde in der Sitzung des Bezirksausschusses am 18. Jli beschlossen...

„Der Bezirksausschuß der Jungsozialisten des Bezirks Westl. Westfalen solidarisiert sich mit dem Kampf der streikenden Arbeiter in Lippstadt und verurteilt den Einsatz der Polizei, die teileise mit gezogenen Pistolen gegen die ausländischen Kollegen vorging. Dieses Vorgehen soll gleichzeitig die deutschen Kollegen abschrecken, gegen die man noch nicht derartig offen vorzugehen wagt. Verbunden und begründet wird dieses Vorgehen der Polizei mit Gerüchten und Falschmeldungen aus alten Zeiten, die dazu dienten, deutsche und ausländische Arbeiter in Lippstadt zu spalten. So wurde 1969 den ausländischen Kollegen zur Zeit der spontanen Streiks eine Brandstiftung in die Schuhe geschoben, was sich nachher als falsch herausstellte.

Die Jungsozialisten weisen darauf hin, daß gerade die ausländischen Arbeiter besonders unter den jetzigen Preissteigerungen zu leiden haben und ihr Beschäftigungsrisiko höher als das der deutschen Kollegen ist. Darüberhinaus liegen gerade in dem bestreikten Lippstädter Betrieb die Löhne unter vergleichbaren Werten. Angesichts dieser Situation kann den Arbeitern in Lippstadt nicht eine Spaltung in Nationalitäten weiterhelfen, sondern nur der gemeinsame solidarische Kampf.

Die Jungsozialisten fordern die IGM zur Unterstützung dieses Kampfes auf, der im Zusammenhang mit dem Versuch der Unternehmer gesehen werden muß, über massive Preissteigerungen einen Angriff auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung zu unternehmen.

In diesem Zusammenhang verurteilen die Jungsozialisten des Bezirks Westliches Westfalen den Beschluß des bayrischen SPD-Landesvorstandes, wonach derartige Kampfmaßnahmen der Arbeiter angeblich gegen die Rechtsordnung des Staates verstoßen und die gewerkschaftliche Basis zerstören, als politischen Skandal, da dadurch die berechtigten Interessen der Kollegen in den Ruch des Kriminellen gebracht werden. Nach Meinung des Bezirksausschusses sollte sich die SPD statt dessen um die Verwirklichung politischer Maßnahmen gegen die Preistreiberei kümmern, wie sie die Jungsozialisten fordern: — Vergesellschaftung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen – Sofortige Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung — Einfrieren der wichtigsten Preise, insbesondere für Nahrungsmittel, Mieten und öffentliche Tarife."

Franz-Josef Kniola

Lippstädter Anzeiger, Samstag, 21. 7.

WIR WOLLEN 50 PFENNIG FÜR ALLE!



Wilder Streik in Lippstadt

Jawohl, wild war die ganze Sache schon. Wild war vor allen Dingen die Polizei:
- als sie ihre Hunde auf uns und unsere Familien hetzten,
- als sie sogar auf unsere Kinder einprügelte,
- als sie eine Spanierin provozierte: „Na, willst du mit uns bumsen?" und ihr dabei ins Gesicht schlugen,
- als wir die Kollegin schützen wollten und sie dann endlich einen Grund hatten, sogar mit ihren Knarren gegen uns vorzugehen;
- als sie uns zu dritt festhielten und der Vierte uns in die Eier trat.

Wir fragen uns: Woher eigentlich kommt in diesem Staat der Terror?

Von uns?

Und wild sind auch die Zustände in den Hella-Werken in Lippstadt. Die Hellawerke sind Zulieferbetriebe für die Automobilindustrie. Akkordarbeit am Band.

Der Akkord soll uns spalten: die Jungen, noch Starken, von den Alten, schon Verbrauchten.

Das Band soll uns spalten: Wir können während der Arbeit nicht miteinander reden; jeder an seinem Platz, isoliert. In den Pausen schnell was gegessen und gepißt – dann weiter.

Die Zusammensetzung der Belegschaft soll uns spalten: 3 000 Ausländer, 2 000 Deutsche, davon 800 Facharbeiter. Wir sprechen verschiedene Sprachen. Wir Ausländer leben isoliert, eingepfercht in Barackenghettos, 4 Leute auf einem Zimmer, 200 DM für das Loch.

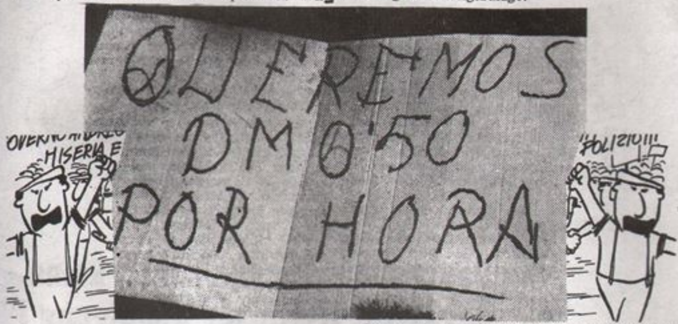
Deshalb können uns die deutschen Kollegen nichs erzählen, nichts erklären. Die meisten von uns wußten nicht einmal, was das ist: Wahl des Betriebsrats. Deshalb sitzen da jetzt auch so Arschlöscher (Was die wohl monatlich verdienen?), die unseren Streik verurteilen, weil sie ihn nicht beschlossen haben. Aber unseren Streik beschließen wir selbst und basta!

Die meisten von uns wußten nicht einmal, daß sie Mitglieder der Gewerkschaft sind. Und die hohen Herren meinten wohl, sie könnten sich auf unserer Unwissenheit und Dummheit ausruhen. Aber wir warnen euch: Wir Arbeiter waren klug genug, euch diese Welt zu bauen, und wir werden klug genug sein, euch diese Welt in Fetzen um die Ohren zu hauen – um dann unsere eigene Welt zu bauen.

Der Lohn soll uns spalten: Für die 800 Facharbeiter 15 Pfg. Teuerungszulage, für die anderen – nichts. Und das bei einem monatlichen Nettolohn von 600 Mark.

Wir haben die Schnauze voll. Die Zustände waren zu wild geworden. Am Montag hatten wir beschlossen, wilder zu sein.

Wenn die Kapitalisten, um ihren Profit zu halten, die Inflation gebrauchen, warum sollen wir dann dafür zahlen? Die beste Lösung wäre, wir schaffen die Kapitalisten ab. Aber wir waren ja bescheiden: Wir wollten nur 50 Pfg. Teuerungszulage!



Kampf um 50 Pfg.

Am Montag morgen, 16. Juli 1973, wurde uns bekannt: Die deutschen Facharbeiter kriegen 15 Pfg. Teuerungszuschlag. Für die werden Brot, Milch, Eier und Zigaretten teurer – für uns wohl nicht.

Einige Kollegen der Abteilung Plastik haben als erste die Brocken hingeschmissen, in der 9-Uhr-Pause. Sie zogen durchs Werk und dann: Schlag auf Schlag, eine Abteilung nach der anderen stand still.

„Wir wollen 50 Pfg!"

50 Pfg. mehr. Das können auch unsere deutschen Kollegen brauchen. Aber die streiken nicht mit. Wir können uns nicht verständlich machen. Und bestimmt glauben viele von ihnen, sie sind bessere Arbeiter als wir. Die Bonzen haben es geschafft, sie haben uns gespalten: Teile und herrsche!

Also ziehen wir alleine durchs Werk, vor das Tor. 3 000 Ausländer. Und die Deutschen arbeiten weiter. Das Kapital ist international, und wir sind immer noch zuerst Italiener, Griechen, Deutsche, Türken, Spanier – und dann erst Arbeiter.

Abends in den Baracken überlegen wir, was wir tun sollen. Wir wählen uns ein paar Leute, die den Streik besser koordinieren und organisieren sollen, die für uns mit der Betriebsleitung sprechen sollen: ein paar Spanier, ein Grieche, ein Italiener, ein Jugoslawe.

Am Dienstag streiken wir weiter. Die Direktion bietet uns 20 Pfg. Verstehen die jetzt noch nicht mal mehr deutsch? Wir sagten: „50 Pfg.!" Die Polizei rückt an. Motto: der Mensch im Mittelpunkt! Jawohl, im Mittelpunkt ihrer Stiefel und Knüppel. Auf solche Freunde und Helfer können wir verzichten. Sie schlagen einem spanischen Mädchen die Kopfhaut auf. Sie spuckt Zähne. Krankenhaus! Sind wir hier vielleicht in Spanien? Oder in Griechenland? Sind wir aus einem Faschismus in den anderen gekommen? Ist die Polizei hier auch nur noch eine Schieß- und Schlägerbande der herrschenden Klasse? Wenn das stimmt, sagen wir: Jeder Schlag, den ihr Kapitalistenknechte gegen uns führt, landet eines Tages tausendfach in eurer Fresse.

Am Mittwoch streiken wir weiter. Ein Sozialbetreuer für Spanier kommt aus Essen und verhandelt mit der Werksleitung. Ergebnislos! „Wenn ihr meint, euer Streik ist gerecht, dann kann ich euch nicht sagen, hört auf zu streiken", sagt er und hat Recht, denn es ist unser Streik. Wir marschieren drei Kilometer durch die Stadt zur Hauptverwaltung und belagern sie.

Am Abend versammeln sich die Spanier und beraten die Lage. Wir wählen ein neues Streikkomitee, jeden Tag ein anderes. Die Streikfront bröckelt ab. Die Frauen wollen wieder arbeiten. Kämpfen oder kuschen, das ist hier die Frage. Das Komitee diskutiert mit ihnen. Sie schließen sich dem Streik wieder an: Kampf!

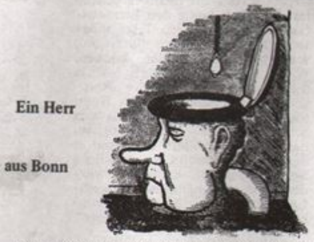
Die örtliche IG Metall und der Betriebsrat distanzieren sich von dem Streik. Arbeitervertreter? ? ? Die den ganzen Tag am Schreibtisch sitzen, die offenbar nur ihre Privilegien pflegen.

Am Donnerstag erklären sich die Jusos mit uns solidarisch. Sie kritisieren die Gewerkschaft. KPD-Kader rücken an. Aber wer kann uns schon helfen? Nur wir selbst!

Ein Bus fährt mit einigen Leuten von uns zu einem Hella-Werk nach Paderborn. Am Werkstor hat die Betriebsleitung Bienenstöcke zur Abschreckung aufgestellt. Die lesen wohl Karl May und wir Karl Marx. 250 Ausländer treten in Paderborn in Streik.

In Lippstadt hat die Polizei derweil Hunde losgelassen. Bisse in Oberschenkel und Schulter. Krankenhaus!





Ein Herr aus Bonn

Der Generalsekretär des spanischen Arbeitsattaches aus Bonn reist an. Er verhandelt mit der Betriebsleitung und dem Streikkomitee. Er versucht, das Streikkomitee zu eigenmächtigen Beschlüssen zu überreden, über unsere Köpfe hinweg. Aber das sind unsere Leute. Sie sagen, sie können nur das aussprechen, was wir vorher beschlossen haben: 50 Pfg. Teuerungszuschlag pro Stunde und volle Bezahlung der Streiktage.

Eine Versammlung in der Kantine wird einberufen. 3 000 Leute waren wir. Ein Betriebsratsmitglied betritt das Rednerpult. 3 000 Stimmen buhen ihn aus. Er kommt nicht zum Sprechen. Der spanische Herr aus Bonn bittet uns, den Betriebsrat doch einmal anzuhören. Ruhe im Saal. Ein Betriebsratsmitglied betritt das Rednerpult. Wieder: 3 000 Stimmen buhen ihn aus. Das gleiche drei-, viermal, dann lassen wir ihn reden. Doch was hat der weise Herr wichtiges zu verkünden?

„Falls jemand hier im Saal ist, der dem Betrieb nicht angehört, bitte ich ihn, doch das Werksgelände zu verlassen!" Und da soll noch einer sagen, unser Betriebsrat kümmert sich nicht um die Belegschaft.

Der spanische Herr aus Bonn tritt wieder auf. Warum eigentlich nehmen wir nicht selbst das Rednerpult unter Beschlag? Der Herr versucht uns zu überreden, wieder zu arbeiten. Die Betriebsleitung hätte ein faires Angebot gemacht, sagt er. Welches Angebot sagt er nicht. Dann rückt er raus: 40 Pfg. mehr für die Lohngruppe 2 bis 6, 30 Pfg. für die Gruppe 7 bis 10. Dazu zwei Streiktage bezahlt. Nein!!! schreien wir wie aus einem Mund.

Dann fängt der Herr an zu drohen. Wenn wir nicht darauf eingehen, würde die Firma Repressionsmaßnahmen ergreifen – was war eigentlich die Polizei? – er könne dann für nichts mehr garantieren, wir sollten uns nicht von den radikalen Kräften aufhetzen lassen, die verfolgen nur politische Interessen usw. usw.

Dann fragte er, ob wir einverstanden sind mit 40 Pfg. und vier Streiktage bezahlt. Wir sagen ja. Warum eigentlich? Er verhandelt mit der Betriebsleitung; er, ein angereister Herr aus Bonn und nicht wir. Mieser Kompromiß: drei Streiktage bezahlt. Eine knappe Mehrheit von uns ist dafür, die anderen dagegen. Wir sind gespalten. Was Gewerkschaft und Polizei nicht schafften, ein Hänfling aus Bonn schaffte es. Sie haben uns gespalten und verarscht.



überlegt haben, als wir sahen, daß das mit dem Streik, auf den die Geschäftsleitung so gut vorbereitet war, nicht richtig klappt. Wir hielten stur an dem einmal beschlossenen Plan fest, obwohl wir merkten, schon nach dem ersten Umzug, daß wir uns neue Sachen einfallen lassen mußten, z. B. so Dinge wie Bummelstreik, Langsamarbeiten, Fehlermachen, Dinge, die eigentlich sowieso schon in der Luft lagen seit unserer Kampagne gegen das Prämiensystem vor einigen Monaten. (Aus einem Flugblatt damals: „Unser Kampfmittel: Passiver Widerstand. Wenn wir langsamer arbeiten, schadet das Mende mehr als uns. Wenn jeder von uns 2,40 Mark am Tag aufs Spiel setzt, dann geht der Verlust bei Mende täglich in die Zigtausende. Das kann er nicht lange durchhalten. Fragt mal rum: An einigen Bändern ist das Langsamerarbeiten schon gelaufen . . . ").

Aber da war eben auch noch die Sache mit dem KBB (jetzt:KBW), von dem Leute an allen Diskussionen beteiligt waren, und die solche Aktionen einfach nicht mitmachen, im Gegenteil, sie behindern. Die klammern sich auf Biegen und Brechen an Streik, sonst ist bei denen nichts drin.

Aber trotzdem: Gut war die ganze Sache doch. Die 200, die sich an den Aktionen beteiligt haben, die sind weitergekommen, die sind jetzt bereit, weiterzugehen, die sind auch bereit, Risiken einzugehen. Die werden weitermachen.

Und auch die Entlassung ist noch nicht über die Bühne gegangen. Am Dienstag ist wieder eine Betriebsversammlung und am Freitag abend eine Versammlung, die die BV vorbereitet. Da wird ein Hauptthema die Entlassung sein, und was man dagegen tun kann.



STREIKS BEI VULKAN

Mitte April 1973 fordert der Vertrauensleutekörper eine Netto-Teuerungszulage von 50 Mark monatlich.

7. 6. 1973
In Verhandlungen mit dem Betriebsrat lehnt die Unternehmensleitung die Forderung der Vertrauensleute ab. Begründung: Gefährdung der Stabilitätspolitik der Bundesregierung.

8. 6. 1973
Der Betriebsrat gibt die Ablehnung am Schwarzen Brett bekannt. Daraufhin spontaner Streik in vielen Abteilungen. Der Betriebsrat fordert die Bezirksleitung der IG-Metall auf, Verhandlungen über eine Teuerungszulage aufzunehmen.

9. 6. 1973 (Samstag)
Ein Teil der für Überstunden eingeteilten Arbeiter bleibt zu Hause.

11./13. 6. 1973
Erneute Ablehnung durch die Werftleitung

14. 6. 1973 (Donnerstag)
Betriebsversammlung. Betriebsratsvorsitzender Kirchhoff liest das Ablehnungsschreiben der Werftleitung vor. Folge: ‚tumultartige Szenen'. Anschließend spontaner Streik und Demonstration durch Vegesack. Pressekonferenz des Betriebsrats: bei der Teuerungszulage handele es sich um eine betriebsinterne Regelung, Vulkan hinke in der Bezahlung weit hinter anderen Werften her.

15. 6. 1973
Streik. Sechsstündige Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Werftleitung ohne Ergebnis.

16./17. 6. 1973
Wochenende

18. 6. 1973 (Montag)
Die Vertrauensleute verteilen Flugblätter, in denen aufgefordert wird, die Werft nicht zu betreten, sondern sich auf der Wiese vor dem Haupttor zu versammeln. Dort beginnt gegen 7.30 Uhr die Streikversammlung. Der Betriebsrat verliest ein Antwortschreiben der Geschäftsleitung: sie will ‚Vorschläge über die Wiedereinführung der Treueprämie machen' und ‚nach Überprüfung der Lohnstrukturen bei vergleichbaren Großwerften . . . bessere Lohnfindungsformen auch beim Bremer Vulkan einführen'. Dagegen bleibt die Streikversammlung bei ihren Forderungen: 70 Mark netto im Monat für alle, 13. Monatsgehalt, Bezahlung der Streiktage. Einstimmig für Weiterstreiken. Nachmittags geht eine Gruppe von Vertrauensleuten zu Koschnik (Bürgermeister) und bittet ihn um Vermittlung. Hierbei vertreten sie nicht die 70 Mark-Forderung sondern die nach Angleichung an andere Werften.

19. 6. 1973
6.45 Uhr Streikversammlung. Kein neues Angebot. Betriebsräte und Vertrauensleute reden nicht mehr von Teuerungszulage. Einstimmig für Weiterstreiken. Die Vertrauensleute fordern auf, nach Hause zu gehen. Viele sind unschlüssig, möchten noch etwas machen. Ab nachmittags nimmt der IGM-Bezirksvorsitzende Scholz als Vermittler an den Verhandlungen teil.

20. 6. 1973
6.45 Uhr Streikversammlung. Nichts Neues. Nach Abstimmung (einstimmig Weiterstreiken) Demonstration durch Vegesack, „um die Bremer Geschäftswelt zur Solidarität aufzurufen", so die Vertrauensleute. Die Demonstration war offensichtlich von ihnen geplant gewesen; sie verloren keinen Augenblick die Kontrolle über den Zug.

21. 6. 1973
6.45 Uhr Streikversammlung. Betriebsrat berichtet, daß erfolgversprechende Verhandlungen in Gang seien. Er verheimlicht, was konkret vorliegt. Es wird aber bekannt, daß Vulkan 23 Pfg. brutto angeboten hat.

22. 6. 1973
Der Betriebsratsvorsitzende legt das Verhandlungsergebnis vor, dem die Vertrauensleute schon am vorigen Nachmittag zugestimmt haben: 25 Pfg., Zahlung einer Treueprämie (nach 6 Monaten 30 Mark, für jedes weitere Jahr 15 Mark), keine Zahlung der Streiktage, Wegfall der Gewinnbeteiligung. Eine Diskussion des Ergebnisses durch die Arbeiter wird nicht zugelassen. Die Vertrauensleute fordern stattdessen die Arbeiter auf: ‚Geht wieder an die Arbeit.' Das Mikrophon wird sofort abgestellt und Schlagermusik gespielt. Die Arbeit wird wieder aufgenommen.

Gezähmter wilder Streik bei Vulkan

Der Streik bei Vulkan war eine kontrollierte Aktion der Vertrauensleute. Auf verschiedenen Branchenversammlungen innerhalb des Betriebes wurden die Forderungen der Arbeiter als Lohnforderungen funktionalisiert und vom Betriebsrat als Verhandlungsbasis mit der Geschäftsleitung benutzt.

Als die Verhandlungen vom 7. Juni 1973 zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung über eine Teuerungszulage von 50 Mark scheitern und dies am Schwarzen Brett bekanntgemacht wird, streiken die Arbeiter in mehreren Abteilungen spontan. Die Vertrauensleute stimmen dem Streik zu, weil sie aufgrund der Erfahrungen in vorherigen Streiks glauben, daß die Forderungen von der Geschäftsleitung kurzfristig erfüllt würden. Dadurch hätten sie sich selber als erfolgreiche Streikführer betätigen können und zugleich eine weitere Radikalisierung der Forderungen und Kämpfe zu verhindern gewußt. Auf einer spontanen Demonstration (‚Gucken wir uns mal die Preise an') am Donnerstag, 14. 6. 73, schien ihre Strategie des begrenzten Konflikts nicht aufzugehen. Die Arbeiter wollten weitergehen und die Belegschaften anderer Betriebe ebenfalls zu Streiks bewegen. Den Vertrauensleuten gelang es nur mit großer Mühe, sie am Weitermarschieren zu hindern. Eilfertig erklärte der Betriebsrat auf einer Pressekonferenz, bei der Teuerungszulage handle es sich nur um eine betriebs*interne* Regelung.



Als Verhandlungen mit der Betriebsleitung keine Ergebnisse brachten und die Vertrauensleute über das von ihnen nicht vorhergesehene Ausmaß des Streiks verunsichert waren, baten sie Bremens Bürgermeister Koschnik um Vermittlung. Alle Verhandlungsabläufe und Vermittlungsversuche wurden mit den Arbeitern nicht vorher diskutiert, sie wurden ihnen nur im nachhinein mitgeteilt. Bezeichnend für das Verhältnis Betriebsrat und Vertrauensleute zu den Arbeitern sind folgende Ereignisse:

Auf der ersten Betriebsversammlung am Montag, 18. 6. 1973, die auf einer Wiese vor dem Haupttor stattfand, reißen Betriebsrat und Vertrauensleute die Gesprächsführung an sich, indem sie einen Lautsprecherwagen in einer Mauerbrüstung anfahren, obwohl die Arbeiter vorher einen großen Kreis gebildet hatten, um gemeinsam zu diskutieren. Hiermit wurde das autonome Bestreben der Arbeiter, eine gleichberechtigte Diskussion herbeizuführen, durch eine Einwegkommunikation zerstört. Als in einem nicht vorgesehenen Redebeitrag, der die Weigerung der Gewerkschaft, Streikgelder zu bezahlen, beinhaltete, eine antigewerkschaftliche Tendenz deutlich wurde („Was die Funktionäre wohl sagen, wenn wir unsere Gewerkschaftsbücher auf Schubkarren vor ihrem Gewerkschaftshaus abladen würden"), sabotieren die Vertrauensleute sofort eine Diskussion darüber.

Am Mittwoch demonstrieren die Arbeiter erneut durch Vegesack, wobei die beherrschende Stellung der Vertrauensleute wieder besonders klar wurde: der Demonstrationszug wird von Anfang an dominiert von dem Lautsprecherwagen, in dem ein Vertrauensmann sitzt, der pausenlos folgende Sprüche losläßt:

„In den Zeitungen steht, wir sind von Linksradikalen gesteuert. Das stimmt nicht. Dieser Streik wird von der ganzen Belegschaft getragen."

„Bremer Geschäftsleute! Seid solidarisch mit uns! Wir kaufen in Euren Läden. Senkt die Preise!"

„Kollegen! Folgt den Anweisungen Eurer Vertrauensleute und der Polizei. Macht die Bürgersteige frei! oder: Macht die linke Fahrbahn frei!"

Diese Sprüche werden ohne Unterbrechung mit einer solchen Lautstärke durchgegeben, daß jeder Versuch der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihre Forderungen selber in Sprechchören bekanntzumachen, überdeckt wurde. Die Mehrheit des Zuges ließ sich durch das terroristische Getöse und die abwiegelnd-idiotischen Parolen des Mannes im Lautsprecherwagen zur Passivität verurteilen.

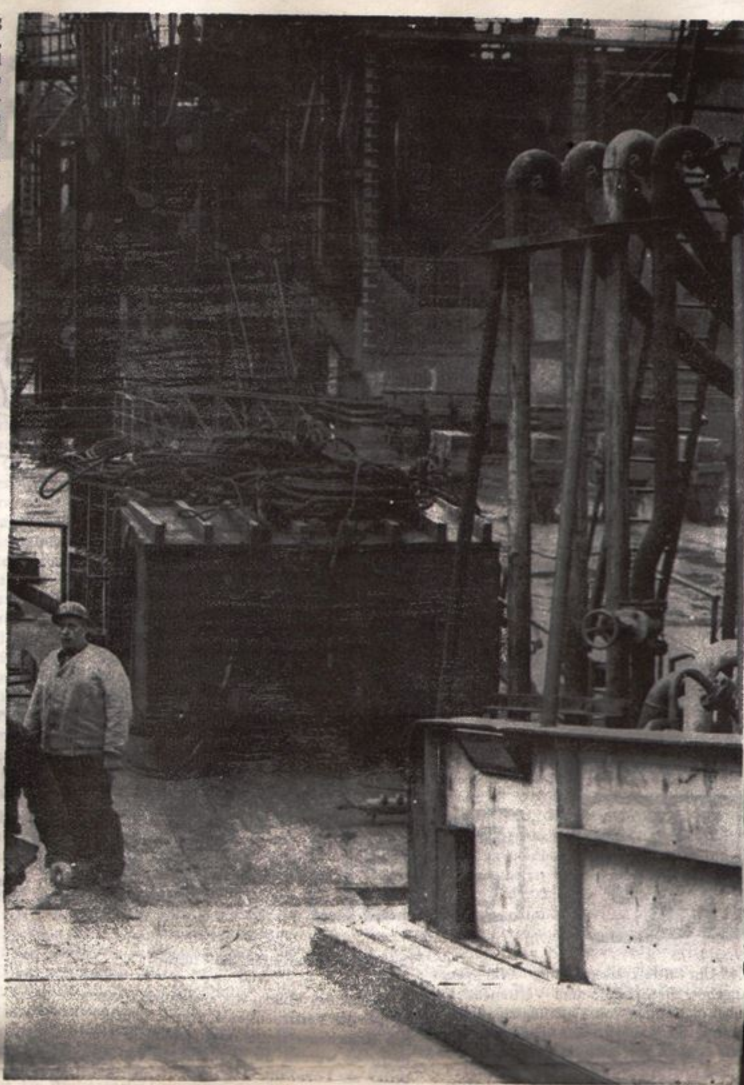
Die Arbeiter schlenderten zwei Stunden lang brav, allen Anordnungen Folge leistend, stumm oder sich untereinander unterhaltend durch die Straßen. Die autoritative Stimme des Mannes im Lautsprecherwagen gab pausenlos zu erkennen, daß sie die absolute Herrscherin des Zuges war und keine Extratouren duldete. So gelang es ihr, aus den Vulkanesen eine stumme Herde von gefolgsamen willenlosen Lämmern zu machen.

Eine heiße Situation gab es allerdings doch während dieses ausgedehnten Spaziergangs: Auf dem Rückweg kam der Zug am Angestelltengebäude vorbei. Die Angestellten hatten sich bisher dem Streik nicht angeschlossen. Der Zug hielt an. Der Lautsprecherwagen gab die Aufforderung an die Angestellten, sich dem Streik anzuschließen. Als Antwort wurde im Angestelltenblock ein Fenster geschlossen. An der Brüstung zwischen Bürgersteig und Vorgarten des Angestelltenblocks sagten einige: 'Rausholen!' und schwingen sich auf den Zaun. Genau in diesem Moment setzt der Lautsprecherwegen wieder mit beschwichtigenden Äußerungen ein. Die übrigen werden unschlüssig, ziehen nicht mit und zwingen dadurch die anderen zum Aufgeben. Der Zug geht weiter, doch immerhin: die alte Ruhe und passive Geschlossenheit ist weg. Erregte Diskussionen finden statt. An der Spitze des Zuges fangen die Arbeiter an, ihre eigenen Parolen zu bringen: 'Solang der Arsch noch in die Hose paßt, wird keine Arbeit angefaßt', „Wir wollen 70 Mark", was von den Ausländern jeweils verlängert wird in: „Wir wollen 100 Mark", „wir wollen 1 000 Mark".

Am Donnerstag findet eine Vertrauensleute-Versammlung hinter verschlossenen Türen statt. Es soll über das erste Angebot der Betriebsleitung abgestimmt werden. Da es keine von den Arbeitern bestimmte Streikleitung gab, konnten die Vertrauensleute unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Betriebsleitung ungestört auf den Leim kriechen. Das Ergebnis: 160 zu 3 Gegenstimmen für 25 Pfg. mehr Lohn, für Wiedereinführung der Treueprämie, dafür Wegfall der Gewinnbeteiligung, keine Bezahlung der Streiktage. Dies ist für einen großen Teil der Arbeiter ein Ergebnis von plus minus Null; nur der Teil von Facharbeitern, Vertrauensleuten u. ä., der schon jahrelang beim Vulkan arbeitet, hat durch den Streik etwas gewonnen. Mit dieser Abstimmung haben sich die Vertrauensleute endgültig von ihrer Basis abgehoben. Donnerstag Abend kommt durchs Radio, daß ab Freitag wieder gearbeitet wird auf dem Vulkan.

Die letzte Streikversammlung am Freitag lief dann auch nach der perfekten Regieanleitung von Betriebsrat und Vertrauensleuten ab. Der Betriebsratsvorsitzende Kirchhoff faßt das Ergebnis zusammen, es kommen Pfiffe, Buh-Rufe und Zischen von allen. Diese aufkommende Wut wird mit dem langatmigen Beitrag eines Vertrauensmannes zerredet. Anschließend werden die Beiträge 15 Minuten lang auf türkisch übersetzt. Nach der Übersetzung erwartet jeder eine Diskussion, mehrere Arbeiter stehen am Lautsprecherwagen und wollen reden, viele Arbeiter sind noch ohne Aktentasche und Brot gekommen und wollen weiterstreiken. Aber für die Vertrauensleute war das Ergebnis beschlossen. Sie bauen sich um den Lautsprecherwagen auf und lassen keinen ans Mikrofon. Es kommt der Hinweis, daß der Freitag ab 6 Uhr für den bezahlt wird, der jetzt sofort zum Stempeln geht. Und dann die Aufforderung: „Geht wieder an die Arbeit, Kollegen." Sofort wird das Mikrofon wieder abgeschaltet und auf einen Schlag ertönt Musik, Schlagermusik, Freddy. Alle fühlen sich wie vor den Kopf geschlagen, die maßlose Betroffenheit aller war deutlich spürbar. Fassungslos hoffte jeder, daß etwas passiert, aber es passiert nichts, die Musik dudelt weiter. Ganz langsam löst sich die Erstarrung, die ersten tröpfeln zum Tor, größere Gruppen folgen, angetrieben von den Vertrauensleuten. Zum Teil herrscht eine große Niedergeschlagenheit, zum Teil ungeheure Wut und Verbitterung.





Die Gewerkschaft hatte ihre Aufgabe perfekt erfüllt, aber gerade das ist in dem Augenblick wohl für jeden klar geworden. Einer formulierte sein Resümee so: 'Als wir den Vertrauensleuten und der Gewerkschaft die Führung des Streiks überlassen haben, hatten wir schon verloren.' In anschließenden Branchenversammlungen wurde bekanntgegeben, daß die Gewerkschaft drei Streiktage bezahlt, allen, auch den Nichtorganisierten. Warum sie das tut, ist auch allen klar. Wie konnte es aber kommen, daß die Regie der Vertrauensleute bis zum Schluß geklappt hat?

„Kommt zu den Könnern bei Vulkan!"

Mit dieser Schlagzeile wirbt Vulkan Leute an. Sie weist zugleich treffend auf die spezifische Herrschaftstechnik, die die Thyssen-Bornemisza-Gruppe seit Jahrzehnten auf der Werft verfolgt. Ganz anders als bei der Kieler Howaldt-Werft oder bei der AG Weser, die mit dem Übergang zur Serienproduktion radikal sämtliche Produktionsabläufe der Facharbeit entkleidet und angelernte Massenarbeit an deren Stelle gesetzt haben, ist die Entwicklung auf der Nordbremer Werft gelaufen. Bremen-Nord hat jahrhundertealte Schiffbautradition. Das Gros der Beschäftigten wohnt noch heute so nah am Werk, daß sie mit dem Fahrrad oder zu Fuß dorthin gelangen können. Der Betrieb ist 'bodenständig'. Viele Arbeiterfamilien arbeiten bereits seit Generationen auf der Werft. Sie haben ihr kleines Einfamilienhaus mit Garten, ihre Verwandten, ihre langjährigen Freunde. Jeder kennt jeden. Die Kommunikationsstrukturen sind intakt. Der Vulkan ist 'ihr' Betrieb. Sie sind keine anonyme, völlig atomisierte Masse, die sich widerstandslos durch die neuen Produktionsverfahren zerhacken läßt, sie sind die Zunft der Schiffsbauer und wollen es auch bleiben. Sie nennen sich: Vulkanesen. Der Vulkan hat dies anerkannt und zwar im doppelten Sinne: er bestätigt das Vorhandensein dieser historisch gewachsenen Facharbeiterschaft und er benutzt sie als Herrschaftsinstrument. Statt die Facharbeiterstrukturen zu zerschlagen, werden sie beim Vulkan hochgehalten. (Dies kann er sich auch deshalb leisten, weil die Facharbeiterlöhne im Vergleich zu anderen Betrieben wegen des Arbeitsplatzmangels in Bremen-Nord sehr tief sind.)

Vulkan konserviert sich so einen mit den Produktionszielen verbundenen, arbeitsfreudigen Arbeitertypus als werkstreue Stammbelegschaft. Dieser Arbeitertyp ist zwar äußerst interessenbewußt und kämpferisch, seine Verbundenheit mit Produktionsziel und Arbeitsinhalt nimmt seinen Kämpfen aber jede Gefährlichkeit. Sein Kampf ist der gewerkschaftliche Kampf. Betriebsrat und Vertrauensleutekörper ist fest in seinen Händen, auf Neueingestellte wird massiver Druck ausgeübt, in die Gewerkschaften einzutreten. So sind denn auch heute ca. 85 % in der IG Metall organisiert. Die Massenarbeit, die sich selbstverständlich auch beim Vulkan unter der Hand durchgesetzt hat, wird von den 'Auswärtigen' getragen: den neu Zugezogenen, den ehemaligen Bauern, die jeden Morgen mit dem 'Vulkan-Expreß' vom Land geholt werden, den Frauen, den Ausländern holt werden, den Frauen, den Ausländern (Quote: 1/4 der Belegschaft). Ihre Interessen werden von den Facharbeiter-Gewerkschaftern patriarchalisch mitvertreten, d. h. sie werden manipuliert und abgewürgt. Ein schlagendes Beispiel ist der Streik, den wir hier beschreiben. Es gibt aber auch Ansätze autonomer Äußerungsformen der Vulkan-Massenarbeiter, aber die spielen sich direkt in der Produktion ab und nicht in einem gewerkschaftlich perfekt kontrollierten und gezähmten wilden Streik. So z.B. die Schweißer, denen die Arbeit so verhaßt und gleichgültig geworden ist, daß sie in solchem Umfang Pfuscharbeit machen, daß ganze Schiffssektionen absaufen, weil die Schweißnähte nur nach außen hin korrekt geschweißt aussehen. So die 'Nachlässigkeiten' im Maschinenbau, die dazu führen, daß die Schiffe schon von der Probefahrt regelmäßig mit langen Mängellisten zurückkehren.





Genossinnen, Genossen,

mit Begeisterung haben wir Eure Zeitung Wir wollen alles gelesen. Es tut gut, nach all dem puritanischen Gequatsche der ML-Parteichen usw. usw. von revolutionären Gruppen zu hören, deren Praxis tatsächlich was mit den alltäglichen Problemen der Leute zu tun hat. Vor allem stellt uns auf, daß für Euch Kommunismus heißt: Mehr Leben – weniger Krüppel.

Nun, wir sind eine Gruppe von jungen Gelegenheitsarbeitern, die durch unsere Erfahrungen in der Drogenscene und einem Jugendzentrum politisiert wurden. Nach langem Hin und Her haben wir beschlossen, uns auf Quartiersarbeit zu konzentrieren, da wir das Gefühl haben, auf dem Gebiet noch am leichtesten mit den Leuten zusammenzukommen.

Wir bitten Euch *dringend*, uns sämtliches Material über Quartiers- (bei Euch sagt man Stadtteil-)politik zu schicken, das Ihr habt. Mieterkampagnen, Kindergärten, Quartiersbanden verlauster Jugendlicher, proletarische Schulen, Fremdarbeiter usw., al. das sind wohl Fragen, die eine Quartiersarbeit ausmachen. Ein besonderes Problem ist wohl die Frauenarbeit in den Quartieren.

Also, wenn Ihr Material habt, schickt es uns bitte.

Adresse: Revolutionärer Kampf
4053 – Basel / Schweiz

Liebe Genossen, unsere frisch gegründete RH-Gruppe möchte gern den Vertrieb Eurer Zeitung hier in Bonn aufnehmen. Könntet Ihr uns für den Anfang mal 10 Stück pro Ausgabe auf Gruppenrabatt zusenden? Wahrscheinlich wird sich der Absatz ziemlich rasch steigern. Die Leute, denen ich Eure Zeitung gezeigt habe, fanden sie unheimlich gut. Wir schreiben Euch dann, wenn wir mehr brauchen.

Noch was, solltet Ihr Genossen kennen hier in Bonn und Umgebung, regt sie mal an, sich bei uns blicken zu lassen.

Adresse: Rote Hilfe
Harry Schäfer
53 Bonn-Beuel
Hermannstr. 15

NORDHORN: WIE GEHT ES WEITER?

Anarchisten sind in Nordhorn abgeblitzt

Aus: UZ Nr. 26 29. Juni 1973

Die Aktionen der Bürger aus Klausheide, Nordhorn und Umgebung zur ersatzlosen Aufhebung des NATO-Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range fanden die breiteste Solidarisierung der Bevölkerung des Emslandes. Alle Aktionen waren planmäßig abgesprochen und fanden die volle Zustimmung der Bevölkerung. Dabei ging es uns nicht um eine Konfrontation mit der Polizei, sondern um die Durchsetzung unserer Forderung: Sofortiger Flugstopp! Ersatzlose Aufhebung des NATO-Bombenabwurfplatzes! Dann reisten linksopportunistische und anarchistische Grüppchen aus Bochum, Dortmund, Münster, Frankfurt und Westberlin an. Ihr blinder Aktionismus stand in krassem Gegensatz zu den einheitlichen Aktionen der Bevölkerung. Durch ihre nur auf Konfrontation ausgerichteten Machenschaften versuchten sie, die Bewegung zu spalten. Das Gegenteil trat ein! Auf einer Kundgebung der Bürger von Klausheide, an der 300 Personen teilnahmen, hatten die Anarchisten ausgiebig Gelegenheit, ihre Vorstellungen darzulegen. Dann wurde gegen sie der einstimmige Beschluß gefaßt: „Die Aktionen der Anarchisten werden verurteilt; ihre sofortige Abreise wird gefordert!" Auf Grund ihrer völligen Isolierung mußten sie Klausheide verlassen.

Die Bevölkerung hat erkannt, daß mit diesen Kräften keine gemeinsame Sache zu machen ist. Sie richten nur Schaden an und nützen den NATO-Politikern. Deshalb erteilte die Bevölkerung ihnen eine Abfuhr.

Gert Drengel
SDAJ-Vorsitzender, Nordhorn

In der letzten Ausgabe haben wir über die Kämpfe der Nordhorner gegen den NATO-Bombenabwurfsplatz berichtet. Der Aktionszyklus war damals noch nicht abgeschlossen. Ein vorübergehender Stillstand trat erst in den letzten Wochen ein. Jetzt, kurz vor einem neuerlichen Aufschwung des Widerstands, wollen wir versuchen, den Konflikt genauer zu analysieren.

Die Notgemeinschaftshetze trug bereits am Sonntag ihre ersten Früchte: drei Hundertschaften Polizei konnten – ohne weitergehenden Widerstand der Bevölkerung – den Kämpfenden an der Brücke in den Rücken fallen und ungefähr dreißig verhaften. Zwar protestierte die Bevölkerung verbal, doch sie kam, obwohl in der Überzahl, den Verhafteten nicht zu Hilfe.

Am Montag schlug dann die örtliche Presse los: in Riesenüberschriften schrie sie von eingeschleusten Anarchisten, die die Polizei provozierten, um ihr radikales Süppchen zu kochen. Kein Wort davon, daß die Bevölkerung mitkämpfte, kein Wort davon, daß die radikalen Aktionen gegen die Polizei anfangs auf einen breiten Widerhall in der Bevölkerung stießen. In dieser Situation sah dann die ‚Liga' ihre Stunde gekommen: in einem unwahrscheinlich abstrakten Flugblatt, in dem Revisionisten, nicht aber die Bedürfnisse der Bevölkerung auftauchten, wurde zu einer Veranstaltung aufgerufen, in der die Notgemeinschaft sich zu verantworten habe! Ohne die Abhängigkeiten und Erfahrungen der Bevölkerung zu berücksichtigen, hatte die Liga keine Chance. Was hatte sie denn auch schon vorzuweisen? Außer abstraktem Gerede nichts. Die Reaktion war allerdings eindeutig. Die Notgemeinschaft hatte einen Kompromiß herausgeschunden: bis zum Sonnabend, an dem eine Großveranstaltung der Notgemeinschaft laufen sollte, wurden keine Bomben mehr geworfen. Gegen diesen ‚Sieg' konnte die Liga nichts einwenden. Am selben Tag kam ein Lakai des Gutes, dem der Zeltplatz, auf dem die radikale Fraktion der Bevölkerung kampierte, gehörte und schmiß die Leute raus – ohne Widerstand der Liga. Damit war ein Signal gesetzt, dem sich auch die radikalen Lehrlinge und Arbeiter nicht entziehen konnten. Sie brachen den Kampf vorläufig in der Hoffnung ab, ihn am Sonnabend, wenn sich der Kompromiß des Bundesverteidigungsministeriums endgültig als Windei entpuppte, wieder aufzunehmen.

Doch die Notgemeinschaft hatte vorgesorgt: in einer geschickten Veranstaltungsregie, die sich wortradikal und hart gab, gelang es ihr noch einmal, die Bevölkerung in Richtung auf einen Kompromiß zu beeinflußen. Alternative Meinungen kamen erst gar nicht zum Tragen und so fehlt der bewußt radikalen Fraktion innerhalb der Bevölkerung sowohl die Artikulation ihrer Bedürfnisse als auch die Basis zum Weiterkämpfen.

Doch weit entfernt davon zu resignieren, wartet dieser Teil der Bevölkerung nur auf die Gelegenheit zum Losschlagen – zu ihren Bedingungen.

Nun gilt es, den Nordhorner Aufstand *mit all seinen immensen Radikalisierungstendenzen*, die schließlich zum vorläufigen Erliegen des aktiven Widerstandes führten, genauer zu hinterfragen, um eine realistische Prognose der weiteren Kämpfe erstellen zu können. Wir haben schon im vorhergehenden Artikel klar ausgeführt, was den Aufstand provozierte und wir haben ebenso auf die Momente hingewiesen, die einer Verbreiterung und Fortführung des Widerstandes entgegenstehen. Wenn wir uns diese Einschätzung ins Gedächtnis zurückrufen, kann von Enttäuschung, Desillusionierung oder gar Verleugnung der Aktionen der Bevölkerung von Nordhorn und Lingen keine Rede sein.

Fassen wir noch einmal kurz zusammen: Dem unorganisierten Widerstand und der unorganisierten Radikalität der Bevölkerung stand die geballte Konzentration des Kapitals und seiner Anhängsel gegenüber. Im folgenden stellte sich heraus, daß die Organisiertheit der Repression dem unorganisierten Widerstand überlegen war. Eine Überlegenheit, die sich nicht nur an der militärischen Situation festmachen läßt (immerhin waren bis 1 500 Polizisten im Gebiet stationiert), sondern auch in dem Zusammenspiel von unmittelbaren Kapitalinteressen und DKPistisch-reformistischen Interessen, die sich bei allen nicht wegzuleugnenden Unterschieden im entscheidenden Punkt einig waren: die autonomen Kampfaktionen der Bevölkerung zugunsten der jeweiligen Interessen legalistisch zu kanalisieren.

Auch der massive und brutale Polizeieinsatz steht in seinem anfangs mobilisierenden Element nicht im Widerspruch zu der Notgemeinschaft DKP-CDU, sondern er ergänzte sie in dem Moment, als die Bevölkerung anfing, die Notgemeinschaft zu überwinden. Der Widerstand sollte klar erkenntlich in einer doppelten Umarmung gebrochen werden: den gewissermaßen freundlichen Aspekt stellte die Notgemeinschaft mit ihren ewigen Appellen an die Vernunft, an den Glauben, daß durch Verhandlungen halt mehr erreicht werde, etc. dar. Unabhängig von der Weiterführung der Kämpfe ist das vorwärtstreibende Element in den Kämpfen um Nordhorn-Range darin zu sehen, daß die Bevölkerung die Notgemeinschaft zuerst zwang, vom verbalen Protest zu symbolischen Aktionen überzugehen (Pfingstlager), um dann das Lager auch am Dienstag weiterzuführen. Da hörte dann allerdings mit aller Symbolik auch die (vorgegebene) Kampfbereitschaft der Notgemeinschaft auf, da die Weiterkampierenden die RAF (Royal Air Force = Königliche Luftwaffe) nicht symbolisch, sondern eindeutig zwangen, den Bombenterror einzustellen. In Konkretion unseres ersten Artikels stellen wir fest, daß hier genau die Spaltung zwischen Bevölkerung und Notgemeinschaft anzusetzen ist; eine Spaltung, die sich die Notgemeinschaft zu diesem Zeitpunkt nicht traute, offen auszusprechen – und die die Bevölkerung auch kaum sah. Die Notgemeinschaft schob die offene Konfrontation hinaus, da ihr einmal die Polizeitruppen – die der SPD-Innenminister Lehner ihr dann wenig später liefern sollte – fehlen, und weil der Zeitpunkt, durch die Kampfbereitschaft der Bevölkerung bedingt, die noch durch keine Niederlage geschwächt war, zu ungünstig war. Ungünstig vor allem deshalb, weil die Notgemeinschaft eine Niederlage der Bevölkerung brauchte, um sich mit ihren Reformversprechungen ins rechte Licht setzen zu können. Diese Niederlage konnte aber nur die Polizei erzwingen und so wartete die Notgemeinschaft erst einmal ab. Die Radikalität kam sogar gelegen, denn damit konnte man den letzten ‚Unbelehrbaren' in Hannover und Bonn zeigen, wie ernst die Lage sei und vor allem, wer sie nur bewältigen könne.

Beide Fraktionen der Notgemeinschaft waren sich einig: die Kapitalisten hofften, ihre Profitherrschaft bis an die Engdener Wüste auszudehnen und die DKP hätte in künftigen Wahlveranstaltungen immerhin behaupten können, nicht nur durch Ostverträge, sondern auch durch den Kampf um Nordhorn-Range neue Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Wir hatten schon festgestellt, daß beiden Fraktionen dieser illustren Notgemeinschaft die Radikalität der Bevölkerung ein Dorn im Auge war. Wir müssen uns an dieser Stelle fragen, welche Gründe diese Radikalität verursachten, denn nur so kann es uns gelingen, den Kampf gegen die Manöver der Notgemeinschaft *mit der Bevölkerung* wieder aufzunehmen und die Abwiegelungsmechanismen von DKP bis CDU offenzulegen.

Sehen wir uns das Gebiet von Lingen bis Nordhorn einmal genauer an, so fallen zwei Tatsachen sofort ins Auge. In Lingen, einer Stadt, die bevölkerungsmäßig Nordhorn in etwa gleicht, finden wir eine hochmodernisierte Elektroindustrie und vor allem das Lingener Atomkraftwerk. ‚Hochmodern' heißt hier, daß das Kapital in seinem Produktionsablauf die professionelle Arbeit zugunsten der leichter kontrollierbaren Massenarbeit schon weitgehend zerstört hat. In Nordhorn dagegen finden wir hauptsächlich Textilindustrie mit veralteten Produktionsanlagen und einem großen Stamm professioneller Arbeiter. Dieser Spannungsbogen – sich durchsetzende Massenarbeit und sich dequalifizierende Facharbeit – spielte auf Arbeiterseite mit in die Kämpfe um Nordhorn-Range hinein und erleichterte es den Kapitalisten ungemein, hier zu spalten: wenn der Nordhorner ‚Facharbeiter' z. B. zum Lingener ‚Massenarbeiter' sagen konnte, „was denn die Lingener mit den Kämpfen zu tun hätten, sie gehörten ja gar nicht dazu", zeigt das genau, *wie unbewußt die anstehenden Probleme auf Seiten der Kämpfenden noch formuliert werden* und wie bewußt das Kapital diese Unbewußtheit spalterisch einsetzt. Doch damit nicht genug: den Fabriken in Lingen und Nordhorn ist eine sich stetig ausbreitende Industrielandschaft zugeordnet, die das Gebiet überschwemmt. Es fängt in der Regel klein an; an einem Kornfeld ist noch ein Stückchen Land frei, in Windeseile steht dort ein Lagerschuppen oder eine Teilfabrik. Diese Teile summieren sich zum Bild einer zerstörten Landschaft. Die kleinen Bauern der Umgebung sehen es mit Grimm: die Fabrik schluckt sie auf. Die Großgrundbesitzer der Umgebung mit ihren durchrationalisierten Landwirtschaftsfabriken stört das kaum, aber ihre Landarbeiter sehen es ebenso erbost wie die kleinen Bauern. Und bei ihnen kommt noch der Haß dazu, daß der ländliche Kapitalist ohne weiteres bereit ist, den Hof zugunsten der profitträchtigeren Fabrik aufzugeben oder aber den Hof ein weiteres Mal so durchzurationalisieren, daß die Arbeitshetze noch mehr steigt oder daß sie schlichtweg entlassen werden. Aus diesem Aufeinandertreffen von verschiedenen Faktoren ergibt sich die Radikalität, aber auch die unterschiedliche Interessenlage, die sich zwar unbewußt einig gegen die kapitalistische Entwicklung sind, deren solidarisches Handeln aber noch zuviel zusätzlichen, lokal bestimmten Momenten unterworfen ist.

Hier wäre auch der Einfluß der katholischen Kirche zu nennen, der sich nicht so sehr in religiösen, sondern vor allem in bestimmten Lebenszusammenhängen offenbart: eine starke Abneigung gegen ‚Fremde', die Neigung, klassenkämpferischen Auseinandersetzungen auf eine höhere, ‚himmlische' Basis zu heben, die dann doch nur dem Kapital zugutekommt, all das führte dazu, daß die Notgemeinschaft mit ihren Parolen gegen Zugereiste und für Kompromisse einen solchen Anklang finden konnte.

Dieses Gefühl der Abgeschlossenheit, das Gefühl, in eigenem Raum zu leben, bewirkte zweierlei: einmal war es, neben den schon aufgezählten Gründen, ein Moment der Radikalität der Kämpfe selbst: das Kapital schickte sich an, einen seit Jahrhunderten gewachsenen Raum seiner Herrschaft endgültig zu unterwerfen und rücksichtslos alle überkommenen Formen beiseitezutegen; zum anderen war es Manipulationsmoment der Notgemeinschaft, die mit ihrer Hetze gegen ‚Fremdes' und ‚Neumodisches' der Bevölkerung ein geeignetes Objekt bot, nach der Niederlage gegen die Polizei ‚Dampf' abzulassen. Allerdings erleichterten die Parteifetischisten der ML dieses Vorhaben erheblich: unbeleckt von jeder Geschichte und Problematik der Region wurden die Kämpfe über den Einheitsparteibrei geschustert. So konnten die MLer dem Niedergang der Kämpfe nach dem schon (in 5/73) beschriebenen Sonntag nichts entgegensetzen. Sie redeten von Organisation, wo es zuerst einmal darauf ankam, die abflauenden Kämpfe mit der Bevölkerung wieder in Gang zu bringen, um aus der Aktion heraus die Organisationsform zu bestimmen; sie redeten von Revisionisten und Reformisten, obwohl die Bevölkerung sich nichts darunter vorstellen konnte und die Begriffe nicht konkretisiert wurden. Vor allem aber schätzte die ML die Gegenseite genau so dumm (d. h. in ihrem Sprachgebrauch: genau so schlau) ein wie sich selber: nur taten ihr die Reformisten und Revisionisten nicht den Gefallen, genauso abstrakt rumzuschwätzen wie sie. Die Notgemeinschaft wußte und weiß sehr genau, was in der Region los ist. Sie wußte, daß Reden allemal besser als reflektorisches Handeln ist und die ML tat ihr den größten Gefallen, als sie ihre ‚Anti-Notgemeinschaftshearings' einberief, um die Notgemeinschaft zu entlarven. Hier konnte Druck auf den Arbeiter und Landarbeiter, der gestern noch auf der Brücke kämpfte, ausgeübt werden; hier saßen die örtlichen Blutsauger von Fabrik und landwirtschaftlichem Gut am Vorstandstisch und registrierten genau jede verbale Unmutsäuße-

weiter S.14 →



rung. Hier wurde zugunsten der Abblockung der Kämpfe auf der widersprüchlichen Entwicklung der Region Klavier gespielt und der Sündenbock in Form einer kreuzbraven ML, die zwar ihren Lenin herunterrasseln kann, von den Bedingungen und Widersprüchen der Region aber keine Ahnung hat, gleich gratis mitgeliefert.

Doch mag die Notgemeinschaft die Ursachen der Kämpfe auch verschleiern und eine blinde ML die Bedingungen der Kämpfe nicht sehen: die Widersprüche bleiben und die Bevölkerung, durch ihre ersten Kampfaktionen gewitzt, wird sie aufnehmen und umsetzen. Ewig kann die Polizei den Bombenabwurfsplatz nicht besetzt halten und die nächsten Besetzer werden nicht mehr auf den guten Willen der Polizei hoffen, sondern sich auf den 'Freund und Helfer' vorbereiten.

Der Kampf in Nordhorn ist noch nicht zu Ende; jeder der aber von außerhalb an ihm teilnimmt, sollte um die Ursachen und Bedingungen des Kampfes wissen, da er den Kampf sonst nicht entwickelt, sondern ihn hemmt.

brave kleine inflation









GEGEN PREISSTEIGERUNG KURZSTREIK BEI ADLER

Wichtig für die Situation bei Adler ist die Tatsache, daß seit etwa zwei Jahren eine systematische Säuberungsaktion läuft, der neben Genossen von der ML und der SAG ein ganzer Haufen linker Spanier zum Opfer gefallen ist. Abgesehen vom Ausbau eines Spitzelnetzes wurde das Widerstandspotential im Betrieb im wesentlichen dadurch zerschlagen, daß die rausgeschmissenen Kollegen zunehmend durch Türken ersetzt wurden, die teilweise Analphabeten sind und sich vom Meister bzw. Einrichter die Akkordzeiten in ihren Block eintragen und natürlich auch ausrechnen lassen müssen. Da sie Einzelakkord machen (wir beziehen uns in diesem Bericht auf Werk II, in dem die Schreibmaschinenteile an Einzelmaschinen hergestellt und die dann im Werk I mittels Bandfertigung zu Schreibmaschinen zusammengesetzt werden), das Akkordsystem nicht verstehen und außerdem Angst haben, schuften sie zum Teil wie die Besessenen, was natürlich bald den Stopper auf den Plan ruft, der seit Januar fast täglich in unserem Werk war und den Immigranten die Vorgabezeiten inzwischen fast um die Hälfte gekürzt hat. Nach unseren Informationen hat der Betrieb eine Fluktuationsrate von ungefähr 25 % bei 4 000 Beschäftigten, was bedeutet, daß die Intensivierungspolitik des Kapitals relativ widerstandslos durchgesetzt werden kann. Obwohl die deutschen Kollegen bisher von den Intensivierungen noch nicht betroffen sind, wissen sie natürlich, daß sie auf Dauer davon nicht verschont bleiben werden, was der Mobilisierung ihres latenten Rassismus Vorschub leistet und damit jene Spaltung zementiert, die vom Kapital ohnehin (z. B. in Form massiver Privilegien wie Rüstzeiten, die die Deutschen, nicht aber die Immigranten erhalten) fleißig vorangetrieben wird.

Auf dem Hintergrund dieser Betriebssituation ist verständlich, daß die dauernde und oft recht wortreiche Moserei vieler Arbeiter über die Arbeit, die Akkorde, die Hitze, die Inflation usw. eigentlich nur unter schwierigen Umständen in gemeinsamer Aktion sich umsetzen würde. Als am Freitag, 8. Juni 1973, eine Woche vor dem Streik, in zwei Abteilungen die Richter und die Schweißer etwa 20 Minuten streikten, um eine Teuerungszulage von 50,– DM je Monat rückwirkend für das Jahr 1973 durchzusetzen, war die Reaktion der übrigen Kollegen entsprechend lethargisch. Selbst die Kollegen, die in der gleichen Halle und in unmittelbarer Nähe der Streikenden arbeiteten, reagierten nicht auf deren Arbeitsniederlegung, sie waren nicht informiert und es gab unter ihnen keine initiativ wirkenden 'linken' Gewerkschafter.

In den folgenden Tagen sickerten Gerüchte über einen bevorstehenden größeren Warnstreik durch, resignativ wie immer; wer sich überhaupt bereit erklärte mitzumachen, beeilte sich darauf hinzuweisen, daß das Ganze eh' nicht funktionieren würde, weil der Arbeiter sich ja bekanntlich uneins sei. Am Freitagmorgen, den 15. Juni 1973, erfuhren wir dann von einem DKP-Kader, daß es um 11 Uhr losgehen sollte, unsicher war aber, wieviele Kollegen mitziehen würden. Selbst ein linker Gewerkschafter in der Abteilung, wo der Streik seinen Ausgang nehmen sollte, vermochte nicht zu sagen, wer den Streik unterstützen und ob er sich über den ganzen Betrieb ausbreiten würde. In den noch verbleibenden drei Stunden bis zum Streikbeginn versuchten wir, soviel Kollegen wie möglich zu informieren und für die Arbeitsniederlegung zu aktivieren. Vor allem mußten die Immigranten unterrichtet werden, die ja weil diese aus der Informationspolitik der Kader ausgeschlossen waren. Um 11 Uhr stellten dann in meiner Halle vier Kollegen, zwei Immigranten und zwei Deutsche, ihre Maschinen ab. Wir waren enttäuscht, weil die Kollegen weiterschufteten. Wir stellten unsere Maschinen wieder an. Zehn Minuten später ging's dann jedoch los, in der Halle nebenan tat sich was bei den Facharbeitern. Dort wurde es immer stiller. Die Kollegen stellten sich in die Gänge und reckten die Hälse. Wir schalteten unsere Maschinen wieder aus und diesmal zogen die anderen mit. Der Lärm in unserer Halle wurde immer leiser und angenehmer. Nach ein paar Minuten lief keine einzige Maschine mehr. Die Kollegen liefen in der Halle umher, lösten sich von ihren nationalen Frühstückskartellen und diskutierten multinational, unter Einschluß der Frauen und sogar der Deutschen. In erster Linie wurde natürlich über den Streik und die Forderung nach 300,– DM Teuerungszulage diskutiert, aber in Zusammenhang mit der Möglichkeit ihrer Durchsetzung auch darüberhinaus: übe;die Kampfkraft solidarischer kollektiver Aktionen bis zur Frage, wie so etwas wie eine sozialistische Produktionsweise in unserer Halle auszusehen hätte und auf welche Weise und unter welchen Umständen sie erkämpft werden könnte. Es gab jetzt keinerlei Kommunikationsprobleme mehr, jeder wußte, was er mit der Zeit anfangen sollte – sehr im Gegensatz zu einer Situation vier Wochen vorher, als für 15 Minuten der Strom ausfiel und einige Kollegen es fertigbrachten, über Langeweile zu klagen. Die Frage nach der Bezahlung der 45 Minuten – solange dauerte der Warnstreik – tauchte erst eine Woche später und dann nur sehr vereinzelt auf.

Nach einer halben Stunde kam plötzlich die Geschäftsleitung in unsere Halle. Der Direktor verwies auf die Ungesetzlichkeit unseres Tuns und forderte uns auf, die Gründe für den Ausstand zu nennen. Großes Schweigen – Geld wollten wir, na klar, aber niemand hatte den Mut, den Direktor aufzuklären über die Notwendigkeit, unsere Forderung nachdrücklich zu unterstreichen. Schließlich machte unser 'rechter' Vertrauensmann, vom Betriebsleiter dazu aufgefordert, doch noch den Mund auf, um sich unwidersprochen von uns zu distanzieren und zu erklären, daß er sich das Ganze ein nicht erklären könne. Ihm sei aber zu Ohren gekommen, daß die Kollegen nichts besonders glücklich seien über die Inflation und vielleicht wollten sie am Ende gar mehr Geld haben. Worauf unser Direktor die prekäre Markt- und die unerfreuliche Ertragslage vor Augen führte, außerdem die Richtlinien des Unternehmerverbandes und auf die Erfordernisse stabilitätskonformen Verhaltens hinwies und schließlich Verhandlungen mit dem Betriebsrat ankündigte. Mit der Erklärung des Betriebsratsvorsitzenden, er habe Verständnis und kenne jetzt unsere Forderungen, aber auch das BVG, und deshalb müsse er uns auffordern, wieder zu arbeiten, war die Versammlung dann beendet.

In den folgenden zehn Tagen war dann trotzdem deutlich spürbar, daß etwas passiert war. Es gab ständige Diskussionen über den Streik und die aufgestellten Forderungen. Da die Verhandlungen sich hinzogen und nichts passierte, außer daß die Verhandlungsführenden neue Forderungen ausheckten, wie: Umwandlung der Teuerungsprämie in eine Treueprämie; Konkretisierung der Forderung in 200,– DM netto sofort oder 50,– DM für jeden Monat etc., wurden die Kollegen immer wütender. Von Tag zu Tag wuchs die Kritik an den für Streik und Verhandlungen verantwortlichen 'Vertretern'. Kollegen monierten, daß sie nicht gefragt und informiert worden seien, daß die Forderungen viel zu niedrig lägen und der Streik zu kurz gewesen sei. In diesen Tagen kamen auch die Flugblätter bei den Kollegen an, die über Streiks bei Vulkan etc. berichteten. Viele Kollegen meinten, so wie die, nämlich mehrere Tage, hätten wir auch streiken müssen. Besonders stark wirkte sich der Streik bei den ausländischen Kollegen aus, die anfingen, sich gezielt Informationen über den Fortgang der Verhandlungen zu beschaffen und weiterzutragen, die ständig untereinander diskutierten und deren aggressive Kritik dazu führte, daß der spanische Betriebsrat sich täglich sehen lassen mußte, um die Kollegen zu unterrichten. Als dann zwei Wochen später Donnerstags morgens durch ein KG-Flugblatt die endgültige Ablehnung der Forderung durch die Geschäftsleitung bekannt wurde, war die Kampfbereitschaft der Kollegen auf ihrem Höhepunkt. Sie wollten, daß etwas geschehe, sie wollten mindestens zwei Tage streiken und sie wollten sofort anfangen. Während sonst um 5.45 Uhr mit dem Klingenzeichen die Maschinen in Gang gesetzt werden, liefen jetzt die Kollegen in der Halle umher, diskutierten und wußten doch allein mit ihrer Empörung nichts 'Linkes' anzufangen und fingen nach einer Viertelstunde dann doch zu arbeiten an. Und langsam wich die Erregung der Resignation.

Als die DKP-Kader dann um sieben Uhr zur Normalschicht erschienen, wurden sie von uns auf die Streikbereitschaft der Kollegen angesprochen, bemerkten dazu aber nur lakonisch: „Spontane Empörung kommt spontan und geht spontan. Das ist eine taktische Frage ...". Weil die Kader in einer Situation, in der die Kollegen bereit waren, für ihre Forderungen aufs Neue zu streiken, keine Aktivitäten entfalteten, wurde die Möglichkeit vertan, nicht nur unsere Forderungen durchzusetzen, sondern auch die Kampfkraft der Adler-Arbeiter zu stärken.

Inzwischen wird in der 4. Woche verhandelt, was die Kollegen aber kaum noch interessiert. Dennoch hat die kurze Arbeitsniederlegung ihre Bedeutung darin, daß die Kollegen auf die Zersetzungspolitik der Kapitalseite zu antworten beginnen mit Ansätzen von Widerstand, indem sie z. B. den o.g. 'rechten' Vertrauensmann abwählten.

IMPRESSUM
WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis ist DM 1,00 – Abopreis für 12 Nummern ist DM 12,00. Der Aboversand wird nach Eingang des Geldes aufgenommen. Konto: Wir wollen alles, 8551 Gaiganz, Kontonr. 4684-852 beim Postscheckamt Nürnberg. Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Gisela Erler, 8 München 80, Josephsburger Str. 16.
Satz, Druck, Verlag: Politladen Erlangen.

AUS DEM INHALT DER LETZTEN NUMMERN

Nr.2 (März 73)

Wohnungskampf in Frankfurt – Hausbesetzer erzählen – Wir wollen leben (regionalarbeit in München) – Mieterstreik in Frankfurt – Ein Jugendhaus muß her (Bebra) – Schülerstreik in Hamburg – Die Situation an der Universität in Hamburg – Streik bei Küppersbusch – Mannesmann im Streik – Vietnam – und was nun? – Klassenkampf im eignen Land – – Frauenbeine traten zu

Nr. 3 (April 73)

Widerstand ist möglich – Der blutige Samstag im Frankfurter Westend – Folterung in Frankfurter Polizeigefängnissen – Telefongespräch mit ei[illegible] Spekulanten – Mannesmann: Die wilde [illegible] macht wilden Streik – Druckindustrie: Nichts ist los, gestreikt wird – Fiat: Vor den Toren von Mirafiori – Opel Bochum: Betriebsrat gefeuert – Der Mann mit dem Koffer – Hausbesetzung in Bremen – Mieterkampf im Münchner Westend – Aktionen helfen mehr als Pillen – Bremen: Parteien-Heck-Meck – Internationales Jugendzentrum Rüsselsheim – Spanier fordern 7 Wochen Urlaub – Düsseldorf: Das Markus-Haus ist besetzt – Stürzt die Gynäkologen-Gockel von ihrem Mediziner-Sockel (§ 218)

Nr. 4 (Mai 73)

Hamburg: Das erste Haus ist besetzt – Die Gegner der Besetzung – 1. Mai in München – Was für eine Alternative, was für ein Sozialismus? – Studentenrevolte in Griechenland – Rocker, Schläger und Verschwörer – Folter im Knast – Bullen im Weißbecker-Haus – Offenbach: Jugendzentrum – VW im Streik – Renault: Weniger Arbeit, mehr Lohn – Solidarität mit der KPD

Nr. 5 (Juni 73)

BMW: Sonderschicht, du siehst uns nicht – Nur mit den Ausländern: Die multinationale Perspektive – Räumung des besetzten Hauses in Hamburg – Sturm auf den NATO-Schießplatz Nordhorn Range – Gutenbergschule Frankfurt: Politische Indoktrination – 8 Wochen Hafenarbeiterstreik in Antwerpen – Kampf der Dockerfrauen – Treibt die schwarzen Parasiten ab! – Gespräche mit Frankfurter Hausfrauen – Diskussion der Knastkampagne – Interview mit Heinz Brandt – Aktion und Hungerstreik in Straubing – Ein Amen für Nikola – Todesurteil durch die Polizei – Streik bei Karmann – Frauenstreik in Rheydt

Von den Nummern 2–5 der Zeitung sind noch Restbestände vorhanden. Wer Interesse hat, soll sich an den Vertrieb wenden bzw. pro Stück eine Mark überweisen und dazu schreiben, welche Nummern er will. Für Gruppenverkäufer können die Restexemplare auch als kostenfreie Werbeexemplare angefordert werden. Schreibt an Wir wollen alles, 8551 Gaiganz 12.

EIN NICHT SEHR wilder STREIK..

„Felten und Guilleaume/Köln: 2 500 Arbeiter streikten für ihre Forderung nach einem Ergänzungstarifvertrag, Preisgleitklausel und Absicherung der Effektivverdienste. Die Arbeiter wollten damit ausdrücklich auf das Spitzengespräch zwischen IGM und Gesamtmetall Einfluß nehmen."

So steht es in „Express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit". Diese Einschätzung des Streiks ist nicht besser als die des Kölner Boulevardblattes „Express". Was verbirgt sich hinter einer solchen Notiz?

Die F & G-Kabelwerke AG sind eine Tochterfirma der F & G-Holding, auf die der holländische Elektrokonzern Phillips anscheinend Einfluß gewinnen will. Der F & G-Konzern rationalisiert sehr stark, es kommen alle Arten von Rationalisierungsmaßnahmen vor: Verringerung der Belegschaft, Rationalisierungsinvestitionen, Arbeitsintensivierung, Verlegung oder Stillegung von Teilwerken. Die Kabelwerke in Köln-Mühlheim haben 4 000 Beschäftigte, davon 2 700 Arbeiter, darunter 750 Ausländer. Der Betrieb ist „gewerkschaftsstark"; eine linke SPD-Gruppierung beherrscht Betriebsrat und Vertrauenskörper. Dieser Flügel macht sich nicht nur auf Gewerkschaftstagen mit „linken" Anträgen bemerkbar, sondern hat auch in der Belegschaft traditionell ein gutes Renommé. Zugpferd ist der BR-Vorsitzende Benno Feckler, der durch den Abschluß einiger günstiger betriebsinterner Abmachungen, besonders aber die sog. Boljahn-Affäre (es wurde aufgedeckt, daß der Werkschutz „schwarze Listen" führte; eine starke Bewegung brachte die Absetzung des Werksschutz-Leiters zustande) seinen guten Ruf erwarb. Inzwischen strebt er ein Mandat für den Bundestag an, wozu er sich eine Hausmacht im Kölner SPD-Unterbezirk und der IGM aufbaut.

Ziel dieser linken Reformisten-Clique ist es, mit fortschrittlichen Forderungen die Satzung und die Tarifpolitik der IGM zu ändern, um mehr Wirkungsmöglichkeiten und Führungspositionen zu erreichen. Dazu braucht man aber eine Bewegung, und der Unmut der Kollegen über den letzten Tarifabschluß und die rapide sinkende Kaufkraft schien den richtigen Boden dafür zu bieten. So wurde auf der letzten Delegiertenversammlung der IGM-Ortsverwaltung der entsprechende Forderungskatalog von F & G- und FORD-Delegierten vor allem eingebracht, und von der Versammlung wurde beschlossen und an Frankfurt weitergeleitet: sofortige Lohnverhandlungen über einen Ergänzungstarifvertrag; Preisindexklausel, Öffnungsklausel („betriebsnahe Tarifpolitik") sollen mit in die Tarifverträge rein; die Gewerkschaft soll aus der Konzertierten Aktion raus.

Um im Clinch mit der Gewerkschaftsführung etwas zu bringen, muß nun aber auch eine Machtposition vorgezeigt werden: am besten eine Massenbewegung, die ihre tarifpolitische Richtung zu unterstützen scheint, die in ihnen die besseren Gewerkschaftsführer bestätigt.

Als jetzt also die Kollegen aufs Handeln drängten, weil der Lohn vorne und hinten nicht mehr reicht, wenn man seinen Lebensstandard halten will, sahen die Reformisten ihre Chance. Es erschienen bei F & G zwei Flugblätter des Vertrauenskörpers (die die meisten VL natürlich erst zu sehen bekamen, als sie sie verteilen sollten), eine sehr seltene Aktivität. Auf diesen Blättern wurden die Anträge und Beschlüsse der Delegiertenkonferenz dargelegt und um Unterstützung für diese tarifpolitische Richtung gebeten. Damit auch keine Zweifel an der gewerkschaftsfreundlichen Einstellung der Verfasser aufkommen kann, steht ausdrücklich drin, daß dem Vorstand der IGM der Rücken gestärkt werden soll und daß dieser unbedingt wieder die Führung im Lohnkampf übernehmen solle.

Das politische Ziel der Verfasser war, den Vorstand zu einem Handeln zu zwingen, was ein Eingeständnis der Fehlerhaftigkeit der bisherigen Tarifpolitik zeigen sollte. Direkt um mehr Geld ging es ihnen gar nicht, denn hier sollte ein Politikum gemacht werden. Deshalb wurde auch keine konkrete Forderung aufgestellt. Die Kollegen konnten mit den Flugblättern nicht viel anfangen. Das Paragraphen-Gehacke war den meisten zu fern. Und bevor die Flugblätter erschienen, stand schon in der Zeitung, daß der Loderer sich gegen zusätzliche Lohnerhöhungen ausgesprochen hat, also garantiert nicht im Sinne dieser Flugblätter mit den Kapitalisten verhandeln würde. Was sollte man also unterstützen.

Dann kam das Gerücht auf, daß noch vor dem Spitzengespräch zwischen IGM und Gesamtmetall gestreikt wird. Aber in der Belegschaft existierte trotz der Geldsorgen keine Begeisterung für eine so abstrakte Aktion. Die VL, die die Kollegen mobilisieren sollten, hatten die größten Schwierigkeiten. Wenn sie höheren Orts nachfragten, wieviel denn für uns dabei rausspringen sollte, hörten sie nur, da würde dem Vorstand schon was einfallen, und außerdem wäre da die Geschichte mit dem Politikum. In anderen Betrieben würden aber gleichzeitig Aktionen durchgeführt usw. Die Reformisten ließen ihre Beziehungen spielen. Das Fernsehen kam, um die große „Unruhe" über die falsche Tarifpolitik festzustellen — leider redeten nur die verkehrten Leute. Am Tag vor dem Streik stand eine Notiz in der örtlichen Presse über die große Unruhe bei F & G. Am Streiktag stand noch einmal etwas drin, nämlich daß der VK 70 Mark fordert und die IGM-Führung das am nächsten Tag der Gesamtmetall vortragen solle. Die meisten Vertrauensleute erfuhren erst beim Streik oder durch die Zeitung von dieser Forderung! In der Zeitung stand außerdem, daß die Geschäftsleitung über die Unruhe Bescheid wüßte und die Entwicklung gelassen an sich herankommen lassen wolle.

Und so sah dann der Streik aus: Es regnete in Strömen. Nach der Frühstückspause ging ein Zug mit Pappschildern durch das Werk, um die Kollegen einzusammeln. Kein Meister oder Chef versuchte, sie aufzuhalten; teilweise wurden die Kollegen von ihnen sogar aufgefordert, da mitzumachen, die Beteiligung sei freiwillig. Auf der Straße vor dem Verwaltungsgebäude standen hinterher ungefähr 600 Kollegen, die dort eifrigst photographiert wurden. Die restlichen sind drinnen geblieben. War es nur wegen des Regens oder auch weil sie keine Lust zu solch einem Streik hatten? Dann stand man erst mal ganz bedröppelt da; alle warteten darauf, daß was passierte. Es geschah nichts. Da fing man an, Sprüche gegen die Unternehmer und für mehr Geld zu rufen. Einige wollten mehr Aktivität. So wurde VKL-Mitgliedern vorgeschlagen, eine Demonstration zu machen, wie früher schon mal, zum KHD: Abgelehnt. Einige Kollegen hatten keine Lust, so blöd draußen im Regen zu stehen, während die Chefs drinnen im Trockenen sich wahrscheinlich kaputtlachen. Sie wollten denen drinnen ein wenig Feuer unterm Hintern machen. Aber höhere Funktionäre lehnten das ab, außerdem wurde gleich die Tür bewacht.

Dann erschien ein Direktor und sah sich die Sache gelassen an. Endlich erschien der BR-Vorsitzende Benno Feckler. Er „solidarisierte" sich mit den „Forderungen der Belegschaft" (s. o.!). Gerade habe der BR und die VKL ein Telegramm an den IGM-Vorstand losgeschickt mit den Forderungen nach Zusatztarifvertrag, Preisgleit- und Öffnungsklausel, Austritt aus der Konzertierten Aktion. Dann bat er den Direktor, sich beim Arbeitgeberverband für unsere Forderungen einzusetzen. Schließlich meinte er, wir sollten nun wieder an die Arbeit gehen, damit wir uns in dem Regen keinen Schnupfen holen. Der Direktor meinte auch, wir sollten wieder arbeiten gehen, wir hätten ja jetzt unserer Meinung Ausdruck verliehen. Unwillig gingen die Kollegen wieder an die Arbeit, es gab aber noch Rufe, daß wir wiederkommen würden, wenn wir nicht mehr Geld sehen.

Die Kollegen waren alle ganz schön sauer, besonders als nach 3 Tagen in der Zeitung stand, daß bei dem Spitzengespräch nichts herausgekommen war. Eine Abteilung, die den Streikumzug begonnen hatte, wollte auch gleich wieder streiken, wurde aber vom BR zurückgehalten. Die Streikstrategen mußten erst erklären, es ginge tatsächlich um Geld, damit diese Abteilung mitmachte. Die Kollegen haben das Versprechen dann allzu wörtlich genommen. Im ganzen Werk waren viele Kollegen resigniert und meinten, so etwas würden sie nie wieder mitmachen, da käme ja doch nichts weiter bei heraus, als daß man eine Stunde abgezogen kriegt. Auch viele VL fühlen sich verschaukelt für irgendwelche undurchschaubaren Spielchen. Es hat sich unter ihnen ein gewisses Mißtrauen gegenüber VKL und BR herausgebildet. Kritisiert wird vor allem, daß die anderen Kölner Betriebe nicht mit einbezogen worden sind in die Aktion und daß immer auf den Zusatztarifvertrag gepocht wird, anstatt für unseren Betrieb herauszuholen, was in unseren Kräften steht.

Die Reformisten sind in die Klemme geraten. Mit der „Umsetzung des Drucks der Basis in die Institutionen" klappt es nicht recht. Der Vorstand der IGM zeigt sich ziemlich unbeeindruckt von diesen Spielchen.

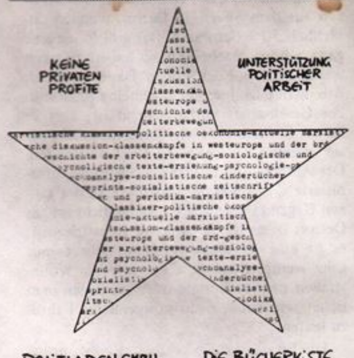
Die Geschäftsleitung von F & G will nicht mit dem BR über Lohnerhöhungen verhandeln; wie kann der BR als friedenspflichtige Institution sich Forderungen eines „wilden" Streiks zueigen machen? Und als Vertreter der Belegschaft in Lohnverhandlungen wird er erst akzeptiert, wenn die Belegschaft dasteht und ihr Wollen unmißverständlich und hart demonstriert. Aber andererseits haben die Reformisten Angst davor, daß die Belegschaft wirklich mobilisiert wird und kämpft, bis die materiellen Ergebnisse da sind. So wurde z. B. bei FORD Köln kein Streik organisiert, denn wenn die 13 000 Türken dastehen und 70 Mark mehr haben wollen, wie soll man die wieder unter Kontrolle bringen? Die sind nämlich „zu dumm", um die Vorteile von Satzungsänderungen und anderen Forderungen an die Institutionen an die Spitze ihrer Wunschliste zu stellen.

Die linken Reformisten predigen den Antikapitalismus und „demokratischen Sozialismus" und meinen, ihn im Kapitalismus durch Änderung von Gesetzen erreichen zu können. Aber daß ihre Taktik mit symbolischen Streiks, Demonstrationen und Resolutionen und der „ideologischen" Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung nicht reicht, beginnen sie, praktisch klarzumachen — gegen ihre Absicht. Die Belegschaft beginnt zu lernen, daß sich so weder Rationalisierungsmaßnahmen stoppen noch dem Kapital Millionen abknöpfen lassen. Wenn auch die Gewerkschaft bis jetzt als einzige ein Organisationsnetz über den ganzen Betrieb hat und dieses bis jetzt in den Händen hält — die Kollegen sind immer mehr gezwungen, ihre eigene Kraft herauszubilden.

Gruppe Arbeiterkampf Köln















BRIEF AUS DETROIT

P.S. I love you R.

AIR MAIL

„Natürlich haben alle eine Knarre zu Hause!"

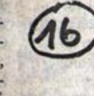
Warum ich bei einer der großen 3 (Autofabriken, nämlich Chrysler, General Motors und Ford) arbeite? Ich will erstmal Detroit beschreiben. Detroit ist eine große Stadt mit ungefähr eineinhalb Millionen Leuten. Henry Ford hat hier mal eine Fabrik hingebaut und die Arbeiter aus allen Teilen des Landes eingeladen, hier ihre anständige Arbeit für einen anständigen Lohn von 5 Dollar pro Tag zu verkaufen.

Jetzt haben sich die Dinge natürlich etwas geändert. Heute kriegen wir 5 Dollar in der Stunde und die Zuschläge steigen um weitere 3 Dollar pro Stunde, wenn es einer länger als nehmen vor allem Frauen, die bei den großen 3 schwer unterkommen. Wo ich gearbeitet habe, waren etwa Dreiviertel Griechinnen, die kaum Englisch konnten. Bei den Männern 35 Schwarze aus dem Süden und Weiße. Je jünger sie waren, desto mehr waren sie hinter einem Arbeitsplatz in einer der großen Fabriken her.

Die Gewerkschaften waren so gut wie nutzlos und jeder fühlte sich ziemlich machtlos. Das stimmte auch in vieler Hinsicht. Man kann einem Familienbetrieb nicht unbegrenzt Druck geben, bis man ihn aus dem Geschäft geschmissen hat. Es gibt keine Unterstützung in der Zusammensetzung der Arbeiter, sie sind so abhängig von ihrem Job. Außerdem sind viele der kleinen Werkstätten wahre Todesfallen, Sicherheitsvorkehrungen existieren überhaupt kaum, die Maschinenanlagen sind 20 Jahre alt und aus dem Abfall der großen 3 zusammengestellt. Wo ich früher gearbeitet habe, bestanden sie darauf, daß ich mir Handschuhe anzog, nicht etwa, weil ich was von den Stahlstücken abkriegen könnte, sondern: weil der Schweiß meiner Hände verhindern könnte, daß der Lack trocknet.

Die großen 3 halten sich zwecks Profitsteigerung daran, ihre Arbeitskräfte auf das absolute Minimum zu beschränken und die Beschäftigten mit Überstunden kaputtzumachen, die meistens verpflichtend sind. Ich habe durchschnittlich 9–10 Stunden täglich gearbeitet, von nachmittags um vier bis nachts um halb zwei. Ich erinnere mich, nur einmal Freitags abend um acht nach Hause gekommen zu sein, weil eines der Montagebänder einen wilden Streik gemacht hatte, wie mir unser jugoslawischer Nachbar erzählte der dabei war.

Jetzt arbeite ich in der Stanzerei. Ich stehe an einem Produktionsband. Es unterscheidet sich insofern von den Montagebändern, als es nicht läuft, sondern wir die Teile weitergeben. In der ganzen Fabrik sind 75 % Schwarze, in meiner Schicht wahrscheinlich mehr als 90 %. Zu meinem Schreck habe ich feststellen müssen, daß ich der Älteste am Band bin (ich bin 23), sie sind alle 18, 19, 20. Das ist ein extremes Beispiel dafür, was



(16)

sie sich sofort ab, um einen Vorarbeiter oder Gewerkschaftler sattzumachen, je nachdem, von wem die Provokation kam, meistens beide. In den letzten zwei Jahren hat Chrysler vier solcher Morde erlebt. Vielleicht habt ihr von dem berühmten Johnson-Fall gehört . . .

Die Gewerkschaft ist allerdings wirklich eine unglaubliche Geschichte. Sie haben ihre Büros direkt in den Abteilungen. Während du arbeitest, stolzieren die stewards (Vertrauensleute) durch die Gegend und überwachen die Lage. Sie sind es, die kommen und dich fragen, ob du nicht arbeiten willst, wenn die Überstunden freiwillig sind. Klar, daß sie für die 20jährigen keine große Hilfe sind, für die Neuen allerdings sind sie völlig nutzlos. Die gehen gleich zum Vorarbeiter und wenn der ihnen nichts nützt, nehmen sie die Sachen selber in die Hand, so wie sie das für richtig halten.

Zum Beispiel hat einer mal rausgekriegt, daß auf seinem Lohnstreifen zehn Überstunden fehlten und daß er außerdem immer 20 Cents zuwenig Lohn gekriegt hatte. Der Vorarbeiter konnte ihm da natürlich nicht helfen. Er müsse das und das Formular ausfüllen und damit zum Büro am Eingang gehen (die Halle ist 1,2 km lang, wir arbeiten ganz hinten) usw. Er hat bloß geantwortet „Gut, wenn die nicht zahlen, arbeite ich eben nicht!" und ist weggegangen. Ein anderer, dessen Maschine nicht funktionierte und die Gefahr bestand, daß seine Hände was abkriegen würden, hat gleich gesagt, mit dem Vorarbeiter hätte es keinen Zweck. Er hat sich geweigert weiterzuarbeiten, bis die Maschine repariert war. Er hat sich einfach hingesetzt und Nein gesagt.

Ich hoffe, Ihr könnt Euch jetzt ein bißchen was unter der . . . vorstellen. Übrigens auch mein Vorarbeiter ist erst 22 und schon schwermütig.

Kompromiß beendete Streik

Lohnverbesserungen und keine Entlassungen in Lippstadt

Von unserem Korrespondenten

FR 21.VII.73

sub LIPPSTADT, 20. Juli. Mit einem Kompromiß wurde der seit Dienstag andauernde Streik von rund 3000 ausländischen Arbeitnehmern bei den „Hella-Werken" in Lippstadt und Paderborn in der Nacht zum Freitag beigelegt. Danach werden, wie in einem Teil der Auflage bereits gemeldet, die Stundenlöhne in den unteren Lohngruppen um 40, in den oberen Lohngruppen um 30 Pfennig rückwirkend ab 1. Juni erhöht. Auf diese Erhöhung werden allerdings die seit diesem Datum erfolgten Lohnverbesserungen angerechnet, die beispielsweise in der untersten Lohngruppe 29 Pfennig betragen. Von der Lohnerhöhung werden auch rund 2000 deutsche Arbeitnehmer betroffen. Weiter wurde vereinbart, daß drei der vier Streiktage bezahlt werden und daß die Geschäftsleitung auf Repressalien gegen die Wortführer der Streikenden verzichtet und keinen entläßt. Außerdem wurde den ausländischen Arbeitnehmern eingeräumt, daß sie auf Wunsch vorzeitig aus ihren Ein-Jahres-Arbeitsverträgen ausscheiden können.

Die Leitung der zu den größten Zulieferern der deutschen Automobilindustrie zählenden „Hella-Werke" hatte ursprünglich nur 15 Pfennig Teuerungszulage zahlen wollen, während die ausländischen Arbeitnehmer 50 Pfennig pro Stunde mehr verlangt hatten.

Auslöser des Streiks war eine Sonderzulage von 15 Pfennig pro Stunde, die nur rund 800 deutschen Facharbeitern gezahlt werden sollte. Daraufhin waren die ausländischen Arbeitnehmer im Lippstädter Werk, die in der Mehrzahl als angelernte Arbeiter beschäftigt und nach Angaben des Betriebsrats rund 600 Mark netto im Monat verdienen, in Streik getreten. Ihr Beispiel hatte am Donnerstag auch auf das Paderborner Zweigwerk übergegriffen; dort kam es am Nachmittag zu einer Schlägerei zwischen Streikenden und der von der Werksleitung angeforderten Polizei, als Streikposten die arbeitswilligen deutschen Arbeiter vom Betreten des Werks abzuhalten versuchten. Bei dieser Auseinandersetzung gab es nach Angaben des Betriebsrats acht Verletzte.

Stunde und die Zuschläge steigen um weitere 3 Dollar pro Stunde, wenn es einer länger als dreißig Jahre aushält. Die zusätzlichen Leistungen schließen übrigens ein: 500 Dollar Rente, Lebensversicherung, medizinische Versorgung und Lohnfortzahlung in bestimmten Krankheitsfällen. Ich weiß nicht genau, in welchen.

Aber zurück zu Detroit: das Ergebnis dieser Einladung war ein massenhafter Zustrom von hillbillies, Polen, Italienern und Schwarzen aus dem Süden. In Detroit wohnen tatsächlich 50 % Schwarze. Das gibt ihnen eine ganz schöne Macht und sie haben ziemlich wenig Angst vor denWeißen. Das heißt nicht, daß nicht auch hier der allgemeine Rassismus der Gesellschaft vorherrschend ist, aber er läßt z. B. Platz für Plünderungsaktionen, wie sie während der Rebellion 1967 stattfanden. Der Aufstand hatte hier überhaupt viel organisiertere Formen als anderswo. In der ganzen Gegend waren alle Fabriken dicht und in Detroit ist es so: es hat keine Industriezone, es *ist* eine Industriezone. Hier gibt es nur ganz wenige Straßen, die man reine Wohnstraßen nennen könnte oder bei denen man sicher sein kann, nicht in irgendeine Fabrik zu laufen.

Die Firma, wo ich gearbeitet habe, profitierte wie die meisten kleinen Firmen in Detroit von der Autoindustrie: sie lackiert Autoteile Es lohnt sich für die großen 3, bestimmte Arbeiten über Verträge abzugeben, weil die kleinen Fabriken etwa die Hälfte des Lohns zahlen und keine Extrazulagen. Sie

Band bin (ich bin 23), sie sind alle 18, 19, 20. Das ist ein extremes Beispiel dafür, was allgemein für die Fabrik und die ganze Autobranche gilt: alle sind jung und alle scheißen auf die Arbeit. Die haben hier keine Karriere im Kopf, sie träumen alle davon, hier wegzugehen. Manche schaffen's; die meisten gehen und kommen wieder. Sie habe alle die letzten zehn Jahre soziale Kämpfe und Umwälzungen in den schwarzen Ghettos auf dem Buckel, sie grüßen sich mit geballten Fäusten. (Ich glaube nicht, daß viele von ihnen wissen, daß es mal das traditionelle Symbol der Arbeitersolidarität gewesen ist . . .)

Wenn sie sich's leisten können, bringen sie die Tage bekifft zu. Manchmal kommen sie schon besoffen zur Arbeit. Mir als Weißem gegenüber sind sie eigentlich feindselig. In dem Maße, wie ich dazu bereit bin, integrieren sie mich, in der Fabrik, wie auch draußen. Daß heißt nicht, daß es in der Fabrik die große Harmonie zwischen Schwarz und Weiß gäbe. Die Beziehungen sind besser, je jünger die Weißen sind, aber trotzdem neigen die Schwarzen dazu, sich zu ghettoisieren. Ich habe das Abkapseln nicht mitgemacht, bis jetzt hatte ich noch keine Probleme. Sie haben mich sogar Nigger genannt, die Schwarzen selber benutzen allgemein das Wort untereinander. Aber ich könnte mir vorstellen, daß ein Weißer, der es gebraucht, gekillt würde. Natürlich tragen sie alle Messer bei sich und alle haben eine Knarre zu Hause. Die Straßenkämpfe sind ihre starke Seite. Wenn's in der Fabrik Krach gibt, sprechen

können.

nach Angaben des Betriebsrats acht Verletzte.



Selbsthilfe-Streik FR 21 VII. 73

Der Übelstand, daß vorzugsweise ausländische Arbeitnehmer vom Geschäft mit überhöhten Mieten auf dem Wohnungsmarkt betroffen sind, ist mittlerweile ebenso bekannt wie beklagt, und die Fälle werden bei Bekanntwerden auch verfolgt. In welchem Maße ausländische Arbeitnehmer auch von der Geschäftemacherei mit Niedriglöhnen auf dem Arbeitsmarkt betroffen sein können, hat der Gastarbeiter-Streik von Lippstadt demonstriert. Die Geschäftsleitung der „Hella-Werke", einzig zählender industrieller Arbeitsplatzanbieter in dieser sonst landwirtschaftlich geprägten Gegend, hat offenbar die Unkenntnis und Unerfahrenheit der angeworbenen Spanier, Griechen, Italiener und Jugoslawen mit in Rechnung gestellt, als sie nur einigen sowieso erheblich besser bezahlten deutschen Facharbeitern eine Teuerungszulage gewähren wollte.

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen, zumal die ausländischen Arbeitnehmer rasch auch ihre prinzipielle Unterbezahlung bemerkt hatten: „Woanders zahlt Chef mehr." Die aktuell wie die strukturell praktizierte Ungleichheit haben sich die ausländischen Arbeitnehmer nicht länger gefallen lassen. Da ihnen keiner half, haben sie sich selbst geholfen.

Für Betriebsrat und Gewerkschaft ist der „wilde Streik" bei den „Hella-Werken" kein Ruhmesblatt. Angesichts der Absicht der Werksleitung, nur einer Minderheit mehr zu zahlen, müssen sie sich fragen lassen, inwieweit sie die von der Werksleitung offenbar praktizierte Politik der ungleichen und damit ungerechten Entlohnung durch ihr Verhalten indirekt toleriert und damit den Arbeitskampf mit heraufbeschworen haben. Es steht im übrigen zu erwarten, daß das Beispiel von Entschlossenheit, das die ausländischen Arbeitnehmer von Lippstadt in ihrer Misere bewiesen haben, Schule machen wird. *sub*

Sitzstreik bei General Motors, 1937

NUMMER 7
erscheint am 15. September 73. Die August-Ausgabe entfällt. Ab 15.9. bei den Gruppenverkäufern, in den linken Buchläden oder im Abo direkt vom Vertrieb in Gaiganz.

Nach Fertigstellung der WWA, Nr. 12/13 erreichte uns folgender Brief:

Die auf beigelegtem Foto abgebildeten Waffen wurden während der Demonstration gegen den Abriß der besetzten Häuser am 23. Februar Polizeibeamten abgenommen. Es handelt sich bei diesen Waffen nicht um die normalen Dienstpistolen der Polizei, sondern um gefährliche, großkalibrige Mordwaffen. Die Erklärung von Frankfurts Polizeipräsidenten Knut Müller, es handele sich um Pistolen, sind glatt erlogen.

Die oben abgebildete Waffe ist eine Smith & Wesson Chief. spec. Revolver mit einem 2-Zoll Lauf. Er hat fünf Schuß mit der starken Munition des Kalibers 38 spec. (Eo von 36 mkg) Mit dieser Waffe wird fast ausschließlich auf eine Entfernung von drei bis fünf Metern trainiert. Die Anwendung dieses Revolvers z. B. während einer Demonstration kann keinesfalls der Verteidigung, sondern nur zur kaltblütigen Tötung dienen. (ungeheure Aufhaltskraft „Man-Stop-Wirkung")

Bei der anderen Waffe handelt es sich um eine Pistole der Marke Walther P 38 (Dienstwaffe der Bundeswehr!) Diese Pistole ist eine Combatpistole, hat einen Revolverabzug und war mit dem Kaliber 9mm Parabellum Vollmantel geladen.

Beide Waffen befanden sich in einem sog. Schnellziehhalfter, der ein blitzschnelles Ziehen erlaubt. Beide werden zum kampfmäßigen Schießen (Combatschuß –Reinhalten), d. h. Schnellschuß ohne Zielen über Kimme und Korn verwendet. Das bedeutet, daß bei ihrer Anwendung keine Rücksicht auf das Leben anderer genommen wird.

Wir veräffentlichen diese Erklärung und dieses Bild erst jetzt, nachdem die beiden Waffen außer Landes zu einer Befreiungsorganisation gebracht worden sind.

Wir weisen die Öffentlichkeit darauf hin, daß bei Demonstrationen in Frankfurt Polizeibeamte Waffen tragen, die nur eine einzige Funktion haben können: Menschen brutal zu töten.



